GESCHÄFTSBERICHT 2011

DEN WANDEL FÖRDERN



GASAG IM ÜBERBLICK >>

KENNZAHLEN DES GASAG-KONZERNS NACH DEN RECHNUNGSLEGUNGSVORSCHRIFTEN DER IFRS FÜR DIE GESCHÄFTSJAHRE 2009 BIS 2011

	EINHEIT	2009	2010	2011
Umsatzerlöse	Mio. Euro	1.141	1.162	1.165
davon Gas	Mio. Euro	972	969	978
Gasabsatz	GWh	22.130	24.968	22.960
Materialaufwand	Mio. Euro	740	763	801
Technische Zahlen für Gas				
Rohrnetzlänge	km	11.553	11.569	12.272
davon Hochdruck	km	1.981	1.704	2.210
davon Versorgungsnetz ¹	km	9.572	9.865	10.062
Hausanschlussleitungen	Stück	275.217	277.478	295.257
Installierte Gaszähler	Stück	781.514	800.639	792.235
Personalstatistik				
Mitarbeiter/innen Jahresdurchschnitt	Anzahl	1.641	1.745	1.841
Mitarbeiter/innen am 31.12.	Anzahl	1.671	1.779	1.904
Auszubildende am 31.12.	Anzahl	67	64	66
Grundkapital	Mio. Euro	413	413	413
Jahresüberschuss	Mio. Euro	91	77	57
Bilanzsumme	Mio. Euro	2.368	2.411	2.481
Anlagevermögen	Mio. Euro	1.823	1.834	1.970
Eigenkapital	Mio. Euro	760	789	828
Eigenkapitalquote	%	32	33	33
Ergebnis je Aktie	Euro	10,28	8,58	6,36
Anlagewerte				
Investitionen	Mio. Euro	90	99	315
davon Finanzanlagevermögen	Mio. Euro	38	15	12
Abschreibungen	Mio. Euro	72	76	99
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	Mio. Euro	321	34	212

¹ Das Versorgungsnetz besteht aus Mittel- und Niederdruckleitungen

KENNZAHLEN DER GASAG AG NACH DEN VORSCHRIFTEN DES HGB FÜR DIE GESCHÄFTSJAHRE 2007 BIS 2011

	EINHEIT	2007	2008	2009	2010	2011
Umsatzerlöse	Mio. Euro	787	925	918	945	921
davon Gas	Mio. Euro	662	785	780	822	801
Gasabsatz	GWh	15.880	16.108	17.361	21.796	19.211
Materialaufwand	Mio. Euro	570	677	654	712	718
Technische Zahlen für Gas						
Rohrnetzlänge	km	6.924	6.942	6.955	6.975	6.989
davon Hochdruck	km	762	764	770	772	775
davon Versorgungsnetz ¹	km	6.162	6.178	6.186	6.203	6.214
Hausanschlussleitungen	Stück	155.478	157.434	158.772	158.734	162.187
Installierte Gaszähler	Stück	667.707	659.828	655.209	646.515	640.560
Personalstatistik						
Mitarbeiter/innen Jahresdurchschnitt	Anzahl	520	458	474	493	483
Mitarbeiter/innen am 31.12.	Anzahl	499	463	478	494	477
Auszubildende am 31.12.	Anzahl	31	31	31	32	31
Grundkapital	Mio. Euro	413	413	413	413	413
Jahresüberschuss	Mio. Euro	49	34	55	58	36
Bilanzsumme	Mio. Euro	1.075	1.631	1.600	1.782	1.732
Anlagevermögen	Mio. Euro	692	1.241	1.252	1.288	1.301
Eigenkapital	Mio. Euro	504	490	510	514	550
Eigenkapitalquote	%	47	30	32	29	32
Anlagewerte						
Investitionen	Mio. Euro	62	778	79	240	99
davon Finanzanlagevermögen	Mio. Euro	59	15	41	8	69
Abschreibungen	Mio. Euro	7	11	53	62	77
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	Mio. Euro	-0,1	58	241	-27	147

¹ Das Versorgungsnetz besteht aus Mittel- und Niederdruckleitungen

GESCHÄFTSBERICHT 2011

DEN WANDEL FÖRDERN



INHALT

VOF	RWORT DES VORSTANDS	4
DAS	GASAG-JAHR 2011	6
BER	RICHT DES AUFSICHTSRATS	10
LAC	GEBERICHT DES GASAG-KONZERNS	14
1.5.3	GESCHÄFT UND RAHMENBEDINGUNGEN Konzernstruktur und Geschäftstätigkeit Organisatorische Rahmenbedingungen Ziele, Strategie und Konzernsteuerung Umwelt und Technologie Überblick über den Geschäftsverlauf Gesamtwirtschaftliche Situation Branchensituation Energiepolitische, rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen Geschäftsverlauf	14 18 18 21 23 23 23 24 26
2 2.1 2.2 2.2.1 2.2.2 2.3 2.3.1 2.4	ERTRAGS - , FINANZ - UND VERMÖGENSLAGE Ertragslage Finanzlage Kapitalflussrechnung Nettofinanzposition Vermögenslage Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage	29 30 31 32 33 34 36
3	ENTWICKLUNG DER GASAG AG (HGB)	37
4	NACHTRAGSBERICHT	39
5	RISIKOBERICHT	39
6	PROGNOSEBERICHT	47
BILA	ANZ DES GASAG - KONZERNS	50
GES	SAMTERGEBNISRECHNUNG DES GASAG-KONZERNS	51
EIGI	ENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG DES GASAG-KONZERNS	52
KAP	TTALFLUSSRECHNUNG DES GASAG - KONZERNS	54
ANI	HANG DES GASAG-KONZERNS (IFRS)	56
1	DARSTELLUNG DES GASAG - KONZERNABSCHLUSSES	56
2	ANWENDUNG DER INTERNATIONAL FINANCIAL REPORTING STANDARDS (IFRS)	57

3	KONSOLIDIERUNGSKREIS	60
4	KONSOLIDIERUNGSGRUNDSÄTZE	66
5	BILANZIERUNGS - UND BEWERTUNGSMETHODEN	68
6	ERLÄUTERUNG ZUR GESAMTERGEBNISRECHNUNG (1) Umsatzerlöse (2) Sonstige betriebliche Erträge (3) Materialaufwand (4) Personalaufwand (5) Abschreibungen (6) Sonstige betriebliche Aufwendungen (7) Beteiligungsergebnis (8) Finanzierungsaufwendungen (9) Sonstiges Finanzergebnis (10) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (11) Ergebnisneutrale Bestandteile der Gesamtergebnisrechnung (12) Ergebnis je Aktie	83 83 84 84 85 85 86 86 87 87 88
7	ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ (13) Immaterielle Vermögenswerte (14) Sachanlagen (15) Anteile an assoziierten Unternehmen (16) Finanzielle Vermögenswerte (17) Latente Steuern (aktivisch und passivisch) (18) Vorräte (19) Ertragsteuerforderungen (20) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen (21) Liquide Mittel (22) Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Schulden (23) Eigenkapital (24) Passivischer Abgrenzungsposten (25) Rückstellungen (26) Finanzielle Schulden (27) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten (28) Ertragsteuerverbindlichkeiten	90 90 92 93 94 95 97 97 99 100 101 102 108 110
8	SONSTIGE ERLÄUTERUNGEN (29) Berichterstattung zu Finanzinstrumenten (30) Finanz- und Rohstoff-Risikomanagement (31) Eventualschulden, sonstige finanzielle Verpflichtungen und Eventualforderungen (32) Angaben zur Kapitalflussrechnung (33) Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen (34) Angaben zu Konzessionen (35) Sonstige Angaben	111 111 114 118 120 121 125
BE	STÄTIGUNGSVERMERK Impressum	127 128

VORWORT DES VORSTANDS



Olaf CzernomoriezVorstand Kaufmännisches



Andreas Prohl
Vorstand Vertrieb und Technik

SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,

die Bundesregierung hat im vergangenen Jahr energiepolitische Entscheidungen mit einer Tragweite von Jahrzehnten getroffen. Die damit verbundenen energiewirtschaftlichen Herausforderungen sind ohne vergleichbares Beispiel in der Geschichte der Bundesrepublik. Der gesamte Energiesektor befindet sich am Beginn eines Paradigmenwechsels: Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen, Klimawandel, Konkurrenz der Ressourcen erfordern ein Umdenken sowohl bei der Erzeugung als auch beim Verbrauch von Energie. Parallel dazu haben sich die Energiemärkte in den vergangenen Jahren mit enormer Dynamik verändert und europaweit für den Wettbewerb geöffnet. Für die GASAG-Gruppe ist das Ansporn, die eigenen Stärken für diesen Wandlungsprozess zu nutzen. Im Kern geht es für uns darum zu zeigen, dass die politische Forderung nach einer nachhaltigen Energieversorgung mit unternehmerischen Mitteln erfolgreich erfüllt werden kann – kurz: dass Energieeffizienztechnik und die Einsparung von Energie als Geschäftsmodell, ganz nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage, tragfähig sind.

So wissen auch wir als traditionell fest in Berlin verankerte Unternehmensgruppe um die hohen Erwartungen seitens der Politik und der Öffentlichkeit; zumal wir unsere Strategie bereits seit einigen Jahren sehr flexibel auf den Klimaschutz, neue Technologien und Produkte für mehr Energieeffizienz sowie den Ausbau der erneuerbaren Energien in Berlin und Brandenburg ausgerichtet haben. Neben den Aktivitäten aus unserem Kerngeschäft, wie Abrechnungs- und Netzdienstleistungen, die wir Dritten anbieten, geht es um intelligente und innovative Con-

tracting-Angebote, um bei unseren Kunden Energieeffizienz-Potenziale zu realisieren. Für die Klimaschutzziele Berlins verstärken wir den Einsatz regenerativer Energien und dezentraler Energieversorgungslösungen primär im Bereich der Kraft-Wärme-Kopplung. KWK eröffnet ein großes Potenzial zur Reduzierung der CO₂-Emissionen. Mit unseren jüngsten Aktivitäten im Bereich der dezentralen Energieerzeugung und mit unseren »GASAG-Klimakraftwerken« verstärken wir auch den Ausbau unserer Mehrspartenkompetenz. Unser Angebot richten wir sowohl auf die Berliner Wohnungswirtschaft aus als auch auf kleine private Immobilien. Damit geht unser nächster Schritt konsequent in Richtung effizienter Stromerzeugung und -vermarktung. So eröffnen wir neue Perspektiven für unsere Kunden, unser Unternehmen und für die nachhaltige Energieversorgung Berlins.

Die inzwischen 4. Klimaschutzvereinbarung mit dem Land Berlin setzen wir bis 2020 fort. Sie beinhaltet unsere Selbstverpflichtung, Berlin bei der Erreichung der klimaschutzpolitischen Ziele zu unterstützen und bis zum Jahr 2020 eine Reduzierung von zwei Millionen Tonnen CO_2 gegenüber dem Beginn des ersten Kooperationsvertrages im Jahr 1998 zu erreichen.

Es steht außer Frage, dass die wesentliche Grundlage einer verlässlichen, effizienten und zukunftssicheren Energieversorgung leistungsfähige und zukünftig auch intelligente Netze sind. So wollen wir auch weiterhin kräftig in die Ertüchtigung der Netze investieren, um sie für die vielfältigen Herausforderungen einzurichten, die mit einer zunehmend dezentralen Erzeugung und mit der verstärkten Einspeisung erneuerbarer Energien verbunden ist. Es steht aber auch außer Frage, dass die Weiterführung der Konzessionsverträge für das regulierte Netzgeschäft in Berlin und in Brandenburg Grundvoraussetzung für unsere weitere unternehmerische Leistungs- und Innovationsfähigkeit ist. Im Rahmen unserer Bewerbungen zur Fortsetzung bestehender Konzessionsverträge in Berlin und Brandenburg bietet sich die GASAG-Gruppe nicht nur in Berlin als strategischer Partner für die Kommune an, sondern auch überregional für solche Kommunen, die Konzessionen neu vergeben oder sich in einem Kooperationsmodell selbst am Betrieb beteiligen möchten.

Unsere erfolgreiche Position als ein modernes Berliner Unternehmen konnten wir nicht zuletzt auch außerhalb des Netzgebietes Berlin-Brandenburg nachhaltig etablieren. So unterhalten wir Vertriebsbüros in Essen, Stuttgart und in Frankfurt/Main. Darüber hinaus haben wir mit der EMB Vertriebsaktivitäten für Gas und Strom in den neuen Bundesländern aufgenommen.

Erfolg braucht besonders in bewegten Zeiten besonders engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Vorstand dankt ihnen allen. Unser Dank gilt ebenso unseren Geschäftspartnern für das entgegengebrachte Vertrauen und die hervorragende Zusammenarbeit im Geschäftsjahr 2011 sowie unseren Aktionären, dem Aufsichtsrat, den Arbeitnehmervertretern und allen Partnern und Freunden.

Berlin, im März 2012

Olaf Czernomoriez

Andreas Prohl



DAS GASAG-JAHR 2011

JANUAR



lich mehr als in den Vorjahren – besuchen den Stand des Konzerns, der mit der GASAG, der EMB Energie Mark Brandenburg, der BAS Abrechnungsservice, der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg sowie der umetriq Metering Service vertreten war.

Die GASAG versorgt ihre Liegenschaften in Berlin mit selbst erzeugtem Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung.

Sämtliche eigenen Stromabnahmestellen werden von nun an mit von der GWS produziertem Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) beliefert. Das sind mehrere hundert Anlagen in Berlin und Brandenburg, u.a. Bürogebäude, Erdgastankstellen, Regelanlagen oder Erdgasübernahmestationen. Dem Jahresbedarf der GASAG von etwa sechs Millionen Kilowattstunden steht dabei eine Produktionsmenge aus Berliner KWK-Anlagen der GWS von rund 15 Millionen Kilowattstunden gegenüber.

FEBRUAR



Bereits zum dritten Mal in Folge beteiligt sich die GASAG-Gruppe an der **E-world energy & water**, die im Februar 2011 in Essen stattfindet. Fast 700 Besucher – und damit deut-

MÄRZ



Die GASAG und mehrere
Tochtergesellschaften ziehen
in die **neue Hauptverwal- tung am Hackeschen Markt Berlin**. Ihren Umzug ins
Hackesche Quartier stellt die
GASAG ganz bewusst unter
die Überschrift: "Wir ziehen
ins Grüne." Denn das neue
Zuhause ist nachhaltig, umweltschonend und energieeffizient – genau wie die Produkte
und Dienstleistungen der
GASAG.



Am Tempelhofer Feld in Berlin finden seismische Messungen zur Erkundung einer möglichen Nutzung der Tiefen Geothermie statt. Mit tonnenschweren Spezialfahrzeugen sucht die GASAG dort nach Erdwärme. Deren Nutzung könnte einmal Tausende Berliner Haushalte mit Wärme versorgen. Sollten sich die Erwartungen bestätigen, könnten 2013 erste Bohrungen auf dem Gelände des Schöneberger Gasometers durchgeführt werden. Zudem starten die GASAG, das Europäische Energieforum (EUREF) und als wissenschaftlicher Partner das Deutsche GeoForschungs-Zentrum Potsdam (GFZ) ein Pilotprojekt zur Erforschung des Geothermie-Potenzials.



Die GASAG präsentiert im Rahmen des Umzugs in die neue Hauptverwaltung ihr neues Erscheinungsbild in der Werbung. In ihren Plakatkampagnen ist die GASAG in Zukunft mit einem weißen Eisbären präsent, statt wie bisher mit einem orangefarbenen. Berlins größte Photovoltaikanlage auf dem Gelände
des ehemaligen Gaswerkes
Mariendorf wird offiziell in
Betrieb genommen. In dieses
Projekt investierte die GASAG
rund 4,3 Millionen Euro. Die
PV-Anlage mit einer Leistung
von bis zu zwei Megawatt kann
rund 2.000 Haushalte mit
Strom versorgen. Auf einer
Fläche größer als zwei Fußballfelder wird mithilfe von 7.756
Solarmodulen klimafreundliche Energie erzeugt.



APRIL

Die GASAG veranstaltet unter dem Motto "Der Clevere gibt Gas" die **5. Erdgas-Rallye**, die mit einem Fiat Qubo 1.48 V Natural Power Dynamic fünf Tage lang durch Berlin und Brandenburg führt. Durch die Erdgas-Rallye 2011 und die GASAG-Promotionaktion sollen insbesondere Berufspendler mit diesel- und benzingetriebenen Fahrzeugen intensiv auf die Vorteile von Fahrzeugen mit Erdgasantrieb aufmerksam gemacht werden.

Die Eisbären Berlin werden zum fünften Mal in sieben Jahren Deutscher Meister. Seit über 16 Jahren ist die GASAG Hauptsponsor – auch ein Rekord in der Deutschen Eishockeyliga.

MAI

VNG und GASAG strukturieren Geschäftsanteile im

Land Brandenburg neu:

VNG erhöht seine bereits bestehende Beteiligung an der EMB Energie Mark Brandenburg GmbH (EMB) auf 25,1 Prozent. Gleichzeitig veräußert VNG seine Beteiligung an der Havelländische Stadtwerke GmbH (HSW) in Höhe von 50,9 Prozent an die GASAG-Tochter EMB. Die EMB hält damit künftig 91,2 Prozent der Geschäftsanteile an der HSW. Gleichzeitig veräußert VNG seine Minderheitsbeteiligung in Höhe von 24,8 Prozent an der SpreeGas Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistung mbH an die GASAG. Die GASAG war bisher mit rund 41,5 Prozent an der SpreeGas beteiligt.



Die GASAG erhält das Zertifikat "berufundfamilie" der gemeinnützigen Hertie-Stiftung für ihre familiengerechte Unternehmenskultur. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der GASAG haben beispielsweise die Möglichkeit, sich ihre Arbeit zeitlich sehr flexibel einzuteilen, um auf ihre familiäre Situation angemessen reagieren zu können. Für die kurzfristig organisierbare Kinderbetreuung steht im neuen Hauptquartier am Hackeschen Markt ein Eltern-Kind-Büro zur Verfügung.

JUNI



Im Rahmen des GASAG-Pilotprojekts zum Elektro-Carsharing übergeben wir die ersten Fahrzeuge an den Beamten-Wohnungs-Verein Köpenick: Mitglieder der BWV können eins von zwei Elektroautos stundenweise oder tageweise mieten. Nach einer einmaligen Registrierung können die Elektroautos online, telefonisch oder im BWV Kundenzentrum gebucht werden. Der Strom für die eingesetzten Elektroautos wird in dezentralen, mit Erdgas betriebenen "Klimakraftwerken" produziert, die dank der innovativen Kraft-Wärme-Kopplungs-Technologie zur Reduktion der CO₃-Emissionen beitragen. Das Auto wird direkt am BWV-Standort mit Strom aus einem GASAG-Klimakraftwerk geladen (Reichweite beträgt circa 150 Kilometer). Für die Umsetzung des Projektes kooperiert die GASAG mit der Deutschen Bahn und nutzt das Carsharing



System Flinkster.

Vom 13. bis zum 24. Juni 2011 findet auf dem Campus des Europäischen Energieforums Berlin (EUREF) die zweite

GASAG-Summer School

statt. 29 Studierende energierelevanter Studiengänge der Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften aus ganz Deutschland und Österreich nutzen die Chance, sich zwei Wochen lang im Rahmen von Vorträgen, Diskussionsforen, Exkursionen und interdisziplinären Projekten mit naturwissenschaftlichen, politischen und ökonomischen Fragen auseinanderzusetzen.

JULI



Die GASAG-Tochtergesellschaften BEGA.tec und NGT-Service verschmelzen:

Seit 2007 gehört die NGT Service GmbH mit Sitz in Erfurt zur GASAG-Gruppe. Mit der schon 2001 von der GASAG als 100-prozentige Tochter ausgegründete BEGA.tec GmbH gehören damit zwei Unternehmen zur GASAG-Gruppe, die Dienstleistungen zur Installation, Wartung und Instandhaltung für Energieversorgungsunternehmen erbringen. Zur Konzentration der Kapazitäten im Konzern und zur Erschließung von Synergien in der Geschäftstätigkeit beider Unternehmen wird die NGT Service GmbH am 12. Juni 2011 mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2011 auf die BEGA.tec GmbH (Berlin) verschmolzen. Essen und Erfurt bleiben Firmenstandorte

AUGUST



Die **EMB** gründet gemeinsam mit den Stadtwerken Greifswald, Parchim und Pritzwalk die **NordostWerke GmbH** in **Potsdam** als regionalen Strom- und Gaslieferant für Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin. Die NordostWerke beliefern Privat- und Geschäftskunden.

SEPTEMBER

Die GASAG führt ein konzernweites ökologisches Fuhrparkmanagement ein und setzt auf umweltschonende Fahrzeuge und effizientes Fahrverhalten. Ziel ist es, Anreize zu schaffen, die Verbrauchskosten der Fahrzeuge zu reduzieren und gleichzeitig die Umwelt zu entlasten. Erreicht werden soll dies durch die Einführung eines Zielwertes von 160 und eines Maximalwertes von 190 Gramm CO₂ pro Kilometer für neue Dienstwagen der GASAG-Gruppe.



OKTOBER

Der 1973 im dänischen Holbæk geborene und in Berlin tätige Künstler Tue Greenfort wird mit dem GASAG-Kunstpreis geehrt. Die Auszeichnung wird zum zweiten Mal von der GASAG mit der Berlinischen Galerie vergeben. Die Partner ehren mit dem Preis alle zwei Jahre eine künstlerische Position an der Schnittstelle von Kunst, Wissenschaft und Technik.



Ende Oktober lädt das BHKW-Forum e. V. zum 7. BHKW-Info-Tag in das EnergieForum Berlin ein. Immobilienbesitzer, Heizungsbauer, Energieberater, Planungsbüros, und interessierte Privatpersonen können sich dabei rund um das Thema Blockheizkraftwerke (BHKW) informieren. Die GASAG präsentiert auf einer 25 Quadratmeter großen Standfläche das Mikroblockheizkraftwerk

"WhisperGen", das sich für den Einsatz in Ein- und Zweifamilienhäusern eignet.



Die Bio-Erdgas-Anlage Schwedt der GASAG geht in Betrieb: Umweltschonendes Bio-Erdgas für 3.000 private Haushalte wird nach der feierlichen Inbetriebnahme im November 2011 aus der neuen Bio-Erdgas-Anlage in Schwedt kommen. Die Anlage befindet sich im Industriegebiet Neuer Hafen in Schwedt/Oder. Acht Behälter sowie eine Gasaufbereitungsanlage wurden dort errichtet. Beschickt wird die Anlage mit Mais-, Gras- und Roggen-Ganzpflanzensilage, die von Landwirten aus der unmittelbaren Umgebung der Uckermark bereit gestellt wird. Die GASAG investierte als Bauherr über zwölf Millionen Euro und leistet damit einen weiteren wichtigen Beitrag zur Erzeugung regenerativer Energien.

NOVEMBER DEZEMBER

Die GASAG und ihre Partner aus Wissenschaft und Industrie stellen in Berlin die Initiative "performing energy -Bündnis für Windwasserstoff" vor. Vertreter von Industrie und Forschung wollen mit dieser Initiative zeigen, wie Wasserstoff in großtechnischen Anlagen produziert und als Speicher für die Energiewirtschaft zum Einsatz kommen kann.





Die GASAG wird Partner des

Projekts "Klimaschutz am

Schulstandort" des Berliner

Senats. Seit 2006 richtet die

GASAG den Klimaschutzwett-

bewerb "GASAG-Energy-Cup"

aus, der jetzt mit dem Senats-

Klima Schulen" zusammenge-

führt wird. Dieser Wettbewerb

frühzeitige Sensibilisierung für

den Klimaschutz und ermög-

licht praktisches Handeln in

der Schule.

wettbewerb unter "Berliner

richtet sich an alle Berliner

Schüler/innen, fördert die

Die GASAG gewinnt erneut den Stadtvertrag Berlin:

Die GASAG versorgt die rund 2.200 öffentlichen Einrichtungen und die Gasstraßenbeleuchtung des Landes Berlin mit Erdgas und Bio-Erdgas. In einer europaweiten Ausschreibung setzt sich die GASAG im Wettbewerb gegen eine Reihe von Mitbewerbern durch und verteidigt den Stadtvertrag mit einem Volumen von ca. 1,1 Milliarden Kilowattstunden pro Jahr. Das Unternehmen unterbreitete dem Land Berlin das wirtschaftlichste und ökologischste Angebot.

BERICHT DES AUFSICHTSRATS DER GASAG BERLINER GASWERKE AKTIENGESELLSCHAFT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2011

Der Aufsichtsrat hat die Führung der Geschäfte durch den Vorstand in Erfüllung seiner ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Beratungs- und Kontrollaufgaben im Berichtszeitraum intensiv begleitet. Grundlage hierfür waren die ausführlichen, in schriftlicher und mündlicher Form erstatteten Berichte des Vorstands.

ANGEMESSENE ÜBERWACHUNG DER GESCHÄFTSFÜHRUNG UND GUTE ZUSAMMENARBEIT MIT DEM VORSTAND

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand regelmäßig bei der Leitung des Unternehmens beraten und die Geschäftsführung der Gesellschaft kontinuierlich überwacht. Der Aufsichtsrat war in alle Entscheidungen eingebunden, die für die GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft und den Konzern von grundlegender Bedeutung waren. Zu Beanstandungen der Vorstandstätigkeit gab es keinen Anlass.

Der Vorstand berichtete dem Aufsichtsrat nach Maßgabe des § 90 Abs. 1 und 2 AktG regelmäßig, zeitnah und umfassend sowohl schriftlich als auch mündlich über die beabsichtigte Geschäftspolitik, die Unternehmensplanung einschließlich Finanz-, Investitions- und Personalplanung, die Rentabilität der Gesellschaft und die strategische Weiterentwicklung. Der Aufsichtsrat wurde informiert über die Lage der Gesellschaft, der Tochter- und Beteiligungsgesellschaften und des Konzerns sowie deren jeweilige Geschäfts-, Umsatz- und Ertragsentwicklung, der Vermögens- und Finanzlage einschließlich der Risikolage und des Risikomanagements.

Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den Planungen und Zielen wurden vom Vorstand jeweils detailliert erläutert und begründet. Sämtliche für das Unternehmen bedeutende Geschäftsvorgänge erörterte der Aufsichtsrat anhand der schriftlichen und mündlichen Berichte des Vorstands ausführlich.

Darüber hinaus stand der in 2011 amtierende Aufsichtsratsvorsitzende, Herr Dr. Kauermann, in ständigem Kontakt mit dem Vorstand, um sich über aktuelle Geschäftsvorfälle zu informieren.

Wenn für Entscheidungen oder Maßnahmen aufgrund der Gesetze, Satzung oder Geschäftsordnung eine Zustimmung erforderlich war, prüften die Mitglieder des Aufsichtsrats, unter anderem vorbereitet durch die Ausschüsse, die Beschlussvorlagen in den Sitzungen oder verabschiedeten sie aufgrund von schriftlichen Informationen. In Entscheidungen von wesentlicher Bedeutung für das Unternehmen war der Aufsichtsrat eingebunden. Die in den Berichten geschilderte wirtschaftliche Lage der GASAG AG, deren Tochter- und Beteiligungsgesellschaften und des Konzerns waren Gegenstand sorgfältiger Erörterung.

AUFSICHTSRAT UND DESSEN AUSSCHÜSSE

Im Geschäftsjahr 2011 trat der Aufsichtsrat zu sieben Sitzungen zusammen. Die Mitglieder des Aufsichtsrats nahmen grundsätzlich regelmäßig an den Sitzungen des Aufsichtsrats teil. Ein Mitglied des Aufsichtsrats nahm an weniger als der Hälfte der Sitzungen teil. Ein weiteres Mitglied des Aufsichtsrats nahm an keiner der Sitzungen teil.



Gerhard JochumVorsitzender des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat vier Ausschüsse: den Bilanzausschuss, der auch die Aufgaben des Prüfungsausschusses wahrnimmt, den Personalausschuss, das Präsidium und den Mitbestimmungsausschuss. Die Ausschüsse haben die Aufgabe, Themen und Beschlüsse der Aufsichtsratssitzungen vorzubereiten. Zum Teil nehmen sie auch Entscheidungsbefugnisse wahr, die ihnen vom Aufsichtsrat übertragen wurden. Die Ausschüsse tagten im Geschäftsjahr 2011 insgesamt in elf Sitzungen. Der Aufsichtsrat wurde über die Arbeit der Ausschüsse und die gefassten Beschlüsse durch deren Vorsitzende ausführlich informiert.

Der **Mitbestimmungsausschuss** wurde im Dezember 2011 durch Änderung der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat neu geschaffen. Er hat im Geschäftsjahr 2011 noch nicht getagt.

Das **Präsidium und der mit dem Präsidium personenidentische Personalausschuss** trat im Geschäftsjahr 2011 insgesamt zu vier Sitzungen zusammen. Im Geschäftsjahr 2011 hat sich das Präsidium/der Personalausschuss mit den Vorstandsangelegenheiten beschäftigt.

Der **Bilanzausschuss** ist zugleich **Prüfungsausschuss** im Sinne des § 107 Abs. 3 Satz 2 Aktiengesetz. Der Leiter der Konzernrevision berichtete dem Bilanzausschuss/Prüfungsausschuss über seine Prüfungshandlungen. Der Bilanzausschuss trat im Geschäftsjahr 2011 zu vier ordentlichen und drei außerordentlichen Sitzungen zusammen. Der Bilanzausschuss hat sich mit der Vorprüfung der Vorlagen von Themen auf finanziellem Gebiet beschäftigt. Der Bilanzausschuss beriet unter anderem über den Jahresabschluss 2010 der GASAG AG und des Konzerns sowie über die Unternehmensplanungen der GASAG AG und des Konzerns für 2012.

BERATUNGSSCHWERPUNKTE UND BESCHLUSSFASSUNGEN IN DEN AUFSICHTSRATSSITZUNGEN

Gegenstand der Erörterungen im Aufsichtsrat waren u. a. die wirtschaftliche Lage und die Perspektiven des GASAG-Konzerns und der GASAG AG, der Jahresabschluss 2010 und die Wirtschafts-, Investitions-, Finanz- und Personalplanung für den Zeitraum 2012 bis 2016. Im Geschäftsjahr 2011 hat sich der Aufsichtsrat intensiv mit den Maßnahmen und Strategien der GASAG AG im Hinblick auf die zukünftige Ausrichtung des Unternehmens mit dem Schwerpunktthema Wachstums- und Investitionsprojekte befasst. Ferner diskutierte er ausführlich die Bewerbung um den Konzessionsvertrag in Berlin, die Gestaltung der Gasbezugsverträge und der Endkundenpreise der Unternehmen des GASAG-Konzerns. Weiter wurden die Änderung der Satzung der GASAG AG und der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat erörtert.

Gegen einen Beschluss des Aufsichtsrats hat ein Aufsichtsratsmitglied am Landgericht Berlin eine Klage auf Feststellung der Nichtigkeit des Beschlusses eingereicht.

Des Weiteren widmete sich der Aufsichtsrat der Finanzierung der Unternehmen des GASAG-Konzerns und der Einhaltung der Covenants.

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2011 mit der Beteiligungsstruktur des GASAG-Konzerns beschäftigt. So beschloss der Aufsichtsrat die Übernahme der Anteile der VNG Erdgascommerz GmbH an der SpreeGas Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistung mbH in Höhe von 24,8 % und stimmte dem Verkauf von Geschäftsanteilen an der EMB Energie Mark Brandenburg GmbH in Höhe von 0,2 % an die VNG Erdgascommerz GmbH zu. Des Weiteren befasste er sich mit der Verschmelzung der NGT Service GmbH auf die BEGA.tec GmbH. Ferner hat er dem Verkauf von Geschäftsanteilen an der infrest – Infrastruktur eStrasse GmbH und an der KKI – Kompetenzzentrum Kritische Infrastrukturen GmbH durch die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG zugestimmt. Darüber hinaus beschäftigte sich der Aufsichtsrat mit der Gründung der Berliner Erdgasspeicher GmbH & Co. KG.

JAHRES- UND KONZERNABSCHLUSS 2011, ABSCHLUSSPRÜFUNG

Der Jahresabschluss und der Lagebericht der GASAG AG wurden nach den Regeln des Handelsgesetzbuches und des Aktiengesetzes aufgestellt, der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht nach den Grundsätzen der International Financial Reporting Standards (IFRS) unter Berücksichtigung von § 315 a HGB. Der Jahresabschluss der GASAG AG und der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2011 sowie die Lageberichte des Vorstands für die GASAG AG und den GASAG-Konzern sind von der als Abschlussprüfer gewählten Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, geprüft und mit uneingeschränkten Bestätigungsvermerken versehen worden. Mit der Prüfung des Jahresabschlusses der GASAG AG und des Konzernabschlusses haben die Abschlussprüfer zugleich das im Unternehmen bestehende Risikofrüherkennungssystem und dessen Funktionsfähigkeit geprüft. Die Prüfung hat ergeben, dass der Vorstand die nach § 91 Abs. 2 AktG geforderten Maßnahmen insbesondere zur Einrichtung eines Überwachungssystems in geeigneter Weise getroffen hat, und dass das Überwachungssystem geeignet ist, Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, frühzeitig zu erkennen.

An den Sitzungen des Aufsichtsrats sowie seines Bilanzausschusses, in denen über den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss 2011 der GASAG AG und den Konzernabschluss 2011, die Lageberichte der GASAG AG und des GASAG-Konzerns und den Vorschlag über die Verwendung des Bilanzgewinns der GASAG AG beraten wurde, haben die Abschlussprüfer teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung berichtet.

Der Aufsichtsrat hat sich umfassend mit den Jahresabschlussarbeiten beschäftigt und von den Prüfungsergebnissen Kenntnis genommen. Nach dem abschließenden Ergebnis der vom Aufsichtsrat selbst vorgenommenen Prüfung des Jahresabschlusses der GASAG AG und des Konzernabschlusses des GASAG-Konzerns, der Lageberichte des Vorstands für die GASAG AG und des GASAG-Konzerns und des Vorschlags über die Verwendung des Bilanzgewinns der GASAG AG sind Einwendungen nicht zu erheben. Der Aufsichtsrat billigt die vom Vorstand aufgestellten Jahresabschlüsse der GASAG AG und des Konzerns, die damit festgestellt sind.

GESELLSCHAFTERKREIS UND VORSTAND

Der Gesellschafterkreis der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft hat sich im Geschäftsjahr 2011 nicht verändert. In der Besetzung des Vorstands der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft gab es in 2011 keine Veränderungen. Am 26.08.2011 hat die Hauptversammlung der GASAG AG die Satzung der GASAG geändert. Die Satzungsänderung wurde am 06.09.2011 in das Handelsregister eingetragen.

PERSONELLE VERÄNDERUNGEN IM AUFSICHTSRAT

Herr Prof. Dr. Werner Süss hat sein Mandat als Aufsichtsratsmitglied der GASAG AG mit Wirkung zum 15.06.2011 niedergelegt. Für ihn ist Herr Dr. Frank May am 28.06.2011 in den Aufsichtsrat gewählt worden. Herr Lutz Marowsky hat sein Mandat als Aufsichtsratsmitglied der GASAG AG zum 29.06.2011 niedergelegt. Mit seinem Ausscheiden ist Herr Thomas Foulon als Ersatzmitglied gemäß § 9 Absatz 4 der Satzung der GASAG in den Aufsichtsrat nachgerückt.

Im Wege der in der außerordentlichen Hauptversammlung am 26.08. 2011 beschlossenen Änderung der Satzung der GASAG AG wurde die Mitgliederzahl des Aufsichtsrats von 18 auf 21 erhöht. Herr Gerhard Jochum und Herr Gert von der Groeben wurden in Folge dessen durch die Hauptversammlung in den Aufsichtsrat der GASAG AG gewählt. Mit Gerichtsbeschluss vom 16.11.2011 ist zudem Herr Eberhardt Kretschmer zum Mitglied des Aufsichtsrats bestellt worden. Seine Amtszeit ging bis zum Antritt der Amtszeit von Herrn Ingo Breite, der im Wege von konzernweiten Ergänzungswahlen zum Mitglied des Aufsichtsrats gewählt wurde. Seine Amtzeit begann am 18.01.2012.

Herr Dr. Karl Kauermann hat sein Amt als Vorsitzender des Aufsichtsrats der GASAG mit Ablauf des 31.12.2011 niedergelegt. In der Sitzung des Aufsichtsrats am 08.12.2011 wurde Herr Gerhard Jochum mit Wirkung zum 01.01.2012 zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt.

Mitglieder des Aufsichtsrats sind:

Herr Gerhard Jochum (seit 06.09.2011 Mitglied des Aufsichtsrats, Aufsichtsratsvorsitzender seit 01.01.2012), Herr Andreas Otte (stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender), Herr Uwe Borck, Herr Ingo Breite (seit 18.01.2012 Mitglied des Aufsichtsrats), Herr Stefan Dohler, Herr Thomas Foulon (seit 29.06.2011 Mitglied des Aufsichtsrats), Herr Marian Goetz, Herr Gert von der Groeben (seit 06.09.2011 Mitglied des Aufsichtsrats), Herr Dirk Hahn, Herr Tuomo Hatakka, Herr Hartmut Henkel, Herr Michael Kamsteeg, Herr Dr. Karl Kauermann (bis 31.12.2011 Aufsichtsratsvorsitzender), Herr Dr. Thomas König, Herr Thomas Kokegei, Frau Annette Krafscheck, Herr Eberhardt Kretschmer (von 16.11.2011 bis 18.01.2012 Mitglied des Aufsichtsrats), Frau Anke Langner, Herr Lutz Marowsky (bis 29.06.2011 Mitglied des Aufsichtsrats), Herr Dr. Frank May (seit 28.06.2011 Mitglied des Aufsichtsrats), Frau Monika Nagel, Herr Thorsten Neumann, Herr Erik von Scholz und Herr Prof. Dr. Süss (bis 15.06.2011 Mitglied des Aufsichtsrats).

Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand, dem Betriebsrat und allen Mitarbeitern der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft und des GASAG-Konzerns für die im Geschäftsjahr 2011 geleistete Arbeit Dank und Anerkennung aus.

Der Aufsichtsrat Gerhard Jochum, Vorsitzender

Berlin, im März 2012

LAGEBERICHT DES KONZERNS DER GASAG BERLINER GASWERKE AKTIENGESELLSCHAFT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2011

Der Konzernabschluss der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin, nachfolgend GASAG-Konzern oder GASAG-Gruppe genannt, wurde nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), gültig für die Europäische Union, erstellt. Als nicht börsennotiertes Unternehmen wurden dabei ebenfalls die ergänzenden Vorschriften des § 315 a Abs. 3 HGB beachtet.

1. GESCHÄFT UND RAHMENBEDINGUNGEN 1.1 KONZERNSTRUKTUR UND GESCHÄFTSTÄTIGKEIT

Muttergesellschaft des Konzerns ist die GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin, nachfolgend GASAG genannt.

Vom Grundkapital der GASAG hielten zum 31. Dezember 2011 die E.ON Ruhrgas AG, Essen, 36,85 Prozent, die Vattenfall Europe AG, Berlin, und die GDF SUEZ Beteiligungs GmbH, Berlin, jeweils einen Anteil von 31,575 Prozent.

Die Geschäftstätigkeit des GASAG-Konzerns umfasst den Transport, die Verteilung und den Vertrieb von Erdgas, Wärme, Strom und Wasser, den Betrieb von Speicheranlagen, die Erzeugung von Bio-Erdgas sowie den Betrieb von Anlagen zur dezentralen Energieversorgung, die Verbrauchsabrechnungs- und Ablesedienstleistungen, Messgerätemanagement sowie die Errichtung, Wartung, Unterhaltung und Instandsetzung energietechnischer Anlagen. Transport, Verteilung und Vertrieb von Energie und Wärme bilden dabei die Schwerpunkte.

Zu den Kunden des GASAG-Konzerns zählen insbesondere private Haushalte, Gewerbe- und Industrieunternehmen, Krankenhäuser, kommunale Einrichtungen, andere Gasversorgungsunternehmen sowie Bezieher von Gastransportdienstleistungen überwiegend in Berlin und Brandenburg.

Im Geschäftsjahr 2011 bildete der GASAG-Konzern nachfolgende Struktur, ohne Berücksichtigung der nicht vollkonsolidierten Gesellschaften und der Beteiligungs-GmbH's:

ENERGIE UND WÄRME

GASAG BERLINER GASWERKE AG

Zur Geschäftstätigkeit der GASAG zählen im Wesentlichen die Verteilung und der Vertrieb von Gas und Wärme, der Betrieb von Speicheranlagen sowie der Handel mit Energie, insbesondere in Berlin, zunehmend aber auch bundesweit. Darüber hinaus umfasst sie den Bereich der dezentralen Energieversorgung und -erzeugung, Aktivitäten in der Wärmewirtschaft insgesamt sowie Infrastruktur- und Energiedienstleistungen. Weitere Tätigkeiten sind die gewerbliche Betätigung auf dem Gebiet der Daten- und Informationsverarbeitung und -übertragung, die Vermarktung eigener Ressourcen sowie die Mitarbeiterüberlassung für Tätigkeitsbereiche mit Spezialkenntnissen. Darüber hinaus erbringt die GASAG kaufmännische und administrative Leistungen für alle Konzernunternehmen.

EMB ENERGIE MARK BRANDENBURG GMBH

An der EMB Energie Mark Brandenburg GmbH, Potsdam, nachfolgend EMB genannt, hält die GASAG 74,88625 Prozent des gezeichneten Kapitals. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst die Erzeugung, die Verteilung und den Vertrieb von Energie sowie den Energiehandel. Dazu gehören auch der Bau, die Übernahme und der Betrieb von Speicheranlagen sowie von regionalen Energieversorgungsanlagen und -netzen. Die EMB ist in den neuen Bundesländern vorwiegend im westlichen Teil des Landes Brandenburg tätig.

Die VNG Erdgascommerz GmbH hat in 2011 von ihrem Optionsrecht Gebrauch gemacht und von der GASAG einen Geschäftsanteil von 0,2 Prozent des Stammkapitals der EMB erworben. Hierzu verweisen wir auf unsere Ausführungen zur Beteiligungsstrategie.

GASAG WÄRMESERVICE GMBH

An der GASAG WärmeService GmbH, Berlin, nachfolgend GWS genannt, hält die GASAG 100 Prozent des gezeichneten Kapitals. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ist die Planung, die Finanzierung, die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Energie- und Wärmeversorgung sowie alle damit verbundenen Dienstleistungen einschließlich des Facility Managements. Die Gesellschaft ist bundesweit tätig.

NGT CONTRACTING GMBH

An der NGT Contracting GmbH, Essen, nachfolgend NGT Contracting genannt, hält die GASAG 100 Prozent des gezeichneten Kapitals. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ist die Vorbereitung und Durchführung von Energie-Contracting-Projekten. Damit verbunden sind die Planung, Erstellung und Finanzierung von Energieerzeugungs-anlagen mit anschließender Produktion und Lieferung von Nutzenergie, überwiegend von Wärme, Dampf, Strom, Kälte, Druckluft und Licht sowie alle dazugehörigen Dienstleistungen, einschließlich des Facility Managements. Die Gesellschaft ist bundesweit tätig.

STADTWERKE FORST GMBH

An der Stadtwerke Forst GmbH, Forst (Lausitz), nachfolgend Stadtwerke Forst genannt, hält die GASAG 74,9 Prozent des gezeichneten Kapitals. Die Geschäftstätigkeit des Unternehmens umfasst die Versorgung mit Strom, Gas, Wasser und Fernwärme. Darüber hinaus bietet die Gesellschaft auch Dienstleistungen an, insbesondere in der Abwasserentsorgung. Die Gesellschaft ist in der Stadt Forst (Lausitz) und der Region tätig. Mit der NBB besteht ein Betriebsführungsvertrag über technische Dienstleistungen in den Sparten Wasser, Abwasser und Fernwärme.

SPREEGAS GESELLSCHAFT FÜR GASVERSORGUNG UND ENERGIEDIENSTLEISTUNG MBH

An der SpreeGas Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistung mbH, Cottbus, nachfolgend SpreeGas genannt, hält die GASAG 66,338 Prozent des gezeichneten Kapitals. Die Geschäftstätigkeit umfasst jede Art der Beschaffung, Verteilung und gewerblichen Nutzung leitungsgebundener Medien insbesondere von Gas und gasförmigen Produkten zur energetischen und nicht energetischen Nutzung, die Versorgung anderer mit diesen Medien sowie die Bereitstellung damit zusammenhängender Dienstleistungen; Bau, Betrieb, Erwerb und Unterhal-

tung der zur Durchführung der vorgenannten Tätigkeiten erforderlichen Leitungen und Anlagen. Die Gesellschaft ist überwiegend im südlichen Teil des Landes Brandenburg sowie in Teilen Sachsens und Sachsen-Anhalts tätig.

Im Geschäftsjahr wurde der Anteilsbesitz von 41,538 Prozent um 24,800 Prozent auf 66,338 Prozent erhöht. Die Gesellschaft wird erstmals zum 1. Juli 2011 in den Konzernabschluss einbezogen.

HAVELLÄNDISCHE STADTWERKE GMBH

An der Havelländische Stadtwerke GmbH, Werder/Havel, nachfolgend HSW genannt, hält die EMB 91,155 Prozent des gezeichneten Kapitals. Die Geschäftstätigkeit umfasst die Versorgung mit Energie sowie den Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen und die Geschäftsführung sowie Betriebsführung bei Gesellschaften, welche ebenfalls überwiegend in vorgenannten Bereichen tätig sind. Die Gesellschaft ist überwiegend im südwestlichen Teil des Landes Brandenburg tätig.

Im Geschäftsjahr wurde der Anteilsbesitz von 40,2375 Prozent um 50,9175 Prozent auf 91,155 Prozent erhöht. Die Gesellschaft wird erstmals zum 1. Juli 2011 in den Konzernabschluss einbezogen.

GASAG BIO-ERDGAS SCHWEDT GMBH

An der GASAG Bio-Erdgas Schwedt GmbH, Schwedt/Oder, nachfolgend Bio-Erdgas Schwedt genannt, hält die GASAG 100 Prozent des gezeichneten Kapitals. Die Geschäftstätigkeit des Unternehmens umfasst die Errichtung und den Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Biogas, zur Erzeugung von Wärme und zur dezentralen Erzeugung von Strom, von Anlagen zur Aufbereitung des Biogases zu Bio-Erdgas (Biomethan), den Handel mit Bio-Erdgas, Wärme und Strom aus Eigenerzeugung sowie den Handel mit Neben- und Abfallprodukten dieser Anlagen. Die erstmalige Einspeisung von Bio-Erdgas in das Erdgasnetz erfolgte im November 2011.

BIO-ERDGAS NEUDORF GMBH

Die Bio-Erdgas Neudorf GmbH, Groß Pankow, nachfolgend Bio-Erdgas Neudorf genannt, wurde am 22. November 2011 gegründet, der Eintrag in das Handelsregister stand zum Bilanzstichtag noch aus. Die EMB hält 74,9 Prozent der Anteile. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst die Errichtung und den Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Biogas, zur Erzeugung von Wärme und zur dezentralen Erzeugung von Strom, von Anlagen zur Aufbereitung des Biogases zu Bioerdgas (Biomethan), den Handel mit Bio-Erdgas, Wärme und Strom aus Eigenerzeugung sowie den Handel mit Neben- und Abfallprodukten dieser Anlagen. Die erstmalige Einspeisung von Bio-Erdgas in das Erdgasnetz ist für den Sommer 2012 geplant.

TRANSPORT UND SPEICHER

NBB NETZGESELLSCHAFT BERLIN-BRANDENBURG MBH & CO. KG

Die Kommanditanteile an der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH & Co. KG, Berlin, nachfolgend NBB genannt, halten die GASAG zu 83,5 Prozent, die EMB zu 15,0 Prozent sowie die HSW zu 1,5 Prozent. Die NBB betreibt die Energie- und Versorgungsnetze der GASAG, der EMB und der HSW, vermarktet die Netzkapazitäten und bietet ihre Dienstleistungen als Netzbetreiber an.

NETZGESELLSCHAFT FORST (LAUSITZ) MBH & CO. KG

An der Netzgesellschaft Forst (Lausitz) mbH & Co. KG, Forst (Lausitz), halten die Stadtwerke Forst 100 Prozent der Kommanditanteile. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst die Unterhaltung, die Verwaltung und den Betrieb von technischen Anlagen, insbesondere von Leitungsnetzen zur Versorgung mit Strom, Gas, Wasser, Abwasser und Fernwärme. Mit der NBB bestehen Betriebsführungsverträge in den Sparten Strom und Gas.

BERLINER ERDGASSPEICHER GMBH & CO. KG I. G.

Die Kommanditanteile an der Berliner Erdgasspeicher GmbH & Co. KG i. G., Berlin, nachfolgend Erdgasspeichergesellschaft genannt, werden vollständig von der GASAG gehalten. Die Geschäftstätigkeit umfasst die Errichtung und den Betrieb von Anlagen zur Speicherung von Erdgas sowie die Vermarktung von Speicherdienstleistungen und alle damit zusammenhängenden kaufmännischen und technischen Tätigkeiten. Die Gesellschaft kann Dienstleistungen für andere Unternehmen in den genannten Tätigkeitsfeldern erbringen.

Aufgrund der Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes war die Gründung einer separaten Speichergesellschaft erforderlich, da Speicherbetreiber hinsichtlich ihrer Rechtsform unabhängig von anderen Tätigkeitsbereichen des Energieversorgers agieren sollen. Zweck der Gesellschaft ist unter anderem die Vermarktung der Kapazitäten des Berliner Erdgasspeichers. Der Speicher verbleibt im Eigentum der GASAG und wird durch einen Pachtvertrag überlassen.

TECHNISCHE UND SONSTIGE DIENSTLEISTUNGEN

BAS ABRECHNUNGSSERVICE GMBH & CO. KG

An der BAS Abrechnungsservice GmbH & Co. KG, Berlin, nachfolgend BAS genannt, hält die GASAG 100 Prozent des Kommanditkapitals. Die Gesellschaft übernimmt für den Konzern vor allem sämtliche Verbrauchsabrechnungsund Ablesedienstleistungen sowie die Callcenter-Funktionen. Darüber hinaus erbringt die BAS auch Leistungen für Dritte. Die Gesellschaft ist bundesweit tätig.

BEGA.TEC GMBH

An der BEGA.tec GmbH, Berlin, nachfolgend BEGA.tec genannt, hält die GASAG 100 Prozent des Stammkapitals. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ist die Planung, die Errichtung, die Wartung, die Unterhaltung und die Instandsetzung energietechnischer Anlagen sowie das Messgerätemanagement von Energie-, Wärmemengen- und Wasserzählern – einschließlich der Fernübertragung von Messdaten und der Wahrnehmung aller eichrechtlichen Aufgaben. Zudem betreibt die BEGA.tec ein chemisches Labor zur Erstellung von Analysen und deren Auswertung. Die Gesellschaft erbringt ihre Dienstleistungen im Wesentlichen für den GASAG-Konzern. Die Gesellschaft ist bundesweit tätig.

Am 12. Juli 2011 wurde die NGT Service GmbH auf die BEGA.tec mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2011 verschmolzen.

DSE DIREKT-SERVICE ENERGIE GMBH

An der DSE Direkt-Service Energie GmbH, Berlin, nachfolgend DSE genannt, hält die GASAG 100 Prozent des Stammkapitals. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ist der Verkauf von Produkten und Dienstleistungen vornehmlich der Energiewirtschaft und Haustechnik im Namen und Auftrag anderer Unternehmen. Die Gesellschaft erbringt ihre Dienstleistungen im Wesentlichen für den GASAG-Konzern. Die Gesellschaft ist bundesweit tätig.

${\tt UMETRIQ\ ENTWICKLUNGS-\ GMBH\ \&\ CO.\ KG}$

An der umetriq Entwicklungs-GmbH und Co. KG, Berlin, nachfolgend umetriq Entwicklung genannt, hält die GASAG 100 Prozent des Kommanditkapitals. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ist die Entwicklung von standardisierten Multi-Utility-Messsystemen.

UMETRIQ METERING SERVICES GMBH

An der umetriq Metering Services GmbH, Berlin, nachfolgend umetriq Metering genannt, hält die GASAG 100 Prozent der Geschäftsanteile. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ist der Messstellenbetrieb sowie Messdienstleistungen. Hierzu gehören insbesondere die Installation, der Betrieb und die Wartung von Messstellen,

das Messdaten- und Energiedatenmanagement, die Durchführung der Geschäftsprozesse im Rahmen der Marktkommunikation sowie die technische und kaufmännische Kundenbetreuung. Die Gesellschaft ist bundesweit tätig.

INFREST - INFRASTRUKTUR ESTRASSE GMBH

An der infrest – Infrastruktur eStrasse GmbH, Berlin, nachfolgend infrest genannt, hält die NBB 100 Prozent der Geschäftsanteile. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst Dienstleistungen für Planungs-, Bau- und Instandhaltungsvorhaben aus den Bereichen der Ver- und Entsorgungsinfrastruktur, unter ausdrücklicher Einbeziehung des Telekommunikationsbereiches. Dazu zählt insbesondere die Informationsbereitstellung bei Bauplanungsvorhaben im Straßen-, Tief- und Hochbau und alle damit in Zusammenhang stehenden Tätigkeiten, die nötig sind, um angefragte Informationen und Daten unterschiedlicher Quellen unter Verwendung elektronischer Medien gebündelt zur Verfügung zu stellen. Die Gesellschaft ist überwiegend in Berlin und Brandenburg tätig.

Mit Vertrag vom 7. Dezember 2011 hat die NBB insgesamt 32,64 Prozent Ihrer Anteile an der infrest an die Vattenfall Europe Netzservice GmbH sowie an die Vattenfall Europe Wärme AG verkauft. Der Verkauf steht unter der aufschiebenden Bedingung der Zustimmung durch das Bundeskartellamt. Zum 31. Dezember 2011 war der geplante Zusammenschluss beim Bundeskartellamt angemeldet, die Freigabe jedoch noch ausstehend. Aus diesem Grund werden die Anteile zum 31. Dezember 2011 unverändert zu 100 Prozent der NBB zugerechnet.

KKI-KOMPETENZZENTRUM KRITISCHE INFRASTRUKTUREN GMBH

An der am 14. Januar 2011 gegründeten KKI-Kompetenzzentrum Kritische Infrastrukturen GmbH, Berlin, nachfolgend KKI genannt, hält die NBB 74,9 Prozent der Geschäftsanteile. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst die Erbringung von Dienstleistungen im Bereich Störungs-, Notfall- und Krisenmanagement bei leitungsgebundenen Infrastrukturbetreibern der allgemeinen Daseinsvorsorge. Die Gesellschaft ist seit dem 1. April 2011 überwiegend in Berlin und Brandenburg tätig.

1.2 ORGANISATORISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Im März 2011 sind die GASAG und ihre Tochterunternehmen GWS und DSE in die neue Hauptverwaltung im Hackeschen Quartier Berlin (HQB) in die historische Mitte der Stadt umgezogen. Der neue, gemietete Firmensitz am Henriette-Herz-Platz 4 ist als energieeffizientes Gebäude konzipiert, nutzt Sonnenenergie und ist mit einem Bio-Erdgas gespeisten GASAG-Klimakraftwerk ausgestattet. Auch die NBB hat ihre neuen Geschäftsräume im Hackeschen Quartier bezogen. Ihr neuer Firmensitz lautet seit Januar 2011 An der Spandauer Brücke 10. Im Gebäudeensemble HQB findet somit einerseits eine Zusammenführung von ehemals dezentralen Standorten statt, andererseits erfüllt die Lage aber auch die Unbundling konforme Trennung von Netz und Vertrieb.

Mit dem Umzug wurde auch das GASAG-Kundenzentrum in das Hackesche Quartier verlegt.

1.3 ZIELE, STRATEGIE UND KONZERNSTEUERUNG

UNTERNEHMENSVISION

Wir verstehen uns als deutschlandweiter Partner für Energiedienstleistungen und -effizienz und wollen damit die Energiewirtschaft aktiv mitgestalten. Vor diesem Hintergrund bieten wir ein vielfältiges Leistungs- und Servicespektrum, um die Bedürfnisse unserer Kunden zielgerichtet bedienen zu können. Besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die Nutzung von erneuerbaren Energien sowie die Einsparung von CO₂ speziell durch den Einsatz neuer, energiesparender Technologien. Auf diese Weise sorgen wir für die Bereitstellung zukunftssicherer Energie und ihre effiziente Nutzung und stärken so die Wettbewerbsfähigkeit unserer Kunden.

Um diesen Zielen Rechnung zu tragen, haben wir in den letzten Jahren im Konzern dezentrale Strukturen geschaffen, um unseren Entscheidungsspielraum zu erweitern. Dies spiegelt sich in der Gliederung unseres Geschäftes in Tochterunternehmen wider. Die dezentrale Struktur lässt uns flexibel und schnell auf Veränderungen im Markt reagieren und stärkt somit unsere Konkurrenzfähigkeit.

UNTERNEHMENSSTRATEGIE

Um die Zukunftsfähigkeit der GASAG in einem sich zunehmend verändernden Umfeld sicherzustellen, haben wir bereits in 2008 das Strategieprogramm "GASAG 2015" aufgesetzt. In diesem Programm wurden die für die GASAG-Gruppe strategisch relevanten Wachstumsfelder definiert und die angestrebten Ziele innerhalb der Wachstumsfelder festgelegt. In 2010 haben wir diese ursprünglich definierten Wachstumsfelder und Ziele einer Überprüfung unterzogen. Als Ergebnis dieses Reviews wurde 2011 das Strategische Programm-Management implementiert und an die aktuelle Markt- und Wettbewerbssituation angepasst. Aufgabe ist es, die Entwicklung und Zielerreichung der justierten Wachstumsfelder kontinuierlich zu beobachten, eventuelle Zielabweichungen frühzeitig zu identifizieren und steuernd einzugreifen. Aktuell umfasst das Strategische Programm-Management vier strategische Themenfelder: Netzgeschäft, Erneuerbare Energien, Energielösungen und Nachhaltiger Vertrieb.

Der Erhalt und Ausbau des **Netzgeschäftes** ist für uns weiterhin ein wichtiges strategisches Ziel. Das größte Netz innerhalb des GASAG-Konzerns ist das Berliner Gasnetz. Der Konzessionsvertrag zwischen der GASAG und dem Land Berlin läuft planmäßig zum 31. Dezember 2013 aus. Die erfolgreiche Bewerbung um die Berliner Gasnetzkonzession ist für den GASAG-Konzern von wichtiger strategischer und wirtschaftlicher Bedeutung und ist somit ein wesentlicher Baustein zur Sicherung des Netzgeschäftes. Darüber hinaus ist es das Ziel, unsere in der GASAG-Gruppe bestehenden Konzessionen u. a. in der Region Brandenburg um angrenzende Konzessionen zu ergänzen und somit unser Netzgeschäft kontinuierlich auszubauen.

Im Themenfeld **Erneuerbare Energien** setzen wir auf die Erzeugung und Vermarktung von Biogas bzw. dessen Verstromung. Neben unserer Bio-Erdgasanlage in Rathenow haben wir 2011 eine weitere Anlage in Schwedt/Oder in Betrieb genommen. 2012 wird die Biogasanlage in Neudorf bei Pritzwalk erstmals in das Erdgasnetz einspeisen. Neu hinzugekommen im Themenfeld der **Erneuerbaren Energien** ist unser Engagement bei der Stromerzeugung aus Windkraft. Hier setzen wir verstärkt auf Partnerschaften und unsere guten Beziehungen zu unseren regional verankerten Tochterunternehmen, um zu einem frühen Zeitpunkt in den Prozess der Stromerzeugung aus Windkraft eintreten zu können.

Unter das Themenfeld **Energielösungen** subsumieren wir unser Contractinggeschäft, das bisher durch unsere beiden Gesellschaften GWS und NGT-Contracting bedient wird und das wir weiter ausbauen wollen. Wir sehen in dem Angebot von intelligenten Contractinglösungen die Chance, einen Mehrwert beim Kunden zu erzielen und somit gute und langfristige Kundenbeziehungen aufzubauen, die auch im Zusammenspiel mit unserem Gasgeschäft von großem Interesse für uns sind. Neben dem Contracting zählen wir unsere Aktivitäten im Smart Metering zu dem Themenfeld **Energielösungen**. Mit Novellierung des EnWG im Sommer 2011 ist aus unserer Sicht die Entwicklung hin zu intelligenten Netzen und damit auch hin zu einer kommunizierenden Zählerinfrastruktur eingeleitet worden. Infolge dieser Entwicklung werden neue Anforderungen auf Netzbetreiber, Vertriebe sowie weitere Marktakteure zukommen. Unser Ziel ist es, unserer Gesellschaft umetriq Metering in diesem sich entwickelnden Markt als Partner für die genannten Gruppen zu etablieren und somit die Marktentwicklung mit zu gestalten.

Der weiteren Entwicklung der GASAG zu einem Mehrspartenunternehmen tragen wir durch den direkten Vertrieb von Strom, den wir innerhalb der GASAG-Gruppe weiter ausbauen, Rechnung. Die Entwicklung hin zu einem **Nachhaltigen Vertrieb** sehen wir in Ergänzung zu dem klassischen Geschäft als unbedingt notwendig an. Ein nachhaltiger Vertrieb ist aus unserer Sicht durch eine optimierte Beschaffung, ein intelligentes Kundenmanagement sowie das Angebot von Energiedienstleistungen in Verbindung mit Kompetenzen im Stromhandel und -vertrieb gekennzeichnet. Zur Bedienung letzteres haben wir u. a. das Angebot sogenannter Klimakraftwerke weiter ausge-

baut. Mittels einzelner, dezentraler KWK-Anlagen, die bei unseren Kunden vor Ort installiert werden, versorgen wir den Gebäudeeigentümer mit Wärme und die Mieter mit selbst erzeugtem Strom.

Weitere Themen, die aufgrund ihrer Bedeutung für die GASAG-Gruppe im Rahmen des Strategischen Programm-Managements berichtet werden, sind das gesetzlich geforderte Unbundling des Speichergeschäftes und die damit verbundene Ausgliederung des Erdgasspeichers sowie die Integration der in 2011 mehrheitlich erworbenen Beteiligungen SpreeGas und HSW in die GASAG-Gruppe.

GASAG AG 100% 74.9% 100% 74,88625% GASAG WärmeService Stadtwerke Forst GmbH DSF Direkt-Service EMB Erdgas Mark GmbH Energie GmbH Brandenburg GmbH 15% 100% 100% 100% BEGA.tec GmbH umetria Metering BAS Abrechnungsservice NBB Netzgesellschaft Services GmbH GmbH & Co. KG Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG 1,5% 100% 66,338% NGT Contracting GmbH SpreeGas Gesellschaft HSW Havelländische für Gasversorgung und Stadtwerke

Energiedienstleistung mbH

GASAG-KONZERN: 1.904 AKTIVE MITARBEITER UND 66 AUSZUBILDENDE (STAND: 31.12.2011)

BETEILIGUNGSSTRATEGIE

Im Zusammenhang mit unseren Wachstumsaktivitäten im Energiedienstleistungsbereich und -liefergeschäft zielen wir mit unserer Beteiligungsstrategie sowohl auf eine Stärkung unserer Wettbewerbsposition in den Regionen Berlin und Brandenburg als auch auf den bundesweiten Raum ab. Dabei setzen wir einerseits auf eine stärkere Beteiligung an bestehenden Unternehmen und Stadtwerken, vorrangig im Land Brandenburg, und andererseits auf die Gründung neuer Gesellschaften, wie die EMB-Beteiligungen NordostWerke GmbH, Potsdam, (NOW genannt) und die Bio-Erdgas Neudorf GmbH, Groß Pankow.

An der am 28. Juli 2011 mit Partnern aus dem local energy-Verbund gegründeten NOW hält die EMB 49 Prozent der Anteile. Weitere Gesellschafter sind regionale Stadtwerke. Gegenstand der Gesellschaft ist der Bezug und die Lieferung von Elektrizität und Gas sowie die Erbringung energienaher Dienstleistungen. Die Gesellschaft nahm den Geschäftsbetrieb mit Beginn des Jahres 2012 auf. Die Gesellschaft stellt eine lokale Alternative für wechselwillige Kunden zu den bundesweiten Energieanbietern dar.

Der 2011 erfolgte Erwerb der zusätzlichen Anteile an der SpreeGas und der HSW stärkt unsere Markt- und Wettbewerbssituation in Brandenburg.

KONZERNSTEUERUNG

Unsere zentrale Steuerungskennzahl für den Konzern ist der Return on Capital Employed (ROCE). Der ROCE reflektiert die Ertragskraft auf das investierte Kapital und spiegelt das Verhältnis des Ergebnisses der betrieblichen Tätigkeit zum durchschnittlichen betrieblichen Vermögen (Capital Employed) wider. Das betriebliche Ergebnis beinhaltet das EBIT zuzüglich der Beteiligungserträge. Das Capital Employed setzt sich aus den Vermögenswerten des operativen Geschäfts (Anlage- und Umlaufvermögen) abzüglich der nicht verzinslichen Verbindlichkeiten und kurzfristigen Rückstellungen zusammen.

Die Steuerungsgröße ROCE verringerte sich im Geschäftsjahr auf 7,6 Prozent (Vj. 10,5 Prozent). Die Entwicklung ist im Wesentlichen auf das gegenüber dem Vorjahr geringere betriebliche Ergebnis zurückzuführen. Zudem ist das durchschnittliche betriebliche Vermögen um 4 Prozent gegenüber dem Vorjahresniveau gestiegen. Durch die Umsetzung der Maßnahmen aus dem in 2012 stattfindenden Konsolidierungsprojekt wollen wir ein nachhaltig hohes Niveau des ROCE sichern.

Im Rahmen eines im Jahr 2011 begonnenen Konzernsteuerungsprojektes wird der mehrperiodige Wertbeitrag (MVA) als zentrale Steuerungskennzahl für die Zukunft definiert. Der MVA entspricht dem Barwert der erwarteten, zukünftigen Wertbeiträge, wobei der Wertbeitrag eines Jahres das betriebliche Ergebnis abzüglich der Kapitalkosten für das eingesetzte betriebliche Vermögen widerspiegelt.

1.4 UMWFLT UND TECHNOLOGIE

Zentrale Schwerpunkte der Unternehmensstrategie im GASAG-Konzern sind die Sicherstellung der zukünftigen Energieversorgung unter Einhaltung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Hierbei zählen die stärkere Nutzung innovativer, energiesparender Technik sowie der Ausbau und Einsatz erneuerbarer Energien zu den wichtigsten Optionen.

ERDGASPLUS-TECHNOLOGIEN

Erdgas ist sowohl als Energieform als auch in seiner Anwendungstechnik hervorragend mit erneuerbaren Energien kombinierbar. Das macht die hocheffizienten Erdgas-Technologien noch umweltfreundlicher und sparsamer.

Die gemeinsam mit der Berliner Energieagentur initiierte Kampagne "Erdgas+Solar XXL" haben wir daher auch 2011 weiter fortgeführt und den Einsatz großer thermischer Solaranlagen sowohl mit Know-how als auch finanziell gefördert.

KWK-OFFENSIVE

In Feldtests haben wir konzernweit Technologien der Kraftwärmekopplung (KWK) zur Marktreife verholfen. Heute ist ein breites Spektrum von KWK-Anlagen im Einsatz, das von der Strom erzeugenden Heizung bis zum großen Blockheizkraftwerk (BHKW) reicht.

Die Marktplatzierung von KWK unterstützen wir durch die Beteiligung an entsprechenden Kampagnen in Berlin. Die bereits im Vorjahr gestartete, von der Europäischen Union geförderte und von der Berliner Energieagentur GmbH sowie der Berliner Senatsverwaltung für Umwelt unterstützte Kampagne **CHP goes Green** (CHP-Combined Heat and Power), informiert über die Möglichkeiten des Einsatzes von Bio-Erdgas in KWK-Anlagen.

GASAG-UMWELTPRÄMIE

Mit der GASAG-Umweltprämie bezuschussen wir die Errichtung neuer, mit Erdgas betriebener Heizungsanlagen, die über innovative oder bewährte energieeffiziente Erdgastechnik verfügen. So werden der Einbau einer stromerzeugenden Heizung (Mikro-KWK-Anlage) oder einer Gaswärmepumpe, die Erdgas-Brennwertheizung in Kombi-

nation mit Solarthermie bei Neubauten oder auch eine Erdgas-Brennwertheizung bei Umstellung des Wärmeerzeugers von einem anderen Energieträger auf Erdgas gefördert. Für Kunden, die eine Heizungserneuerung anstreben ohne selbst investieren zu wollen, haben wir das Contracting-Angebot "Bärenheizkomfort" entwickelt; und die Käufer von Erdgasfahrzeugen erhalten weiter unseren Tankzuschuss.

BIO-ERDGAS

Eine besonders effiziente Methode, um erneuerbare Energien zu nutzen, ist die Beimischung von Bio-Erdgas zum herkömmlichen Erdgas. Bereits seit zwei Jahren sind wir in der Produktion, dem Handel und dem Vertrieb von Bio-Erdgas aktiv. Wichtig ist uns dabei insbesondere die ökologische Nachhaltigkeit der Produktion: Deshalb werden als Substrate ausschließlich nachwachsende Rohstoffe aus der Region verwendet, die nicht in Konkurrenz zur Lebensmittel-Produktion stehen. So leistet der Energieträger nicht nur einen Beitrag zum Klimaschutz, sondern stärkt auch die regionale Wirtschaftskraft.

Seit 2009 bieten wir mit unserem Produkt GASAG-Bio10 Bio-Erdgas für Heizgaskunden an und mit GASAG-Bio20, Bio-Erdgas als Beimischung für Erdgas als Kraftstoff.

PHOTOVOLTAIK

Auf dem ehemaligen Gaswerksgelände in Berlin-Mariendorf erzeugen wir seit dem Frühjahr 2011 mithilfe von rund 8.000 Solarmodulen klimafreundliche Elektroenergie. Die rund 1,75 Millionen Kilowattstunden Sonnenstrom decken den jährlichen Strombedarf von rund 2.000 Haushalten. Hierdurch werden die CO_2 -Emissionen jährlich um 1,15 Millionen Kilogramm verringert.

WINDENERGIENUTZUNG

Unsere Konzernstrategie beinhaltete für 2011 auch erste Prüfungen zur Nutzung der Windenergie im Konzern. Wir haben die Grundlagen dafür geschaffen und Vorbereitungen zur Initiierung erster Großprojekte getroffen.

Mit Micro Smart Grid, ein Forschungs- und Demonstrationsvorhaben auf dem EUREF-Campus in Berlin, unterstützen wir ein erstes kleines innerstädtisches Windprojekt. Im Mittelpunkt steht die Integration schwankender Erzeugungsleistung im sogenannten Smart-Grid-Betrieb.

E-CARSHARING

Elektroautos, die Strom aus einem GASAG-Klimakraftwerk nutzen, stellen ein ideales Konzept auf dem Weg zur energieeffizienten und emissionsarmen Citymobilität dar. Gemeinsam mit Partnern der Berliner Wohnungswirtschaft haben wir deshalb ein E-Carsharing-Modell entwickelt. Das erste Pilotprojekt startete mit zwei Fahrzeugen im Juli 2011 mit dem Beamten-Wohnungs-Verein zu Köpenick (BWV).

GEOTHERMIE

Die Aufsuchungsarbeiten für Erdwärme im Erlaubnisfeld Tempelhof haben wir im März 2011 mit der Durchführung einer seismischen Messkampagne auf dem Tempelhofer Feld fortgesetzt.

Im Bereich der oberflächennahen Geothermie haben wir uns 2011 wieder in der Initiative Gaswärmepumpe (IGWP) aktiv in Form von Feldtests an der Entwicklung von Gaswärmepumpen für Ein- und Zweifamilienhäuser beteiligt.

1.5 ÜBERBLICK ÜBER DEN GESCHÄFTSVERLAUF

1.5.1 GESAMTWIRTSCHAFTLICHE SITUATION

Das Konjunkturklima der Weltwirtschaft hat sich im Laufe 2011 wieder merklich abgekühlt. Gründe dafür lagen vor allem im nachlassenden Vertrauen in die Bewältigung der Schuldenkrise im Euroraum, in der negativen konjunkturellen Entwicklung der Vereinigten Staaten und in einer erhöhten Volatilität der Finanzmärkte. Konjunkturtreiber waren die Schwellenländer, deren Volkswirtschaften allerdings verstärkt mit drohender Überhitzung kämpfen. In Summe prognostiziert die Weltbank für 2011 ein weltweites BIP Wachstum von 3,3 Prozent. Der prognostizierte BIP Anstieg im Euroraum liegt laut EZB bei 1,6 Prozent.

Die deutsche Wirtschaft hat sich 2011 positiv entwickelt, das preisbereinigte BIP lag gemäß Prognose des Statistischen Bundesamtes um 3 Prozent höher als im Vorjahr. Dabei fand der wirtschaftliche Aufschwung vornehmlich in der ersten Jahreshälfte statt. Impulse für das Wachstum kamen im Wesentlichen aus dem Inland. Zum einen entwickelte sich der private Konsum, dank einer deutlichen Steigerung der Effektivlöhne und eines robusten Arbeitsmarktes durchweg positiv. Zum anderen stiegen die Investitionen, insbesondere in Ausrüstungen und Bauten. Weitere Wachstumskräfte entfalteten die gestiegenen Exporte. Für 2012 zeigt der Großteil der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute in der Tendenz ein deutlich abgeschwächtes Wachstum auf. Das Institut für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel kürzte seine Prognose für dieses Jahr auf lediglich 0,5 Prozent Wachstum. Der Entwicklungspfad geht dabei von einem schwachen Wachstum am Jahresanfang aus, das im Laufe des Jahres gestützt durch den privaten Konsum leicht an Fahrt gewinnt.

Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft am Jahresanfang 2011 ist auch in den Heimatmärkten des GASAG-Konzerns in Berlin und Brandenburg deutlich spürbar gewesen. Getrieben durch die guten Entwicklungen des Industrie-, Bau- und Handelssektors prognostiziert der Senat für Wirtschaft, Technologie und Forschung für Berlin in 2011 einen Anstieg des preisbereinigten BIP von rund 2 Prozent. Auch für Brandenburg fallen die konjunkturellen Perspektiven positiv aus. Im I. Halbjahr 2011 stieg das BIP um 3 Prozent. Das für den GASAG-Konzern wichtige Bauhauptgewerbe in Berlin entwickelte sich 2011 durchweg positiv. Im III. Quartal 2011 stiegen die Bauumsätze gegenüber dem Vorjahresquartal um insgesamt 1,6 Prozent. Gefördert wird diese Entwicklung von den günstigen Bedingungen im Wohnungsbau. Diese wird getrieben durch historisch niedrige Zinsen, steigendem Einkommen sowie einer positiven Beschäftigtensituation. Der Ausblick für das Baugewerbe zeigt je nach Bundesland starke Unterschiede. Sehen die Berliner in aktuellen Konjunkturumfragen einen weiterhin positiven Trend, so dominiert in Teilen Brandenburgs die Angst vor negativen Effekten durch auslaufende Konjunkturprogramme.

1.5.2 BRANCHENSITUATION

Die Energiewirtschaft war 2011 durch die Nuklearkatastrophe im japanischen Fukushima im März gekennzeichnet. Infolgedessen vollzog sich in großen Teilen der deutschen Bevölkerung und Politik ein Wandel in der Haltung zur Kernenergie. Daraus resultierte ein Beschluss der Bundesregierung zur Abschaltung aller deutschen Atomkraftwerke bis 2022. Als Folge der sofortigen Abschaltung von acht Atomkraftwerken sank der Anteil der Kernenergie im Energieträgermix erstmals unter die Marke von 10 Prozent. Von der aktuellen Entwicklung profitierten die erneuerbaren Energien. Sie verzeichneten in Bezug auf den Energieträgermix 2011 einen Zuwachs von 4,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr und summieren sich somit auf einen Anteil von 10,8 Prozent. Erdgas bleibt hinter Heizöl der zweitwichtigste Primärenergieträger, büßte 2011 jedoch rund 10,2 Prozent ein. Auch der konjunkturbedingt höhere Erdgaseinsatz in der Industrie konnte die witterungsbedingten Verbrauchsrückgänge der Privathaushalte nicht kompensieren. Der gesamte Energieverbrauch 2011 sank im Vergleich zu 2010 um voraussichtlich 5 Prozent. Gründe waren eine im Vergleich zum Vorjahr sehr milde Witterung sowie der Anstieg der Energiepreise.

Im für den GASAG-Konzern wichtigen Heizungsmarkt spielt Erdgas weiterhin die bedeutendste Rolle. Lag der Marktanteil von Erdgas am gesamten Heizungsmarkt im Jahr 2000 noch bei 44,5 Prozent, wird für 2011 ein Marktanteil von rund 50 Prozent prognostiziert. Im Neubau blieb der Anteil von Erdgas 2011 auch im Vergleich zu alternativen Technologien, wie Fernwärme und Wärmepumpen gegenüber 2010 nahezu konstant.

Getrieben durch die gute Konjunktur am Jahresanfang lag der durchschnittliche TTF Day Ahead Preis für Gas 2011 bei 23,33 Euro je Megawattstunde. Im Jahr davor notierte der Mittelwert mit 16,15 Euro je Megawattstunde rund 30 Prozent niedriger.

Die langfristigen Import-Verträge im deutschen Markt sind zu einem Großteil ölpreisgebunden. Aufgrund dessen beeinflusst die Ölnotierung zeitverzögert die Preisentwicklung der Gaswirtschaft. Lag der Rohölpreis Ende 2010 bei 94 US-Dollar so stieg er im Laufe des Jahres 2011 auf 105 US-Dollar Ende Dezember.

1.5.3 ENERGIEPOLITISCHE, RECHTLICHE UND WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

REGULIERUNG DER NETZNUTZUNGSENTGELTE FÜR GAS UND STROM

Seit dem 1. Januar 2009 werden die deutschen Energienetze dem Anreizregulierungssystem unterworfen, wodurch die zuvor geltende Kostenregulierung ersetzt wurde. Kernelement der Anreizregulierungsverordnung (ARegV) ist die Festlegung von Erlösobergrenzen für Netzbetreiber für jedes Jahr einer Regulierungsperiode. Auf dieser Basis haben die Netzbetreiber ihre Netzentgelte zu ermitteln. Die erste Regulierungsperiode startete am 1. Januar 2009. Sie läuft für den Bereich Gas bis zum 31. Dezember 2012 und für den Bereich Strom bis zum 31. Dezember 2013. Darauf folgen die zweiten Regulierungsperioden, die dann für beide Sparten fünf Jahre umfassen.

MEHRERLÖSABSCHÖPFUNG

Als Folge der durch den Bundesgerichtshof (BGH) im Jahr 2008 bestätigten Rechtsauffassung der Bundesnetzagentur (nachfolgend BNetzA genannt) zur rückwirkenden Mehrerlösabschöpfung hat die NBB im Geschäftsjahr 2009 der Teilnahme am vereinfachten Mehrerlösabschöpfungsverfahren bei gleichzeitigem Rechtsmittelverzicht und einer annuitätischen Verteilung der Mehrerlöse gegenüber der BNetzA zugestimmt. Der von der BNetzA bestätigte jährliche Mehrerlösabschöpfungsbetrag reduziert die Erlösobergrenze der NBB in den Geschäftsjahren 2010 bis 2012 entsprechend.

MESSZUGANGSVERORDNUNG (MESSZV)

Mit der EnWG-Novelle wurden die Regelungen zur Messung grundsätzlich überarbeitet. Messstellenbetrieb und Messung sind nach wie vor grundsätzlich die Aufgabe des Betreibers von Energieversorgungsnetzen. Die Novellierung der Messzugangsverordnung (MessZV) ist für Mitte 2012 angekündigt. Die neuen Regelungen zum Messwesen treffen erstmals eine deutliche Unterscheidung zwischen Strom und Gas. Der separate Aufbau einer Smart-Metering-Infrastruktur für Gas, unabhängig von Messsystemen für Strom, ist nicht vorgesehen.

KOOPERATIONSVEREINBARUNG IV

Am 30. Juni 2011 wurde zwischen den Gasnetzbetreibern und den Marktgebietsverantwortlichen die Kooperationsvereinbarung IV (KoV IV) verabschiedet, die am 1. Oktober 2011 in Kraft getreten ist. Aus den Neuerungen ergeben sich aufgrund klarer Vorgaben und Fristen für die Bilanzkreisabrechnung sowie einheitlicher Musterverträge unter anderem Vorteile für Beschaffung und Vertrieb.

MARKTREGELN FÜR DIE DURCHFÜHRUNG DER BILANZKREISABRECHNUNG STROM (MABIS)

Die BNetzA hat in ihrem Beschluss vom 10. Juni 2009 den Rahmen für die Bilanzkreisabrechnung Strom gesetzt. Durch MaBiS wird für alle relevanten Marktteilnehmer festgeschrieben, wer welche Daten an wen, in welchem Format und in welcher Frist zu übermitteln hat. Im Rahmen der Anpassung des Marktmodells auf die MaBiS wurde bei der Dienstleisterin NBB ein EDM-Netzprojekt im Januar 2011 aufgesetzt, in dem alle notwendigen Anpassungen für die Sparte Strom vorgenommen wurden, um fristgerecht die Anforderungen der MaBiS Bilanzierung umzusetzen. MaBiS konkretisiert die Ziele zur Bilanzkreisabrechnung, gemäß § 27 Abs. 1 StromNZV und § 1 Abs. 1 EnWG.

SYSTEMTRENNUNG ZWISCHEN VERTRIEB UND NETZ

Ein 2010 begonnenes konzernübergreifendes Projekt zur Trennung des Abrechnungssystems SAP IS-U in ein jeweils neues separates SAP IS-U System für die Netzbetriebe und Vertriebe der GASAG-Gruppe wurde 2011 abgeschlossen. Damit wird den gesetzlichen Vorgaben Rechnung getragen.

INITIATIVEN DES GESETZGEBERS

Nach dem durch die Bundesregierung verkündeten Atomausstieg im Frühjahr soll mit einer Vielzahl von gesetzgeberischen Aktivitäten die Energieversorgung der Bundesrepublik in Richtung Energieeffizienz und Ausbau der erneuerbaren Energien weiterentwickelt werden, ohne dabei die ehrgeizigen Klimaschutz- und Einsparziele aufzugeben. In der Konsequenz bedeutet dies, dass der Wärmemarkt einen bedeutenden Anteil zur Erreichung der Klimaschutzziele beitragen muss und Erdgas außerdem einen wichtigen Anteil bei der zukünftigen Stromerzeugung übernehmen wird.

Am 4. August 2011 ist das Gesetz zur Neuregelung energiewirtschaftlicher Vorschriften in Kraft getreten. Bestandteil dieses Regelwerks ist die **Novelle des EnWG**, mit welcher der Gesetzgeber das dritte EU-Energiebinnenmarktpaket in deutsches Recht umgesetzt hat. Die Neuregelungen des EnWG betreffen vor allem die Entflechtungsvorgaben für große Netzbetreiber und Speicheranlagenbetreiber, die Fokussierung des Verbraucherschutzes im Vertriebsrecht sowie eine erweiterte Standardisierung des Messstellenwesens. Der Berliner Erdgasspeicher ist demnach operationell, informell und gesellschaftsrechtlich zu entflechten.

Konsequenzen für die vertriebliche Kundenkommunikation werden die erweiterten Informations- und Aufklärungspflichten sowohl bei Vertragsabschlüssen im Haushaltskundensegment (§ 41 EnWG) als auch bei der Rechnungsstellung gegenüber Letztverbrauchern (§ 40 EnWG) nach sich ziehen. Der Kunde kann über Abrechnungsmodalitäten disponieren. Der Kunde kann sich förmlich über Fehlverhalten seines Versorgungsunternehmens beschweren und eine Schlichtungsstelle anrufen (§ 111a EnWG). Das Versorgungsunternehmen muss regelmäßig die Verfahrenskosten tragen (§ 111b EnWG).

Messbetrieb und Messdienstleistungen sollen nach der neuen Regel des § 21b EnWG nicht nur von dem betroffenen Anschlussnutzer, sondern auch vom Anschlussnehmer auf einen Dritten übertragen werden können. Der Einbau der legal definierten Smart Meter ist auf den Strombereich beschränkt und muss erfolgen, wenn derartige Systeme am Markt verfügbar sind.

Aus Sicht des GASAG-Konzerns sind insbesondere die Novellierungen des **Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz (KWK-G)** und des **Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2012)** von besonderer Bedeutung. Bei der Novellierung des KWK-G sind bereits einige Forderungen zur Weiterentwicklung des Gesetzes in der öffentlichen Diskussion: wie die Erhöhung der KWK-Zuschläge und die Förderung von Wärme- und Kältespeichern. Im Falle der Umsetzung

der Forderungen dürften sich die Rahmenbedingungen für dezentrale KWK-Anlagen verbessern. Mit der aktuell beschlossenen Fortführung des Mini-KWK-Programms können Marktimpulse für kleine KWK-Anlagen erwartet werden. Mit dem vorliegenden EEG 2012 hat sich insbesondere die Vergütungssituation für größere Biogas-KWK-Anlagen verbessert. Über das sogenannte Marktprämienmodell und die Einführung einer Flexibilitätsprämie könnten sich zudem neue Geschäftsmodelle ergeben.

Im Jahr 2012 stehen darüber hinaus die Novellierungen des **Erneuerbare-Energie-Wärmegesetz (EEWärmeG)** und der **Energieeinsparverordnung (EnEV 2012)** an. Gerade beim EEWärmeG wird weiterhin die Forderung aufrecht erhalten, Bio-Erdgas auch für den Einsatz in Kesselanlagen zuzulassen. Einen Teilerfolg bei der Verwendung von Bio-Erdgas im Wärmemarkt gab es in diesem Jahr mit der Novellierung des EEWärmeG zum 1. Mai 2011. Seither gilt die Nutzungspflicht nicht nur für Neubauten, sondern auch für bestehende öffentliche Gebäude. Erstmals wird dabei die Nutzungspflicht mit einer 25 prozentigen Bio-Erdgas-Beimischung in Verbindung mit einer Gas-Brennwert-Kesselanlage als erfüllt angesehen.

Aktuell liegt der Entwurf der **EU-Richtlinie über Energieeffizienz** vor. Ziel der Richtlinie ist es, das Energieeinsparpotential in den Mitgliedstaaten zu heben und 20 Prozent Primärenergieeinsparungen bis 2020 zu realisieren. Die Energieeffizienzrichtlinie soll die KWK-Richtlinie und die EDL-Richtlinie ersetzen.

Die Europäische Verordnung über die Integrität und Transparenz des Energiegroßhandelsmarktes (REMIT) ist am 28. Dezember 2011 in Kraft getreten. Sie wird auch Handelsunternehmen der Endverteilerstufe hinsichtlich der Berichterstattung betreffen.

Die 1998 begonnene Kooperation mit dem Land Berlin zur Umsetzung von Klimaschutzzielen führt die GASAG mit Abschluss der **4. Klimaschutzvereinbarung** für den Zeitraum 2011–2020 fort. Damit wird auch die Energieund Klimapolitik des neuen Berliner Senates aktiv unterstützt. Die Klimaschutzvereinbarung beinhaltet die Selbstverpflichtung der GASAG, das Land Berlin bei der Erreichung der klimaschutzpolitischen Ziele zu unterstützen und bis zum Jahr 2020 eine Reduzierung von zwei Millionen Tonnen CO₂ gegenüber dem Beginn des ersten Kooperationsvertrages im Jahr 1998 zu erreichen. Von 1998 bis heute wurden durch vielfältige Aktivitäten insgesamt bereits über eine Million Tonnen CO₂ eingespart.

1.5.4 GESCHÄFTSVERLAUF

GASABSATZ- UND GASTRANSPORTENTWICKLUNG SOWIE GASBEZUG

Durch die erstmalige Vollkonsolidierung der SpreeGas und HSW zum 1. Juli 2011 in den Konzernabschluss ist der Geschäftsverlauf entsprechend beeinflusst.

Der Temperaturverlauf in den Absatz- und Transportgebieten Berlin und Brandenburg lag im Geschäftsjahr 2011 nahezu auf dem Niveau eines Normaljahres. Gegenüber dem Vorjahreswert von 8,2 Grad Celsius war die Jahresmitteltemperatur 2011 mit 10,1 Grad für Berlin um 1,9 Grad höher. Für Brandenburg lag die Jahresmitteltemperatur 2011 auf einem ähnlichen Niveau und war 1,9 Grad Celsius höher als der Vorjahreswert.

Die Transportmengen im Gasnetz der NBB und NFL haben sich gegenüber dem Vorjahr um 13,2 Prozent auf 35.504 Millionen Kilowattstunden reduziert. Darin enthalten sind neben den Transportmengen für die GASAG, die EMB und die Stadtwerke Forst auch die für das Teilnetz Havelland der HSW sowie die in den Heimatmärkten für Wettbewerber transportierten Mengen.

Der Gasabsatz des Konzerns liegt mit 22.960 Millionen Kilowattstunden um 8,0 Prozent unter dem Gasabsatz des Vorjahres. Mit der erstmaligen Vollkonsolidierung der SpreeGas und der HSW fließen die Gasabsätze der beiden Gesellschaften ab dem 1. Juli 2011 in den konsolidierten Gasabsatz des GASAG-Konzerns mit ein; ohne deren Berücksichtigung würde der Gasabsatz des Konzerns um 12,4 Prozent unter dem Gasabsatz des Vorjahres liegen.

Der Gas-zu-Gas-Wettbewerb nahm in Berlin und Brandenburg im Jahr 2011 weiter zu. Seit Beginn des Gas-zu-Gas-Wettbewerbs haben sich insgesamt rund 19 Prozent der ehemaligen Heizgaskunden der GASAG-Gruppe für einen anderen Gasversorger entschieden.

Im Absatzgebiet außerhalb von Berlin und Brandenburg realisierten wir dagegen Zuwächse. Über den gesamten Zeitraum unserer bundesweiten Aktivitäten, beginnend mit den ersten Testmärkten im Jahr 2007, konnten wir rund 13 Prozent (Vj. rund 6 Prozent) des Gesamtgasabsatzes im Konzern außerhalb unseres angestammten Versorgungsgebietes absetzen. Dabei beliefern wir Kunden in allen Bundesländern.

Beim Gasbezug haben wir die Anzahl unserer Geschäftspartner kontinuierlich erweitert und dadurch das Gasbeschaffungsportfolio stärker diversifiziert. Der Anteil an Spot- und Terminhandelsgeschäften und marktpreisorientiertem Gasbezug am gesamten Beschaffungsvolumen ist im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen. Wir sind deutschlandweit lieferfähig und bewirtschaften neben den H-Gas und L-Gas-Portfolien zusätzlich ein Biogasportfolio. Neben der bisherigen Handelstätigkeit mit Gas sind wir seit 2011 auch aktiver Handelspartner für Strom an der Energiebörse in Leipzig, der European Energy Exchange (EEX) sowie an der European Power Exchange in Paris.

WÄRMEABSATZENTWICKLUNG

Das Geschäftsfeld Wärme liegt im Wesentlichen bei unseren Konzerngesellschaften GWS und NGT Contracting.

Der für den GASAG-Konzern erzielte Wärmeabsatz beider Unternehmen verminderte sich 2011 um 463 Mio. kWh (–35,2 Prozent) auf 852 Mio. kWh. Die Reduzierung ist im Wesentlichen auf den Wegfall des Energielieferungsund Betriebsführungsgeschäftes, aufgrund der seit dem 1. Januar 2011 geltenden Einschränkung des Steuerprivilegs für den Erdgas- und Strombezug auf das produzierende Gewerbe und Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft, zurückzuführen sowie auf einen Temperatureffekt aus einem sehr kalten Winter 2010 gegenüber einem durchschnittlicheren Temperaturverlauf 2011.

STROMABSATZ- UND STROMTRANSPORTENTWICKLUNG

Das Geschäftsfeld Strom wird im Konzern derzeit hauptsächlich auf der Vertriebsseite von der EMB und den Stadtwerken Forst und auf der Netzseite ausschließlich von der NFL betrieben.

Im Geschäftsjahr 2011 konnte der Stromabsatz im Konzern um insgesamt 80 Millionen Kilowattstunden (+97 Prozent) auf 162 Millionen Kilowattstunden gesteigert werden. Bei der EMB erhöhte sich der Stromabsatz von 43 Millionen Kilowattstunden im Vorjahr auf rund 127 Millionen Kilowattstunden (+195 Prozent). Die Stadtwerke Forst verringerten dagegen ihren Stromabsatz im Geschäftsjahr von 39 Millionen Kilowattstunden auf 35 Millionen Kilowattstunden (–10 Prozent). Im Stromnetz der NFL wurden im Geschäftsjahr 53,8 Millionen Kilowattstunden (Vj. 56,2 Millionen Kilowattstunden) transportiert.

RECHTLICHE SACHVERHALTE

Die GASAG befindet sich gegenüber dem Vorjahr in einer deutlich geringeren Anzahl von Gerichtsverfahren mit Haushaltskunden, in denen es um die Folgen der vom BGH festgestellten Rechtsunwirksamkeit einer in der Vergangenheit verwendeten Preisanpassungsklausel geht. Hinsichtlich der Rechtslage ist weiterhin ungeklärt, in welchem Umfang und unter welchen Voraussetzungen Kunden berechtigte Rückforderungsansprüche geltend machen können. Zudem machen einige gewerbliche Großkunden im Nachgang zu dem BGH-Urteil vom 24. März 2010, in dem eine Preisgleitklausel eines Stadtwerks mit HEL-Anbindung für unwirksam erachtet wurde, Rückforderungsansprüche gegen die GASAG geltend. Wir konnten mehrere dieser Klagen erfolgreich abwehren.

Wir befinden uns derzeit in rechtlichen Auseinandersetzungen mit einem Vorlieferanten und Verhandlungen mit weiteren Vorlieferanten über die Anpassung der langfristigen Gasbezugsverträge. Mit einem der Lieferanten sind die Verhandlungen 2011 mit einem Vergleich beendet worden. Der Vergleich sieht unter anderem die Aufhebung des Liefervertrages zum 30. September 2011 vor. Der Aufsichtsrat hat diesem Vergleich mehrheitlich zugestimmt. Ein Mitglied des Aufsichtsrates hat den Beschluss zur Zustimmung angefochten und Klage eingereicht. Die Verhandlungen mit weiteren Lieferanten sind noch nicht beendet.

Das Land Berlin hat gemäß § 46 Abs. 3 Satz 1 EnWG im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht, dass der bestehende Konzessionsvertrag für das Gasversorgungsnetz der allgemeinen Versorgung auf dem Gebiet des Landes Berlin mit der GASAG am 31. Dezember 2013 endet. Die Interessenbekundung für die Neuvergabe endet am 16. April 2012.

ENTWICKLUNG VON ÖL- UND ERDGASPREISEN SEIT 2007



Quelle: Statistisches Bundesamt

2. ERTRAGS-, FINANZ- UND VERMÖGENSLAGE 2.1 ERTRAGSLAGE

Durch die erstmalige Vollkonsolidierung der SpreeGas und der HSW zum 1. Juli 2011 ist die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage im Vergleich zum Vorjahr entsprechend beeinflusst.

Die **Umsatzerlöse** haben sich gegenüber dem Vorjahr um 2,8 Millionen Euro (+0,2 Prozent) auf 1.164,6 Millionen Euro erhöht. Auf den Teilbereich Energie und Wärme entfällt dabei mit 1.071,1 Millionen Euro ein Anteil von 92,0 Prozent (Vj. 92,5 Prozent). Die Umsatzerlöse im Teilbereich Transport erhöhten sich um 6,8 Millionen Euro (+10,2 Prozent) auf 73,4 Millionen Euro. Darin enthalten sind Konsolidierungseffekte von der SpreeGas und der HSW in Höhe von 50,7 Millionen Euro.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** einschl. der **Bestandsveränderung** haben sich insgesamt um 23,6 Millionen Euro auf 75,1 Millionen Euro (+45,9 Prozent) erhöht. Die Erhöhung ist im Wesentlichen auf die Auflösung von Rückstellungen zurückzuführen, welche größtenteils die Ausbuchung von Rückforderungsansprüchen in Höhe von 17,8 Millionen Euro betrifft.

Der **Materialaufwand** erhöhte sich aufgrund des Anstiegs der Bezugskosten um 37,8 Millionen Euro auf 800,8 Millionen Euro (+5,0 Prozent). Die Relation des Materialaufwandes zu den Umsatzerlösen stieg auf 68,8 Prozent (Vj. 65,7 Prozent). Darin enthalten sind Konsolidierungseffekte von der SpreeGas und der HSW in Höhe von 35,4 Millionen Euro.

Der **Personalaufwand** stieg um insgesamt 5,0 Millionen Euro (+5,2 Prozent) auf 101,0 Millionen Euro. Die durchschnittliche Mitarbeiteranzahl hat sich auf 1.841 (+5,5 Prozent) erhöht. Gründe für die Erhöhung sind vor allem die Integration der SpreeGas und HSW ab dem 1. Juli 2011 sowie eine größere Anzahl von Neueinstellungen bei BAS und NBB.

Die **Abschreibungen** erhöhten sich um 22,2 Millionen Euro auf 98,0 Millionen Euro; im Wesentlichen bedingt durch die Anpassung der Nutzungsdauer des Gasbezugsrechtes bis zum 30. September 2011 und der damit verbundenen planmäßigen Abschreibung auf den Restbuchwert in Höhe von 0 Euro.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** erhöhten sich um 7,0 Millionen Euro auf 123,6 Millionen Euro (+6,0 Prozent). Der Anstieg ist im Wesentlichen durch Aufwendungen im Zusammenhang mit Projektleistungen und höhere Rechts- und Beratungskosten beeinflusst.

Das **Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)** verringerte sich im Wesentlichen durch die oben angeführten Gründe im Geschäftsjahr um 45,4 Millionen Euro (–28,1 Prozent) auf 116,3 Millionen Euro.

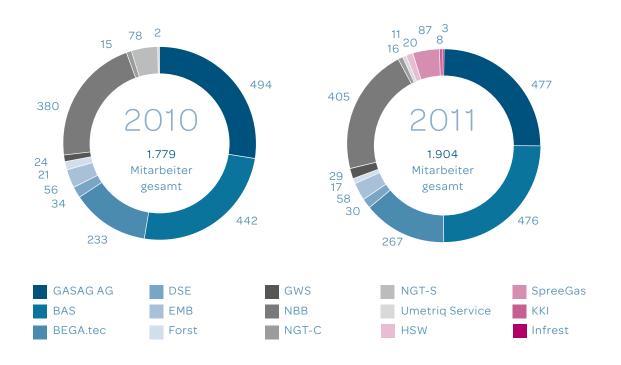
Der Saldo aus **Finanzierungsaufwendungen und Sonstiges Finanzergebnis** liegt mit –45,6 Millionen Euro um 11,1 Millionen Euro, (–19,7 Prozent) unter dem des Vorjahres. Die Veränderung zum Vorjahr ist im Wesentlichen vom Rückgang der Zinsaufwendungen aus sonstigen finanziellen Schulden sowie einem Anstieg der Zinsaufwendungen aus Kontokorrentkrediten und Darlehen gegenüber Kreditinstituten beeinflusst.

Die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** liegen mit 21,6 Millionen Euro um 11,5 Millionen Euro unter denen des Vorjahres. Die Steuerquote 2011 beträgt 27,4 Prozent.

Der **Jahresüberschuss** des GASAG-Konzerns liegt mit 57,3 Millionen Euro um 19,4 Millionen Euro (–25,3 Prozent) unter dem des Vorjahres mit 76,7 Millionen Euro.

Im Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit ist ein **neutrales Ergebnis** in Höhe von +6,1 Millionen Euro (Vj. –11,0 Millionen Euro) enthalten, im Wesentlichen bedingt durch die Auflösung von Rückstellungen und Commodity Swaps; gegenläufige Effekte sind die gegenüber dem Vorjahr höhere Abschreibung auf das Gasbezugsrecht.

ENTWICKLUNG DER PERSONALZAHLEN IM GASAG-KONZERN 2010 – 2011 (OHNE VORSTAND BZW. GESCHÄFTSFÜHRER UND AUSZUBILDENDE)



2.2 FINANZLAGE

AKTUELLE FINANZMARKTLAGE

Die Entwicklung an den Geld- und Kapitalmärkten war im Geschäftsjahr 2011 aufgrund der sich weltweit verschärfenden Schuldenkrise von hoher Volatilität geprägt. Die Aktionen der Marktteilnehmer waren insbesondere aufgrund der Aktivitäten der Notenbanken FED, EZB und der Schweizer Notenbank zur Leitzinssteuerung geprägt. Die EZB unterstützte die Finanzmärkte zum Jahresende mit Liquidität, u. a. durch den Einsatz von langfristigen Refinanzierungsgeschäften. Für die zukünftige Entwicklung der Geld- und Kapitalmärkte wird bei allen Bemühungen entscheidend sein, dass es der europäischen Geld-, Finanz- und Ordnungspolitik gelingt, die Verschuldungskrise in Europa in geordneten Bahnen zu halten.

FINANZIERUNG

Der allgemeine Finanzierungsbedarf des GASAG-Konzerns wird aus dem operativen Cashflow, durch Inanspruchnahme kurzfristiger Bankkredite sowie Schuldscheindarlehen gedeckt. Die Investitionen werden mittel- und langfristig über Darlehensverträge, Schuldscheindarlehen sowie Leasingverträge finanziert. Dabei orientieren sich Art und Umfang der Transaktionen am operativen und finanziellen Grundgeschäft des Konzerns.

Zur Ermittlung unseres Liquiditätsbedarfs nutzen wir rollierende 12-Monats-Liquiditätsplanungen. Dabei waren die Konzerngesellschaften jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Unsere Vermögensstruktur ist dadurch gekennzeichnet, dass die wesentlichen Sachanlagen für das Kerngeschäft über Eigenmittel, bilaterale Kredite, Schuldscheindarlehen beziehungsweise über Leasingverträge finanziert sind.

Die Kreditlinien unseres Konzerns werden von insgesamt 9 Banken, teilweise ohne Laufzeitbegrenzung, bereitgestellt. Die in den kurz- und langfristigen Schulden enthaltenen verzinslichen Darlehen des Konzerns sind auf 51 Banken und sonstige Finanzpartner diversifiziert.

Vor dem Hintergrund der schwierigen und volatilen Geld- und Kapitalmärkte steht die GASAG 2012 vor der Herausforderung, die bis zum Ende des Kalenderjahres 2012 gesicherte Finanzierungsstruktur darüber hinaus erfolgreich fortzuführen. Dafür bietet das erzielte Jahresergebnis 2011 und die erwartete Unternehmensentwicklung des GASAG-Konzerns eine gesicherte Basis.

2.2.1 KAPITALFLUSSRECHNUNG

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit des GASAG-Konzerns erhöhte sich auf 212,1 Millionen Euro (Vj. 34,4 Millionen Euro).

Das Periodenergebnis vor Ertragsteuern sank auf 78,9 Millionen Euro (Vj. 109,8 Millionen Euro) und spiegelt damit die Entwicklung an den Rohstoffmärkten hin zu höheren Bezugskosten wider.

Das Working Capital veränderte sich um 94,9 Millionen Euro (Vj. –95,5 Millionen Euro). Diese Veränderung resultiert im Wesentlichen aus der Abnahme der Forderungen aus Gaslieferungen.

Die Übrigen Posten verändern sich um 65,8 Millionen Euro (Vj. 63,1 Millionen Euro). Die Veränderung ergibt sich im Wesentlichen aus den Abschreibungen auf langfristige Vermögenswerte.

Im Cashflow aus Investitionstätigkeit in Höhe von –109,2 Millionen Euro (Vj. –30,8 Millionen Euro) sind im Wesentlichen Auszahlungen für den Erwerb der SpreeGas und der HSW, für Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen für Gasverteilungsanlagen sowie Einzahlungen aus Abgängen von Finanzanlagen enthalten.

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von –82,9 Millionen Euro (Vj. –95,0 Millionen Euro) beinhaltet vorwiegend die Tilgungen von finanziellen Verbindlichkeiten.

Im Finanzmittelfonds sind neben dem Guthaben bei Kreditinstituten, Kassenbestand und Schecks enthalten. Im Geschäftsjahr 2011 erhöhte sich der Finanzmittelfonds um 20,0 Millionen Euro auf 166,2 Millionen Euro (Vj. 146,2 Millionen Euro).

	2011 MIO€	2010 MIO€
Periodenergebnis vor Ertragsteuern	78,9	109,8
Gezahlte Ertragsteuern	-27,5	-43,0
Veränderung Working Capital	94,9	-95,5
Veränderung Übrige Posten	65,8	63,1
Cashflow aus Geschäftstätigkeit	212,1	34,4
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-109,2	-30,8
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-82,9	-95,0
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	166,2	146,2

2.2.2 NETTOFINANZPOSITION

Die Nettofinanzposition ergibt sich aus dem Bestand an flüssigen Mitteln und der Wertpapiere der kurzfristigen finanziellen Vermögenswerte vermindert um die finanziellen Schulden. Die zur Veräußerung verfügbaren Wertpapiere der langfristigen finanziellen Vermögenswerte sowie die sonstigen Ausleihungen werden bei der Ermittlung nicht berücksichtigt.

	2011 MIO€	2010 MIO€
Liquide Mittel	166,2	146,2
Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,0	0,0
Zwischensumme Kurzfristige Finanzmittel	166,2	146,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-782,2	-853,1
davon mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	-377,8	-64,8
davon mit einer Restlaufzeit 1 bis 5 Jahre	-114,7	-463,5
davon mit einer Restlaufzeit größer 5 Jahre	-289,7	-324,8
Sonstige finanzielle Schulden	-36,6	-38,3
davon mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	-6,6	-7,2
davon mit einer Restlaufzeit 1 bis 5 Jahre	-13,5	-12,0
davon mit einer Restlaufzeit größer 5 Jahre	-16,5	-19,1
Derivate	-58,5	-18,8
davon mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	-26,4	-8,2
davon mit einer Restlaufzeit größer 1 Jahr	-32,1	-10,6
Nettofinanzposition	-711,1	-764,0

67,4 Prozent der Schulden gegenüber Kreditinstituten sind variabel verzinslich (Vj. 68,7 Prozent). Die sonstigen finanziellen Schulden sind wie im Vorjahr nicht variabel verzinslich. Die variabel verzinslichen Darlehen sind mit Derivaten gesichert.

Der GASAG-Konzern plant in den nächsten beiden Geschäftsjahren insgesamt mehr als 100 Millionen Euro Investitionen für Instandhaltung und Ausbau der Netze sowie Investitionen in den Berliner Erdgasspeicher.

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr ist im Wesentlichen eine gebündelte Netzfinanzierung mit einer planmäßigen Fälligkeit Ende 2012 enthalten. Die GASAG geht davon aus, dass die Anschlussfinanzierung vor dem Hintergrund des Wertes des Berliner Gasnetzes im Verhältnis zur notwendigen Finanzierung gewährleistet werden kann. Entsprechende Verhandlungen mit den Banken wurden begonnen. Von einer erheblichen Mehrheit der an der Finanzierung beteiligten Banken liegen entsprechende Interessenbekundungen zur Refinanzierung ab 2012 vor. Die Entscheidung zur Neuvergabe der Berliner Gasnetzkonzession wird wesentlichen Einfluss auf die Laufzeit und die wirtschaftlichen Konditionen der Refinanzierung haben.

2.3 VERMÖGENSLAGE

Die **langfristigen Vermögenswerte** (ohne latente Steuern) erhöhten sich um 120,0 (+6,8 Prozent) Millionen Euro auf 1.895,8 Millionen Euro.

In den immateriellen Vermögenswerten sind die Geschäfts- und Firmenwerte der zum 1. Juli 2011 erstmalig vollkonsolidierten Gesellschaften SpreeGas und HSW in Höhe von 36,9 Millionen Euro enthalten.

Durch den Erwerb der SpreeGas und der HSW ergaben sich Zugänge in das Sachanlagevermögen in Höhe von 126,1 Millionen Euro. Von den übrigen Investitionen in Höhe von 65,7 Millionen Euro (Vj. 78,4 Millionen Euro) in das **Sachanlagevermögen** des GASAG-Konzerns entfallen im Wesentlichen auf Netzerweiterung und Netzerneuerung 57,7 Millionen Euro (Vj. 71,7 Millionen Euro).

Die Vorräte verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt 10,3 Millionen Euro (–13,3 Prozent) auf 67,0 Millionen Euro. Der Bestand betrifft im Wesentlichen das in den Erdgasspeichern befindliche Arbeitsgas.

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstigen Forderungen** sind im Geschäftsjahr um 73,5 (–22,8 Prozent) Millionen Euro auf 248,5 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr gesunken.

Das **Eigenkapital** liegt mit 828,3 Millionen Euro um 39,6 Millionen Euro über dem Vorjahresniveau (+5,0 Prozent). Die Eigenkapitalquote des GASAG-Konzerns erhöhte sich auf 33,4 Prozent (Vj. 32,7 Prozent). Detaillierte Angaben zum Eigenkapital sind der Eigenkapitalveränderungsrechnung zu entnehmen.

Die **immateriellen Vermögenswerte und Sachanlagen** sind mit 44,7 Prozent (Vj. 47,4 Prozent) durch Eigenkapital gedeckt.

Der Rückgang der **langfristigen Schulden** (ohne latente Steuern) um 332,2 Millionen Euro (–29,4 Prozent) auf 796,4 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr beruht im Wesentlichen auf der Umklassifizierung des verzinslichen Darlehensbestandes in die kurzfristigen Schulden.

Die **kurzfristigen Schulden** liegen mit 746,4 Millionen Euro um 340,7 Millionen Euro (+84,0 Prozent) über dem Vorjahresniveau. Im Wesentlichen resultiert die Erhöhung aus der vorgenannten Umklassifizierung des verzinslichen Darlehensbestandes aus den langfristigen Schulden.

2.3.1 NICHTFINANZIELLE LEISTUNGSINDIKATOREN

Der GASAG-Konzern steht für zuverlässige Erdgas- und Wärmeversorgung in Berlin und Brandenburg sowie in ausgewählten Schwerpunkt-Regionen in Deutschland. Gemeinsam mit unseren Mitarbeiterinnen, Mitarbeitern und Marktpartnern erbringen wir moderne, zielgruppenorientierte und zukunftsweisende Energiedienstleistungen. Im Wettbewerb um Kunden positionieren wir uns als Unternehmen mit vielgestaltigen Services und Unterstützungsleistungen für innovative Lösungen und Produkte rund um das Thema Energieeffizienz und erneuerbare Energien.

MITARBEITER

Wir investieren weiterhin gezielt in die Optimierung unserer Beschäftigtenstruktur. Die vergleichsweise hohe Inanspruchnahme unserer Altersteilzeitprogramme schafft dafür die internen Voraussetzungen.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein wichtiger Bestandteil unserer Unternehmenskultur. So beteiligte sich die GASAG im letzten Jahr am Audit "berufundfamilie" der gemeinnützigen Hertie-Stiftung, das nunmehr erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Damit unterstreicht die GASAG ihre familiengerechte Ausrichtung und die hohe Attraktivität als Arbeitgeber.

Die Förderung interner Potenzialträger, das Hochschulmarketing, die Weiterentwicklung von Absolventen sowie die konzernweite Mitarbeiterzufriedenheitsbefragung bildeten die Schwerpunkte der Personalarbeit im Geschäftsjahr 2011.

Im Herbst 2011 starteten wir das mittlerweile sechste Trainee-Programm im Konzern mit den Schwerpunkten Technik, Kaufmännisches sowie Kundenmanagement.

2011 führten wir erstmalig eine Mitarbeiterzufriedenheitsbefragung synchron in allen Unternehmen des Konzerns durch, um Stärken und Verbesserungsbedarfe aus der Perspektive der Beschäftigten zu erfahren und entsprechende Optimierungen einzuleiten. Die Beteiligung der Beschäftigten der GASAG AG hat sich zur vormaligen Befragung auf 70,7 Prozent erhöht und die Bewertung durch die Mitarbeiter hat sich im Unternehmensdurchschnitt in fast allen Kriterien verbessert.

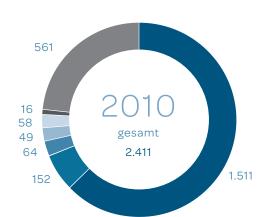
KUNDENSERVICEMANAGEMENT

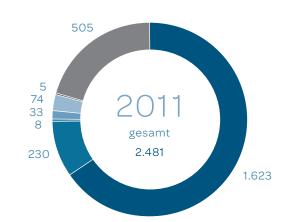
Kundenservice ist die "Visitenkarte des Unternehmens" und damit ein maßgeblicher Wettbewerbsfaktor in einem umkämpften Markt. Unser Kundenservicemanagement überprüft kontinuierlich die Qualität unserer Kommunikation und unserer Services gegenüber Kunden und Marktpartnern mit dem Ziel, konzernweit Verbesserungsprozesse auszulösen und die Orientierung an den Kundenbedürfnissen zu fördern. Grundlage dafür sind Messungen der Servicequalität der einzelnen Kundenkontaktstellen sowie Kundenbefragungen.

Unser Kundenservicemanagement bezieht auch unsere schriftliche Kontaktqualität in die Bewertung mit ein. So entwickeln wir die Inhalte unserer Regelkommunikation kontinuierlich weiter, um eine zeitgemäße und kundenorientierte Ansprache sicherzustellen.

BILANZSTRUKTUR DES GASAG-KONZERNS (IFRS) (IN MIO. €)

VERMÖGENSSTRUKTUR





Langfristige Vermögenswerte



Immaterielle Vermögenswerte

Anteile an assoziierten Unternehmen

Finanzielle Vermögenswerte

Latente Steuern

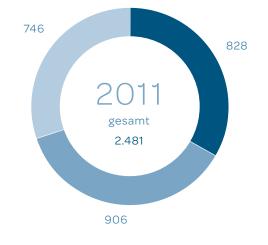
Kurzfristige Vermögenswerte

Finanzielle Vermögenswerte

Sonstige Vermögenswerte

KAPITALSTRUKTUR







Kurzfristige Schulden

KONZERNBESCHWERDEMANAGEMENT

Eine große Herausforderung für unser dezentral organisiertes Konzernbeschwerdemanagement liegt derzeit in einer signifikanten Steigerung der Erfassungsquote eingehender Kundenbeschwerden bei allen eingebundenen Konzerntöchtern. Beschwerden bieten uns die Chance, interne Prozesse sowie unsere Servicequalität zu verbessern und damit einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess zum Nutzen aller Kunden zu implementieren. In regelmäßigen Veranstaltungen mit unseren Konzerntöchtern kommunizieren wir die aktuellen Beschwerdezahlen aktiv und stimmen unser Vorgehen hinsichtlich der Themenschwerpunkte und Maßnahmen zur Verbesserung ab.

Eine weitere Herausforderung für das Konzernbeschwerdemanagement wird 2011/2012 der Umgang mit den neuen gesetzlichen Vorgaben durch die Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) sein. Hier müssen unsere internen Prozesse die neuen Anforderungen an das Beschwerdemanagement aufgreifen und zusätzlich den Umgang mit der Schlichtungsstelle Energie implementieren.

TÜV-SIEGEL

Zum vierten Mal in Folge ist es der GASAG 2011 gelungen, das vom TÜV SÜD vergebene Prüfsiegel für Servicequalität zu verteidigen. Unter Servicequalität versteht der TÜV SÜD die Gesamtheit der Leistungen, die zur Unterstützung vertraglicher Beziehungen im Rahmen der Kundenpflege und Kundenbindung über die vertraglich geschuldete Leistung hinaus erbracht werden.

ZERTIFIZIERUNGEN

Der Betrieb unseres Erdgasspeichers Berlin ist nach den Normen "DIN EN ISO 9001 Qualitätsmanagementsysteme" und "DIN EN ISO 14001 Umweltmanagementsysteme" sowie nach "OHSAS 18001 Arbeits- und Gesundheitsschutzmanagementsysteme" zertifiziert. Dazu führte die Gesellschaft Det Norske Veritas GmbH in 2011 ein Überwachungsaudit mit dem Ergebnis durch, dass die 2008 erteilte Zertifizierung für alle drei Normen aufrecht erhalten bleibt.

Im Oktober 2010 wurde im Re-Zertifizierungsaudit der NBB die Wirksamkeit des Qualitätsmanagementsystems, das zum 1. Januar 2006 eingeführt wurde, auf der Grundlage der DIN EN ISO 9001:2008 bestätigt. Die Zertifizierung umfasst die Sparten Gas, Strom, Wasser, Abwasser und Fernwärme, womit die NBB das Ziel der Mehrspartenfähigkeit realisiert hat.

2.4 GESAMTAUSSAGE ZUR WIRTSCHAFTLICHEN LAGE

Der Gasabsatz des GASAG-Konzerns sowie die Transportmenge im Gasnetz haben sich im Vergleich zum Vorjahr verringert. Mit der zunehmenden Anzahl der Gaslieferanten in Berlin und Brandenburg hat sich der Wettbewerb 2011 weiter verschärft. Die Einbeziehung der SpreeGas und HSW erfolgte vor dem Hintergrund der Erstkonsolidierung zum 1. Juli 2011 nur zeitanteilig. Das Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit war durch höhere Gasbezugskosten und höhere Abschreibungen auf das Gasbezugsrecht belastet. Die fälligen finanziellen Verpflichtungen des Geschäftsjahres 2011 waren durch die zur Verfügung stehende Liquidität, die Finanzanlagen und die bestehenden Kreditlinien gedeckt. Der Jahresüberschuss liegt unter dem Niveau des Vorjahres.

3. ENTWICKLUNG DER GASAG AG (HGB)

ERTRAGSLAGE

Gewinn- und Verlustrechnung in Mio. € (Kurzform)	2011	2010
Umsatzerlöse	921	945
Bestandsveränderung und akt. Eigenleistungen	-2	2
Materialaufwand	718	712
Rohergebnis	201	235
Personalaufwand	34	32
Abschreibungen	77	55
Sonstige betriebliche Erträge ./. 74		59
Sonstige betriebliche Aufwendungen 103	-29	125 -66
Finanz - und Beteiligungsergebnis	-9	-9
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	52	73
Steuern vom Einkommen und Ertrag	16	15
Jahresüberschuss	36	58

Die **Umsatzerlöse** sind gegenüber dem Vorjahr um 24 Millionen Euro (–2,5 Prozent) auf 921 Millionen Euro gesunken. Auf Umsatzerlöse aus Erdgaslieferungen entfallen 801 Millionen Euro. Die Umsatzerlöse beinhalten darüber hinaus Erlöse aus der Verpachtung des Gasnetzes an die NBB.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** erhöhten sich um 15 Millionen Euro (+26,4 Prozent) auf 74 Millionen Euro. Darin enthalten sind im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen von 15 Millionen Euro und Buchgewinne aus dem Verkauf von Anlagevermögen von 4 Millionen Euro. Gegenläufige Effekte sind geringere Erträge aus Vermietungen.

Der **Materialaufwand** liegt mit 718 Millionen Euro um 6 Millionen Euro (+0,8 Prozent) über dem Vorjahreswert. Die Erhöhung ist im Wesentlichen auf gestiegene Bezugskosten zurückzuführen. Im Materialaufwand sind die Konzessionsabgaben in Höhe von 6 Millionen Euro (Vj. 7 Millionen Euro) enthalten.

Die **Abschreibungen** erhöhten sich im Geschäftsjahr um 22 Millionen Euro (+40,0 Prozent) auf 77 Millionen Euro, im Wesentlichen bedingt durch die außerplanmäßige Abschreibung des Gasbezugsrechtes.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** haben sich im Geschäftsjahr um 22 Millionen Euro (–17,3 Prozent) auf 103 Millionen Euro verringert, im Wesentlichen bedingt durch den Wegfall der Pachtaufwendungen des in 2010 zurückerworbenen Erdgasspeichers und geringerer Mietaufwendungen im Zusammenhang mit dem Umzug in das HQB.

Der Jahresüberschuss der GASAG beträgt 36 Millionen Euro (Vj. 58 Millionen Euro).

Im Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit ist ein **neutrales Ergebnis** in Höhe von –0,4 Millionen Euro (Vj. 9,1 Millionen Euro) enthalten.

VERMÖGENSLAGE

BILANZ DER GASAG AG IN MIO. € (KURZFORM)

Aktiva	31.12.2011	31.12.2010	Passiva	31.12.2011	31.12.2010
Anlagevermögen	1.301	1.288	Eigenkapital	550	514
Umlaufvermögen	423	477	Sonderposten	60	66
Aktiver Unter-			Rückstellungen	214	266
schiedsbetrag	6	15	Verbindlichkeiten	907	934
Übrige Aktiva	2	2	RAP	1	2
Bilanzsumme	1.732	1.782	Bilanzsumme	1.732	1.782

Die Vermögenslage wird durch das **Anlagevermögen** bestimmt und betrifft im Wesentlichen den Ausweis des Berliner Gasrohrnetzes sowie des Erdgasspeichers. Darüber hinaus wird unter den Finanzanlagen der Anteilserwerb an der SpreeGas ausgewiesen. Das Gasbezugsrecht wurde dagegen im Geschäftsjahr vollständig abgeschrieben.

Auf der Kapitalseite erhöhte sich das **Eigenkapital** ergebnisbedingt um 36 Millionen Euro auf 550 Millionen Euro. Aufgrund des höheren Eigenkapitals bei gleichzeitig gesunkener Bilanzsumme gegenüber dem Vorjahr liegt die Eigenkapitalquote der GASAG bei 31,8 Prozent gegenüber 28,8 Prozent 2010.

WESENTLICHE BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSUNTERSCHIEDE ZU DEN IFRS

Zwischen dem Konzernabschluss des GASAG-Konzerns nach internationalen Rechnungslegungsvorschriften (IFRS) und dem Einzelabschluss der GASAG nach den Vorschriften des HGB bestehen wesentliche, Bilanzierungsund Bewertungsunterschiede:

- nach IFRS werden für Sachanlagen gewöhnlich längere Nutzungsdauern zugrunde gelegt;
- in der IFRS-Bilanz werden Vermögensgegenstände aus der Bilanzierung von Finance Lease-Transaktionen aktiviert, nach HGB dagegen nicht;
- nach IFRS werden dingliche Grundstücksrechte gemäß Grundbuchbereinigungsgesetz mit dem Barwert angesetzt, nach HGB mit dem Nominalwert;
- Wertpapiere und Derivate werden nach IFRS mit ihren Marktwerten bilanziert, nach HGB dagegen mit Buchwerten;
- der Bestand an Arbeitsgas wird nach IFRS nach der Durchschnittsmethode bewertet, nach HGB dagegen nach der LIFO-Methode;
- bestimmte Rückstellungssachverhalte werden nur im Einzelabschluss der GASAG nach HGB bilanziert
- das Wahlrecht zur Aktivierung latenter Steuern (gemäß § 274 Abs. 2 HGB) wird nicht in Anspruch genommen.

4. NACHTRAGSBERICHT

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag haben sich nicht ergeben.

5. RISIKOBERICHT

Unser Risikomanagement orientiert sich in allen Belangen an den definierten Vorgaben unserer Konzernrichtlinie und ist auf die Prozesse Planung, Controlling, Rechnungslegung und Reporting abgestimmt. Darüber hinaus setzen wir für Finanz- und Rohstoffaktivitäten zusätzliche Risikomanagementsysteme ein, die integraler Bestandteil der operativen Geschäftsprozesse sind. Diese Subsysteme werden vom Geltungsbereich unseres Konzernrisikomanagements mit erfasst. Die ständig wiederkehrende Identifizierung, Bewertung und Dokumentation von Risiken gehört ebenso zu den Aufgaben unserer Führungskräfte und Mitarbeiter, wie die operative Steuerung mit Hilfe geeigneter Maßnahmen. Dabei steht ihnen das zentral als Stabsstelle des Vorstandes organisierte Konzernrisikomanagement unterstützend zur Seite.

Unsere Risikoeinschätzung beruht im Wesentlichen auf einem Unternehmenswertverlustansatz, wobei wir neben der monetären Bewertung zusätzlich alle Risiken mit Hilfe der Parameter Eintrittswahrscheinlichkeit sowie Liquiditäts- und Imagewirkung klassifizieren.

Unsere Konzernrevision prüft die Risikomanagementsysteme der Einzelgesellschaften und des Konzerns turnusmäßig auf ihre Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit.

Für den GASAG-Konzern bestehen im Wesentlichen folgende Risiken:

RECHTLICH-POLITISCHES UMFELD

Risiken aus der Rechtslage im Bereich der Energiewirtschaft betreffen die Unternehmen der GASAG-Gruppe sowohl in der Eigenschaft als Eigentümer der Gas- und Stromnetze als auch im Bereich des Energiehandels und Energievertriebes. Das am 4. August 2011 zur Umsetzung des dritten EU-Energiebinnenmarktpakets in Kraft getretene Energiewirtschaftsgesetz verlangt von der Kundenkommunikation der Vertriebsabteilungen eine Fülle von Aufklärungs- und Informationspflichten. Wie Kunden auf den neuen Verbraucherschutz reagieren, ist nicht absehbar. Insbesondere das den rechtlichen Auseinandersetzungen zwischen Kunden und Energieunternehmen nunmehr vorgeschaltete Schlichtungsverfahren, an dem sich die Unternehmen beteiligen müssen und dessen Kosten sie regelmäßig zu tragen haben, bedeutet zusätzlichen administrativen Aufwand und birgt wirtschaftliche Risiken. Die Entflechtungsregeln sind auf der Verteilernetzebene zwar nicht wesentlich verschärft worden; die informelle Entflechtung wirkt aber der politisch gewollten Entwicklung intelligenter Netze entgegen.

Risiken für die GASAG aus dem Ausgang der gegenüber dem Vorjahr geringeren Anzahl von Gerichtsverfahren mit Haushaltskunden gegen die Gaspreiserhöhungen der Jahre 2005 und 2006 sind insofern relevant, als der Bundesgerichtshof die Unwirksamkeit der von der GASAG seinerzeit verwendeten Preisanpassungsklausel festgestellt hat. Das aus Rückforderungsprozessen resultierende Risiko ist nach Einschätzung der GASAG im Wesentlichen auf die Gruppe der Kunden beschränkt, die ihre Rückforderungsansprüche gerichtlich geltend gemacht haben. Für Rückforderungen von Kunden der übrigen Gesellschaften gilt eine entsprechende Einschätzung. Zur Risikovorsorge wurden Rückstellungen gebildet. Im Februar 2011 hat der BGH eine die Auslegung von Preisanpassungsklauseln betreffende Rechtsfrage dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) zur Vorabentscheidung vorgelegt. Dabei geht es insbesondere um die Frage, inwieweit die gesetzlichen Gaspreisanpassungsvorschriften in der AVB-GasV bzw. der GasGVV den Anforderungen der europäischen Gas-Richtlinie genügen. Die Entscheidung des EuGH wird in 2012 erwartet. Rückwirkende wirtschaftliche Belastungen erwarten wir hieraus nicht.

In mehreren Gerichtsurteilen hat sich der BGH in 2011 zudem zu Preisanpassungsklauseln in Wärmelieferverträgen unserer Wettbewerber geäußert und dabei unter anderem die Verwendung nur eines Preisbestandteils in Anpassungsklauseln kritisiert. Wir gehen derzeit davon aus, dass die von uns verwendeten Klauseln wirksam sind.

Die Wettbewerbsfähigkeit unseres Vertriebs leidet weiterhin unter den hohen, nicht marktgerechten ölpreisindizierten Gasbezugskosten, die in unseren langfristigen Lieferverträgen festgeschrieben sind. Dies führt zu anhaltenden Kundenverlusten und einer Belastung des Ergebnisses der GASAG. Wir befinden uns derzeit in rechtlichen Auseinandersetzungen mit einem Vorlieferanten und Verhandlungen mit weiteren Vorlieferanten zu diesen
Verträgen. Auf Basis der aktuellen Sachlage und gestützt durch die bereits erzielten Erfolge in der Verhandlung
mit einem anderen Vorlieferanten, gehen wir von einem für die GASAG positiven Ergebnis aus. Diese Einschätzung führte zu einer notwendigen Abschreibung des Gasbezugsrechts in 2011. Eine nicht nachhaltig wirtschaftliche und marktfähige Lösung oder eine deutliche zeitliche Verzögerung der Verhandlungen würde sich maßgeblich auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der GASAG auswirken.

Mit einem der Lieferanten sind die Verhandlungen in 2011 mit einem Vergleich beendet worden. Ein Mitglied des Aufsichtsrates hat den Beschluss zur Zustimmung angefochten und Klage eingereicht. Auf Basis uns vorliegender Rechtsgutachten gehen wir davon aus, dass aus dem Ausgang der Klage für die GASAG kein Risiko besteht.

KONZESSIONSRISIKO

Der deutsche Gesetzgeber hatte im Zuge der Anpassung des deutschen Energiewirtschaftsrechts an die europäischen Vorgaben im August 2011 an wesentlichen Inhalten der alten konzessionsvertraglichen Rechtslage aus der Zeit der Gebietsmonopole festgehalten. Demzufolge gilt für Konzessionsverträge weiterhin eine Laufzeitbeschränkung von maximal 20 Jahren; zwei Jahre vor Vertragsablauf muss die Konzessionsvertragsgemeinde in einem ausschreibungsähnlichen Verfahren die Wegenutzungsrechte dem Wettbewerb anbieten und sodann die Konzession diskriminierungsfrei an einen Bewerber vergeben.

Der Konzessionsvertrag der GASAG zur Errichtung von Gasleitungen sowie zu deren Betrieb im Berliner Grundversorgungsgebiet endet mit Ablauf des 31. Dezember 2013; das bevorstehende Vertragsende und die anstehende Neuvergabe der Konzession wurden am 20. Dezember 2011 im elektronischen Bundesanzeiger und am 24. Dezember 2011 im EU-Amtsblatt vom Land Berlin bekannt gemacht. Mit der fristgerechten Veröffentlichung des Gaskonzessionierungsverfahrens wurde vorfristig auch das Stromkonzessionierungsverfahren mit den gleichen Anforderungen wie für Gas, aber als getrennte Verfahren veröffentlicht. Die Bekanntmachung ermöglicht eine Interessensbekundung sowohl zum reinen Wegenutzungsvertrag, der auch eine Vertragslaufzeit von unter 20 Jahren haben kann, als auch zu Kooperationsmodellen, bei denen eine gesellschaftsrechtliche Einflussnahme auf das Netz bis hin zu dessen vollständigem Erwerb durch das Land Berlin geprüft werden. Darüber hinaus stehen in anderen Konzessionsgebieten der GASAG-Gruppe ebenfalls Vertragsbeendigungen mit Neuvergaben der Konzessionen an.

Mit der möglichen Erteilung der Konzession an einen dritten Bewerber oder der Übernahme des Netzes durch das Land Berlin ist das Risiko verbunden, das für die zukünftige Entwicklung der GASAG-Gruppe substanziell wichtige Netzgeschäft in Berlin zu verlieren. Würde die Konzession an einen dritten Bewerber vergeben, so werden aus der Veräußerung des Netzes kurzfristig Liquiditätszuflüsse resultieren, die zur Tilgung der dann fälligen Darlehen eingesetzt werden. Mittel- und langfristig wäre durch Folgemaßnahmen von einer Beeinträchtigung der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der GASAG auszugehen. Der Verlust von Konzessionen außerhalb Berlins stellt im Vergleich ein geringeres Risiko dar.

Um die Neukonzessionierung in Berlin wird sich die NBB, gegebenenfalls in einer Bietergemeinschaft mit der GASAG, bewerben. Unsere Erwartungen in Bezug auf die Sicherung der Konzession für den Konzern durch die NBB knüpfen wir an unseren jederzeit zuverlässigen, sicheren und effizienten Netzbetrieb, an unsere umfangreichen Aktivitäten im Bereich des Klima- und Umweltschutzes und an unsere Position als verlässlicher Kooperationspartner des Landes Berlin mit der entsprechenden Kompetenz zur Umsetzung energiepolitischer Projekte und der Klimaschutzziele. Dies gilt auch für ein Kooperationsmodell unter Beteiligung des GASAG-Konzerns. Dabei berücksichtigen wir die Anforderungen des Landes Berlin und stellen uns der Diskussion über die energiepolitischen Ziele des Landes Berlin und einer möglichen Beteiligung des Landes Berlin an Energieinfrastrukturen.

MARKTRISIKEN

Das Marktgeschehen des GASAG-Konzerns ist sowohl Konjunktur- und Wettbewerbsentwicklungen als auch witterungsbedingten Einflüssen unterworfen. Insbesondere unser Gasgeschäft ist zunehmenden Preis- und Absatzrisiken ausgesetzt. Zwischen den Anbietern, die in die Berliner und Brandenburger Gasmärkte drängen, findet ein harter Wettbewerb um die Kunden statt, der zu weiterem Preisdruck oder zu Kundenverlusten führen und unsere Handelsmarge schmälern kann. Über die transportierten Gasmengen der Kunden anderer Anbieter im Netz des Konzerns erwirtschaften wir regulierte Netznutzungsentgelte.

Konjunktur- und standortabhängige Absatzverluste sowie sparsameres Verbrauchsverhalten der Kunden wirken

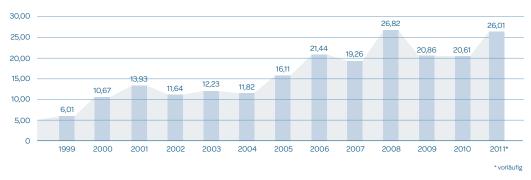
sich sowohl auf das Gas- als auch auf das Transportgeschäft aus. Darüber hinaus ist unsere Geschäftsentwicklung jedes Jahr witterungsbedingten Absatzschwankungen unterworfen.

Mit unserem systematischen Kundenmanagement, unseren intensiven Neuakquisitionen und unserer Bestandskundenpflege kombiniert mit einem attraktiven Preissystem begrenzen wir die Ertragsrisiken sowohl aus dem Gaszu-Gas-Wettbewerb als auch im Wettbewerb mit anderen Energieträgern und nutzen gleichzeitig neue Chancen.

STRATEGISCHE RISIKEN

Unsere Konzernstrategie verfolgt zur Ausweitung unseres Kerngeschäfts sowohl den Weg der Akquisition als auch den Weg des Ausbaus neuer Geschäftsfelder. Dabei entstehen Risiken aus der Unternehmens- und Geschäftsfeldbewertung, der Integration in bestehendes Geschäft, der Umsetzung anvisierter Synergien sowie der Realisierung von geplanten Ergebnisbeiträgen unter Antizipierung zukünftiger Marktentwicklungen. Diese Risiken begrenzen wir mit organisatorischen Maßnahmen wie interne Richtlinien, Genehmigungs- und Kontrollprozesse.

SO ENTWICKELTEN SICH DIE GRENZÜBERGANGSPREISE FÜR ERDGAS JÄHRLICHE DURCHSCHNITTSPREISE IN EURO/MWH (OHNE ERDGASSTEUER)



Quelle: BA für Wirtschaft u. Ausfuhrkontrolle

ROHSTOFFRISIKEN

Das witterungsbedingte Mengenrisiko im Gasgeschäft gehört zu den unternehmerischen Risiken, die der GASAG-Konzern selbst trägt. Dabei unterziehen wir die Möglichkeiten der Absicherung durch den Einsatz von Energieund Wetterderivaten einer kontinuierlichen Prüfung. Bei unserer operativen Geschäftstätigkeit sind wir im Gasgeschäft Marktpreisänderungsrisiken ausgesetzt. Sowohl in jüngerer Vergangenheit als auch auf Basis der vorliegenden Prognosen besteht ein signifikantes Delta zwischen ölgebundenen Importpreisen und Marktpreisen für Erdgas, wobei die Marktpreise deutlich unter den Importpreisen liegen. Da die GASAG noch über langfristige ölgebundene Bezugsverträge verfügt, wirkt sich dieses Delta direkt negativ auf unsere Beschaffungspreise aus. Die teilweise bereits erfolgreich abgeschlossenen Auseinandersetzungen mit unseren Vorlieferanten führen wir unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklung der Rohstoffpreise fort, um den Risiken einer für uns weiterhin negativen Preisentwicklung entgegen zu wirken. Auf der Bezugsseite ergeben sich bei Fortführung ölindexierter Verträge zusätzliche Risiken aus den hohen Volatilitäten der Energie- und Rohstoffpreise, die sich durch die Bilanzierungsvorschriften des IFRS in Form von erheblichen Ergebnisschwankungen aufgrund von unrealisierten Bewertungsgewinnen und -verlusten auf kommende Jahresabschlüsse und auf die Einhaltung kennzahlenbezogener Verpflichtungen aus Schuldscheindarlehen auswirken könnten.

Nicht ölgebundene Marktpreisänderungsrisiken minimieren wir in zunehmendem Umfang über einen optimierten Einsatz von finanziellen und physischen Termingeschäften.

Den Risiken zur Versorgungssicherheit begegnen wir mit einer diversifizierten Vorlieferanten- und Vertragsstruktur sowie einem professionellen Portfoliomanagement. Darüber hinaus nutzen wir Optimierungen auch in Form von Börsengeschäften. Zur Optimierung der Belieferung unserer Kunden in den Wintermonaten sowie zur Vorbeugung bei ungeplanten, temporären Einschränkungen im Gasbezug setzen wir verschiedene Speicher ein, darunter auch den in unserem Eigentum stehenden Berliner Erdgasspeicher.

Für das Portfolio- und Risikomanagement von Gas und den dazugehörigen Sicherungsinstrumenten verwenden wir eine integrierte Softwarelösung, die der Erfassung, Verwaltung, Analyse und Bewertung von Rohstoffgeschäften dient. Durch den Einsatz dieser Software stellen wir unter anderem die strikte Trennung der beteiligten Bereiche sicher und minimieren auch mögliche Prozessrisiken zwischen Front-, Middle- und Back-Office.

Die Bewertung von physisch erfüllbaren Handelsgeschäften erfolgt durch Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes auf Basis der Mark-to-market-Methode anhand veröffentlichter Marktpreise. Die Analyse von Preisänderungsrisiken für bestehende finanzielle Absicherungsgeschäfte erfolgt nach der Mark-to-market-Methode anhand von Termin-Preisen, wobei die vorliegenden Marktpreise, sofern erforderlich, durch Modellpreise ergänzt werden. Die so ermittelten zukünftigen Zahlungsströme werden anhand der marktüblichen Zinsen über die Restlaufzeit der Geschäfte diskontiert.

In begrenztem Umfang ist der GASAG-Konzern auch Marktpreisänderungsrisiken im Stromgeschäft ausgesetzt. Diesen Risiken begegnen wir insbesondere mit einer absatzorientierten Beschaffungsstrategie, die nicht abgesicherte Rohstoffpositionen minimiert.

Die Analyse von Preisänderungsrisiken für in geringem Umfang eingegangene und noch nicht abgesicherte Rohstoffpositionen erfolgt auf Basis von statistischen Simulationsmodellen.

FINANZMARKTRISIKEN

Im Rahmen unserer Geschäftstätigkeit sind wir durch unsere Finanzaktivitäten einer Reihe von Risiken ausgesetzt. Wir begrenzen diese Risiken durch einen systematischen Risikomanagementprozess. Wesentliche Bestandteile sind dabei ein konzernweit einheitlicher Handels-, Abwicklungs- und Überwachungsprozess sowie eine konzernweit einheitliche Risikoberichterstattung für Finanzinstrumente. Der Risikomanagementprozess für Finanzinstrumente soll die Gesellschaften des Konzerns in die Lage versetzen, frühzeitig Risiken zu erkennen, in der Gesamtheit zu analysieren und daraus resultierende risikopolitische Maßnahmen für die Gestaltung der Geschäftspolitik zu definieren.

Derivative Finanzinstrumente setzen wir zur Minimierung von Risiken der Grundgeschäfte beziehungsweise geplanter Grundgeschäfte ein. In diesem Zusammenhang haben wir Bewertungseinheiten zwischen Grundgeschäften mit Zinsänderungsrisiken und derivativen Absicherungsgeschäften gebildet.

Die Analyse von Preisänderungsrisiken für derivative Finanzinstrumente erfolgt durch Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes eines abgeschlossenen Finanzinstruments auf Basis der Mark-to-market-Methode. Sie beschreibt die börsentägliche Bewertung von zukünftigen Zahlungsströmen der Finanzinstrumente durch Diskontierung. Die Diskontierung erfolgt anhand der marktüblichen Zinsen über die Restlaufzeit der Instrumente. Wesentliche Parameter der Mark-to-market Bewertung bilden die Geschäftsdaten des Finanzinstruments und die Zinsstruktur in der Geschäftswährung. Die Analyse von Preisänderungsrisiken für noch nicht abgesicherte Zinspositionen erfolgt auf Basis von statistischen Simulationsmodellen. Die Marktwerte der Wertpapiere des Anlagevermögens ergeben sich aus den Börsenkursen und sind im Jahresabschluss berücksichtigt.

Die Finanztransaktionen erfolgen überwiegend im eigenen Währungsraum der Konzerngesellschaften, so dass kein relevantes Währungsrisiko besteht.

Die Finanzierung der GASAG-Gruppe erfolgt im Wesentlichen über die GASAG durch die Aufnahme von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Durch die Aufnahme von Schuldscheindarlehen unterliegt die GASAG-Gruppe kennzahlenbezogenen Verpflichtungen. Die Steuerung dieser Kennzahlen erfolgt über ein konzerneinheitliches Kapitalstrukturmanagement und versetzt uns in die Lage, die Verpflichtungen durch frühzeitige Einleitung notwendiger Maßnahmen einhalten zu können. Die langfristige Sicherung der Neuvergaben der Konzession in Berlin bildet die wesentliche Voraussetzung für die Finanzierung der GASAG-Gruppe.

AUSFALL RISIKEN

Die GASAG ist Adressenausfallrisiken bei der Belieferung von Kunden, bei Abschluss von physischen Geschäften mit Rohstoffhandelspartnern, bei Anlagen bei Banken und in Wertpapieren, bei der Durchführung von finanziellen derivativen Geschäften sowohl mit Banken als auch Rohstoffhandelspartnern sowie aus Forderungen aus der Durchleitung durch konzernfremde Transportkunden ausgesetzt.

Dem Forderungsausfallrisiko bei unseren Kunden begegnen wir durch den Einsatz eines bonitätsorientierten Forderungsmanagements. Um Klumpenrisiken zu vermeiden, ergänzen wir dies bei großen Kunden um eine fortlaufende detaillierte Überwachung der Bonität unter Berücksichtigung von externen Bonitätseinschätzungen. Ein besonderes Ausfallrisiko, über den normalen Geschäftsverkehr hinaus, besteht nicht.

Die Steuerung zur Begrenzung von Ausfallrisiken bei Banken und Rohstoffhandelspartnern (Kontrahenten) erfolgt über ein konzerneinheitliches spezifisches Limitsystem. Die Bonität der Kontrahenten wird laufend überwacht, unter anderem anhand der Bewertung international anerkannter Rating-Agenturen, die zusammen mit weiteren externen Bonitätseinschätzungen und Finanzkennzahlen in ein Bewertungsmodell einfließen. Zur Risikominimierung diversifizieren wir gemäß unseren internen Richtlinien Geschäfte auf mehrere Kontrahenten mit sehr guter Bonität. Für physische Rohstoffgeschäfte vereinbaren wir zur Risikobegrenzung im Fall einer Bonitätsverschlechterung die Stellung von Sicherheiten und außerordentliche Kündigungsrechte. Ergänzend zu der Betrachtung des Ausfallrisikos innerhalb der Limitsystematik erfolgt eine regelmäßige Ermittlung des potenziellen Ausfallrisikos auf der Basis von statistischen Simulationsmodellen.

Das Ausfallrisiko derivativer Geschäfte ergibt sich aus der Summe der positiven Marktwerte derjenigen Instrumente, aus denen Ansprüche gegen Kontrahenten bestehen, soweit diese nicht von Aufrechnungsmöglichkeiten auf Basis des deutschen Rahmenvertrages oder des EFET-Vertrages betroffen sind. Das Ausfallrisiko betrifft mögliche Vermögensverluste, die bei Nichterfüllung von Vertragsverpflichtungen seitens der Kontrahenten eintreten könnten. Der Abschluss von derivativen Geschäften erfolgt grundsätzlich auf Basis des deutschen Rahmenvertrages oder des EFET-Vertrages.

Die Überwachung von Adressenausfallrisiken für die zum Zweck der Insolvenzsicherung in einem Spezialfonds durch den GASAG-Konzern gehaltenen Wertpapiere übernimmt das beauftragte Fondsmanagement in Zusammenarbeit mit der Depotbank. Die Rahmenbedingungen ergeben sich aus den von der GASAG vorgegebenen Anlagerichtlinien. Diese beinhalten insbesondere Anforderungen an ein Mindestrating, den Sitz des Emittenten und die Handelbarkeit der Papiere.

Dem Forderungsausfallrisiko bei Transportkunden begegnen wir durch die fortlaufende Überwachung anhand von externen Bonitätseinschätzungen. Unter Berücksichtigung der Regelungen des Leitfadens für Sicherheitsleistungen und Vorauszahlungen im deutschen Gasmarkt im Rahmen der Kooperationsvereinbarung IV ergreifen wir entsprechende Maßnahmen zur Risikoreduzierung.

OPERATIVE RISIKEN

Im Rahmen der operativen Tätigkeit in den diversen Geschäftsfeldern des Konzerns ergeben sich Risiken, die unsere Vermögens- und Ertragslage beeinträchtigen können. Die möglichen Ereignisse, die innerhalb der verschiedensten Prozesse auftreten können, zeichnen sich in der Regel dadurch aus, dass sie unabhängig voneinander existieren und bei hohen, möglichen Schadenspotenzialen ebenso unwahrscheinlich sind. Neben den organisatorischen, vorbeugenden Maßnahmen, die wir innerhalb dieser Prozesse etablieren, versichern wir diese Risiken in wirtschaftlich sinnvollem Umfang.

In unserem Grundstücksbestand befinden sich noch einige ehemalige Gaswerksstandorte, die zum Teil erhebliche Bodenkontaminationen aufweisen. Die bereits in den Vorjahren gebildeten Rückstellungen für die noch verbliebenen Grundstücke werden wir beibehalten.

In unseren technologisch komplexen Netz- und Speicheranlagen sind nicht auszuschließende Betriebsstörungen möglich, beispielsweise in Form von Ausfällen oder Einschränkungen der Leistungsfähigkeit, die unsere Ertragslage beeinträchtigen können. Eine hohe Versorgungssicherheit und die stetige Verfügbarkeit der Anlagen erfordern die Einhaltung hoher Sicherheitsstandards, regelmäßige Prüf-, Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten, systematische Schulungs- und Qualifikationsprogramme für die Mitarbeiter sowie einen geeigneten Versicherungsschutz, der auch Terrorrisiken mit umfasst. Die Qualitätssicherung ist im Netz- und Speicherbetrieb in Qualitätsmanagementsysteme eingebunden, die nach DIN EN ISO 9001:2008 dargelegt und zertifiziert sind.

Unser operatives Geschäft wird maßgeblich durch den Einsatz einer komplexen Informationstechnologie unterstützt. Mit der Verfügbarkeit über qualifiziertes Fachwissen sowie durch verschiedene technologische Sicherungsmaßnahmen gewährleisten wir die stetige Betriebsfähigkeit und Optimierung der IT-Systeme. Den Risiken aus unberechtigtem Datenzugriff, -missbrauch oder -verlust beugen wir mit diversen technischen und organisatorischen Gegenmaßnahmen vor.

Service-Level-Agreements verpflichten unsere IT-Dienstleister, die sich hieraus ergebenden Anforderungen zu gewährleisten.

Die Anwendung unserer konzernweiten Richtlinien stellen ein verbindliches Regelwerk zur Nutzung der Informations- und Kommunikationssysteme dar und gewährleisten die Qualität und Sicherheit der Prozesse im Bereich der Datenverarbeitung.

GESAMTRISIKO

Zum Jahresende 2011 liegen auf Basis unserer Unternehmensplanung bewertete Risikoinventare für den mittelfristigen Planungshorizont vor. Sie umfassen Schadenspotenziale und Eintrittswahrscheinlichkeiten sowie die Einschätzung der Liquiditäts- und Imagewirkung.

Von den dargestellten Risiken kann insbesondere aus dem Konzessionsvergabeverfahren und aus der Bezugssituation mit unseren Vorlieferanten (sog. Kernrisiken) mittel- und langfristig eine potenziell wesentliche Beeinträchtigung der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der GASAG ausgehen. Bei einem gleichzeitigen Eintritt dieser beiden Kernrisiken könnte der Fortbestand der GASAG möglicherweise gefährdet sein. Wir gehen jedoch davon aus, dem Eintritt dieser Risiken mit den bereits eingeleiteten Maßnahmen erfolgreich entgegenwirken zu können.

6. PROGNOSEBERICHT

STRATEGIE

Unsere Entwicklung hin zu einem führenden, deutschlandweiten Partner für Energiedienstleistungen und -effizienz betreiben wir kontinuierlich. Dabei bewegen wir uns in einem schwierigen und volatilen Marktumfeld, das weiterhin durch eine Intensivierung des Gas-zu-Gas-Wettbewerbs geprägt ist. Darüber hinaus ist die Energiebranche in zunehmendem Maße von gesetzlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen beeinflusst. Wir nutzen die aktuellen Veränderungen in der Branche, um den GASAG-Konzern für die Herausforderungen der Zukunft ideal zu positionieren. Dazu führen wir ein konzernweites Konsolidierungsprogramm durch, in dem die bestehenden Strukturen und Ziele des GASAG-Konzerns auf ihre Zukunftsfähigkeit hin überprüft und eventuelle Anpassungen vorgenommen werden. Das Erreichen derzeitiger wie künftiger strategischer Ziele stellen wir über das Strategische Programm-Management sicher. Dieses umfasst den Erhalt und Ausbau unseres Netzgeschäfts, hierin enthalten ist von wesentlicher aber auch kurzfristiger Art die Wiedererlangung der Gasnetzkonzession Berlin; weiterhin enthalten sind der Aus- und Aufbau der Erneuerbaren Energien über Biogas und Wind, die Stärkung unserer Energiedienstleistungen über Contracting und Smart Metering sowie die Weiterentwicklung unseres Vertriebs, u. a. über eine kontinuierliche Optimierung der Beschaffung, den Ausbau von Stromhandel und -vertrieb und die Entwicklung weiterer Energiedienstleistungen.

Den Herausforderungen des Marktes begegnen wir mit einem breiten Produktportfolio und einer hohen Kundenorientierung. Dabei nimmt der Klima- und Umweltschutz einen besonderen Stellenwert ein, den wir auch bei unserer Entwicklung hin zu einem Mehrspartenunternehmen berücksichtigen.

INNOVATION UND WACHSTUM

Wir werden weiterhin unsere Wachstums- und Innovationsaktivitäten im gesamten GASAG-Konzern den jeweils geänderten Marktbedingungen anpassen und fortführen. Das oben erwähnte Konsolidierungsprogramm dient diesem Zweck

Durch die Mehrheitsbeteiligung in den Unternehmen HSW und SpreeGas sind wir für weiteres Wachstum in der Region Brandenburg gut aufgestellt.

PERSONAL

Wir gehen für die GASAG-Gruppe insgesamt von einer leichten Abnahme der Personalzahlen aus. Grundlage hierfür ist unsere Überarbeitung der bisher erfolgten Wachstumsstrategie und eine Anpassung der darauf bezogenen Maßnahmen zur Geschäftsfeld- und Markterweiterung sowie zur Umsetzung der Beteiligungsstrategie des Konzerns. Es wurde Anfang 2012 ein Konsolidierungsprogramm gestartet, das in allen Bereichen und Unternehmen der Gruppe die Stärken und Schwächen, die Strukturen und die Organisation sowie den Anpassungsbedarf genau analysiert und daraus abgeleitet, Maßnahmen und Ziele herausarbeitet. Auch wenn vor diesem Hintergrund davon auszugehen ist, dass die Zahl der Neueinstellungen insgesamt sinkt, sind die Maßnahmen im Personalbereich vor dem Hintergrund eines zunehmenden Fachkräftemangels aber weiterhin auf Personalgewinnung, -bindung und -entwicklung ausgerichtet. Ziel ist es weiterhin, die Attraktivität der GASAG-Gruppe nach innen und außen zu stärken.

INVESTITIONEN

In den kommenden zwei Geschäftsjahren führen wir die Investitionen in das Gasnetz in Berlin und Brandenburg unvermindert fort. So planen wir im GASAG-Konzern bis 2013 mehr als 90 Millionen Euro für Instandhaltung und Ausbau der Netze ein. In den Berliner Erdgasspeicher werden im gleichen Zeitraum 10 Millionen Euro investiert. Von diesen insgesamt mehr als 100 Millionen Euro entfallen rund 53 Prozent auf Instandhaltungsmaßnahmen und die restlichen 47 Prozent auf Neubau- und Ausbaumaßnahmen.

Für unsere strategischen Wachstumsprojekte planen wir im GASAG-Konzern in den kommenden zwei Geschäftsjahren Investitionen in die Geschäftsfelder erneuerbare Energien, Smart Metering, Contracting und Netze in Höhe von mehr als 65 Millionen Euro.

Im Rahmen einer langfristigen Finanzierungsstrategie sind die zukünftigen Investitionen gedeckt.

GASABSATZ UND GASTRANSPORT

Klima- und Energiepolitik nehmen in der öffentlichen Diskussion einen breiten Raum ein. Durch die günstigere Klimabilanz im Vergleich zu Kohle oder Erdöl bleibt Erdgas in Deutschland ein bedeutender Energieträger im Energiemix und kann auf dem Weg zur verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien eine wichtige Brückenfunktion einnehmen. So ist Erdgas im Raum Berlin - Brandenburg bei Neubauten die bevorzugte Energieform, was auch in Zukunft zu einer Stabilisierung des Gasabsatzes beiträgt. Absatzmindernd wirken indes ordnungspolitische Rahmenbedingungen wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz oder die Energieeinsparverordnung.

Unter der Annahme langjähriger durchschnittlicher Temperaturverläufe und der neu integrierten Gesellschaften gehen wir in den Geschäftsjahren 2012 und 2013 von einem höheren Absatzniveau für den Energieträger Erdgas gegenüber dem temperaturbereinigten Gasabsatz des Jahres 2011 aus.

Zu den Absatz steigernden Positionen zählen unter anderem unsere auf hohem Niveau fortgeführten Vertriebsaktivitäten im Heimatmarkt sowie unsere bundesweiten Akquisitionen. Wir gehen davon aus, die sinkende Absatzentwicklung durch den verstärkten Gas-zu-Gas-Wettbewerb im Heimatmarkt und das zunehmende Energieeinsparverhalten der Kunden durch Zuwachs bringende Einflüsse ausgleichen zu können. Im Saldo werden die Akquisitionen im Fremdmarkt zu einem steigenden Gasabsatz führen. Für 2012 haben wir uns zum Ziel gesetzt, außerhalb unseres Heimatmarktes Berlin und Brandenburg einen Gasabsatz von über 4 Milliarden kWh zu erzielen. Das entspricht 20 Prozent unseres gesamten Absatzvolumens. Für 2013 rechnen wir mit einem weiteren Wachstum.

GESCHÄFTSFELD STROM

Für die Jahre 2012 und 2013 gehen wir von einem steigenden Stromabsatz aus. Der Zuwachs wird maßgeblich aus akquisitorischen Aktivitäten generiert werden.

GESCHÄFTSFELD WÄRME

Für die Entwicklung des Geschäftsfeldes Wärme wird auch in den Folgejahren von einer deutlichen Nachfrage nach Energiedienstleistungen ausgegangen. Der im Konzern begonnene Wachstumspfad im Contracting wird fortgesetzt und wird zu Umsatz- und Ergebnissteigerungen führen.

Ein weiterer Fokus liegt in der Weiterentwicklung des Produktes "Klimakraftwerk" speziell für die Wohnungswirtschaft und weitere Aktivitäten im Bereich der Energieeffizienzsteigerung. Darüber hinaus werden Akquisitionsanstrengungen auf weitere energieintensive Kundensegmente, ergänzende Produkte und neue regionale Schwerpunkte ausgedehnt.

UMSATZ- UND ERGEBNISENTWICKLUNG

Die im ersten Quartal 2012 wirkenden Anhebungen der Tarifpreise werden bei erwarteten normalem Temperaturverlauf zu einem Anstieg der Umsatzerlöse führen. Zusätzlich wirkt die Berücksichtigung eines vollständigen Geschäftsjahres der SpreeGas und der HSW durch die Vollkonsolidierung im Konzern erhöhend gegenüber 2011 auf die Umsatzerlöse. Durch die Entwicklung im Netzgeschäft, dem Ausbau des Stromgeschäftes im Konzern und neuer Geschäftsaktivitäten wird für 2013 ein weiterer Anstieg der Umsatzerlöse erwartet.

Seit dem Jahr 2008 verzeichnet der GASAG-Konzern einen deutlichen Ergebnisrückgang. Die Belastungen aus den strukturellen Veränderungen des Marktes und aus der anhaltenden regulatorischen Einflussnahme konnten durch bestehende und neue Geschäftsmodelle nicht kompensiert werden. Daher werden wir mit dem Konsolidierungsprojekt noch im ersten Halbjahr 2012 Maßnahmen herausarbeiten und folgend umsetzen, mit denen wir den Negativtrend stoppen werden und eine erfolgreiche Zukunft der GASAG-Gruppe sichern können. Schwerpunkte dieses Projektes werden Maßnahmen zur Kostensenkung durch Optimierung der Prozesse und der Organisationsstruktur sowie zur Erlössteigerung durch Entwicklung nachhaltiger ergebnisorientierter Geschäftsmodelle sein.

Die mittelfristige Planung unterstellt den Erhalt der Gasnetzkonzession Berlin genauso wie den erfolgreichen Ausgang aus den Verhandlungen mit den Vorlieferanten der GASAG in 2012. Das Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit wird 2012 im Wesentlichen durch die Absenkung der Netznutzungsentgelte unter dem Jahresergebnis 2011 liegen. Der Jahresüberschuss folgt der erwarteten Entwicklung des betrieblichen Ergebnisses. In 2013 erwarten wir, dass das Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit und der Jahresüberschuss über den Werten des Jahres 2011 bzw. 2012 liegen werden. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus den Wirkungen der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Konsolidierungsprojekt. Darüber hinaus erwarten wir aus der Entwicklung im Netzgeschäft und neuer Geschäftsaktivitäten positive Auswirkungen auf die Ergebnissituation 2013.

Berlin, den 8. Februar 2012

GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft Der Vorstand

Czernomoriez Prohl

BILANZ DES GASAG-KONZERNS NACH IFRS ZUM 31.12.2011

Aktiva	Anhang Nr.	T€	T€
A. Langfristige Vermögenswerte			
1. Immaterielle Vermögenswerte	(13)	230.685	151.861
2. Sachanlagen	(14)	1.623.279	1.511.037
3. Anteile an assoziierten Unternehmen	(15)	8.451	64.328
4. Finanzielle Vermögenswerte	(16)	33.359	48.527
5. Latente Steuern	(17)	74.612	57.957
		1.970.386	1.833.710
3. Kurzfristige Vermögenswerte			
. Vorräte	(18)	66.967	77.275
2. Finanzielle Vermögenswerte	(16)	5.005	15.758
3. Ertragsteuerforderungen	(19)	9.593	16.041
 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen 	(20)	248.494	321.964
5. Liquide Mittel	(21)	166.156	146.186
6. Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	(22)	14.324	0
		510.539	577.224
		2.480.925	2.410.934
Passiva			
A. Eigenkapital	(23)		
. Gezeichnetes Kapital		413.100	413.100
2. Kapitalrücklage		42.461	42.461
3. Rücklage für unrealisierte Gewinne oder Verluste		-36.133	5.557
4. Angesammelte Ergebnisse		336.591	284.871
5. Anteile ohne beherrschenden Einfluss		72.252	42.695
		828.271	788.684
B. Langfristige Schulden			
1. Passivischer Abgrenzungsposten	(24)	238.847	200.326
2. Rückstellungen	(25)	90.974	98.248
3. Finanzielle Schulden	(26)	466.448	830.065
4. Sonstige Verbindlichkeiten	(27)	139	2
5. Latente Steuern	(17)	109.877	87.928
		906.285	1.216.569
C. Kurzfristige Schulden			
1. Passivischer Abgrenzungsposten	(24)	8.338	6.773
2. Rückstellungen	(25)	44.654	61.903
3. Finanzielle Schulden	(26)	410.857	80.156
4. Ertragsteuerverbindlichkeiten	(28)	30.094	27.390
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	(27)	248.856	229.459
5. Schulden in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten	(22)	3.570	0
		746.369	405.681
		2.480.925	

GESAMTERGEBNISRECHNUNG DES GASAG-KONZERNS NACH IFRS FÜR DEN ZEITRAUM VOM 01.01. – 31.12.2011

Nr. T€ 1.164.633 -1.324 76.408 800.759 100.992	01.0131.12.2010 T€ 1.161.759 3.255 48.187 763.024
1.164.633 -1.324 76.408 800.759	1.161.759 3.255 48.187
-1.324 76.408 800.759	3.255 48.187
76.408 800.759	48.187
800.759	
	763.024
100.992	
	95.968
97.986	75.833
123.615	116.646
116.365	161.730
5.767	4.208
2.365	635
48.862	59.327
3.296	2.611
78.931	109.857
21.626	33.168
57.305	76.689
5.786	7.154
E1 E10	69.535
51.519	8,58
)) 21.626 57.305

		01.01. – 31.12.2011	01.01. – 31.12.2010
Gesamtergebnisrechnung	Anhang Nr.	T€	T€
1. Jahresüberschuss		57.305	76.689
2. Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte		-359	128
3. Cash-flow Hedges		-60.235	15.017
4. Auf die ergebnisneutralen Bestandteile entfallende Ertrag	steuern	18.287	-4.575
5. Ergebnisneutrale Bestandteile des Gesamtergebnisse	s (11)	-42.307	10.570
6. Gesamtergebnis		14.998	87.259
7. Gesamtergebnis auf Anteile ohne beherrschenden Einflus	S	5.169	7.240
8. Gesamtergebnis auf Anteile mit beherrschenden Einfl	uss	9.829	80.019

EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG DES GASAG-KONZERNS NACH IFRS ZUM 31.12.2011

	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Rücklage für unrealisierte Gewinne oder Verluste	
	T€	T€	T€	
Stand: 01.01.2010	413.100	42.461	-4.927	
Gesamtergebnis			10.484	
davon Jahresüberschuss				
davon ergebnisneutrale Veränderungen gemäß IAS 39			10.484	
Dividendenausschüttungen an die Anteilseigner				
Stand: 31.12.2010	413.100	42.461	5.557	
Gesamtergebnis			-41.690	
davon Jahresüberschuss				
davon ergebnisneutrale Veränderungen gemäß IAS 39			-41.690	
Dividendenausschüttungen an die Anteilseigner				
Erwerb von Tochterunternehmen				
Erwerb von Minderheitsanteilen				
Stand: 31.12.2011	413.100	42.461	-36.133	

	Angesammelte Ergebnisse		Anteile des Konzerns	Anteile ohne beherrschenden	Gesamt
Gewinnrücklage erstmalige Anwendung IFRS T€	Andere angesammelte Ergebnisse T€	Angesammelte Ergebnisse Gesamt T€	T€	Einfluss T€	Т€
90.843	179.249	270.092	720.726	39.317	760.043
	69.535	69.535	80.019	7.240	87.259
	69.535	69.535	69.535	7.154	76.689
			10.484	86	10.570
	-54.756	-54.756	-54.756	-3.862	-58.618
90.843	194.028	284.871	745.989	42.695	788.684
	51.519	51.519	9.829	5.169	14.998
	51.519	51.519	51.519	5.786	57.305
			-41.690	-617	-42.307
				-4.005	-4.005
				28.124	28.124
	201	201	201	269	470
90.843	245.748	336.591	756.019	72.252	828.271

KAPITALFLUSSRECHNUNG DES GASAG-KONZERNS NACH IFRS ZUM 31.12.2011

	2011 T€	2010 T€
Periodenergebnis vor Ertragsteuern	78.931	109.857
- Gezahlte Ertragsteuern	-27.506	-42.995
+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf langfristige Vermögenswerte	98.727	76.174
+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	-27.173	-12.188
+/- Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-14.256	-11.376
+ Erhaltene Dividenden aus assoziierten Unternehmen	6.021	8.668
-/+ Gewinn/Verlust aus dem Abgang von langfristigen Vermögenswerten	2.473	1.878
-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte	10.361	20.066
-/+ Zunahme/Abnahme der Forderungen	94.245	-175.895
+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten	-9.732	60.301
= Cashflow aus betrieblicher Geschäftstätigkeit	212.091	34.490
+ Einzahlungen aus Abgängen von immateriellen Vermögenswerten	1	91
- Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögenswerte	-9.377	-5.866
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	250	2.204
+ Erhaltene Anzahlungen für verkaufte Sachanlagen, deren Übertragung auf den Erwerber im Folgejahr erfolgen wird	9.000	O
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-63.388	-77.481
+ Einzahlungen aus Abgängen/Veränderungen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	11.796	52.585
- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-503	-1.088
 Auszahlungen aus dem Erwerb von Tochterunternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten 	-59.364	0
+ Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	186
+/- Zahlungsunwirksame Zunahme/Abnahme des Anlagevermögens	-6.905	-7.827
+ Einzahlungen aus Investitionszuschüssen Fremder	9.243	6.342
= Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-109.247	-30.854
- Auszahlungen an Unternehmenseigner	0	-54.756
Auszahlungen an Gesellschafter ohne beherrschenden Einfluss	-4.005	-3.862
+ Einzahlungen von Krediten	5.193	265.051
Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	-84.317	-300.090
Tilgung von Schulden aus Finanzierungsleasing	255	-1.411
= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-82.874	-95.068
= Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	19.970	-91.432
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	146.186	237.618
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode	166.156	146.186

ANHANG DES KONZERNS DER GASAG BERLINER GASWERKE AKTIENGESELLSCHAFT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2011

1 DARSTELLUNG DES GASAG-KONZERNABSCHLUSSES

Mutterunternehmen des Konzerns ist die GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin, nachfolgend GASAG genannt. Sie hat ihren Geschäftssitz am Henriette-Herz-Platz 4 in 10178 Berlin, Deutschland, und ist im Handelsregister Berlin-Charlottenburg unter HRB 44343 eingetragen.

Der Vorstand hat den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2011 und den Bericht über die Lage des GASAG-Konzerns für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 aufgestellt und am 8. Februar 2012 zur Vorlage an den Aufsichtsrat freigegeben.

Die Geschäftstätigkeit des GASAG-Konzerns umfasst den Transport, die Verteilung und den Vertrieb von Erdgas, Wärme, Strom und Wasser, den Betrieb von Speicheranlagen, die Erzeugung von Bio-Erdgas sowie den Betrieb von Anlagen zur dezentralen Energieversorgung, die Verbrauchsabrechnungs- und Ablesedienstleistungen, Messgerätemanagement sowie die Errichtung, Wartung, Unterhaltung und Instandsetzung energietechnischer Anlagen. Transport, Verteilung und Vertrieb von Energie und Wärme bilden dabei die Schwerpunkte.

Der GASAG-Konzern ist in wesentliche Teilbereiche strukturiert: Energie und Wärme, Transport und Speicher sowie Technische und sonstige Dienstleistungen.

Zu den Kunden des GASAG-Konzerns zählen insbesondere private Haushalte, Gewerbe- und Industrieunternehmen, Krankenhäuser, kommunale Einrichtungen, andere Gasversorgungsunternehmen sowie Bezieher von Gastransportdienstleistungen überwiegend in Berlin und Brandenburg.

Der Konzernabschluss wurde auf Grundlage des § 315 a Absatz 3 HGB in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) erstellt. Darüber hinausgehende gesetzlich erforderliche Angaben nach HGB wurden berücksichtigt.

Die Erstellung des Konzernabschlusses erfolgt grundsätzlich unter Anwendung des Anschaffungskostenprinzips. Hiervon ausgenommen sind die derivativen Finanzinstrumente, zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte und zur Veräußerung verfügbare Finanzinvestitionen, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet wurden. Die Buchwerte der in der Bilanz erfassten Vermögenswerte und Schulden, die Grundgeschäfte im Rahmen von Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts darstellen, werden aufgrund von Änderungen der beizulegenden Zeitwerte, die auf die abgesicherten Risiken zurückgeführt werden können, angepasst.

Der Konzernabschluss ist in Euro aufgestellt. Alle Beträge werden – soweit nicht anders dargestellt – in Tausend Euro (T€) angegeben.

Zur übersichtlicheren Darstellung sind in der Gesamtergebnisrechnung sowie in der Bilanz Posten zusammengefasst und im Anhang gesondert aufgeführt und erläutert.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Die Geschäftsjahre aller im Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen entsprechen dem Kalenderjahr.

2 ANWENDUNG DER INTERNATIONAL FINANCIAL REPORTING STANDARDS (IFRS)

Im Konzernabschluss der GASAG werden die am Bilanzstichtag bereits verpflichtend in Kraft getretenen International Financial Reporting Standards/International Accounting Standards (IFRS/IAS) angewendet. Zusätzlich werden die gültigen Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee/Standing Interpretations Committee (IFRIC/SIC) beachtet.

Der Konzernabschluss der GASAG entspricht in allen Punkten den IFRS/IAS sowie den IFRIC/SIC.

ÄNDERUNG VON BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Die angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden entsprechen grundsätzlich den im Vorjahr angewandten Methoden. Darüber hinaus hat der Konzern die neuen bzw. überarbeiteten Standards angewandt, welche für die am oder nach dem 1. Januar 2011 beginnenden Geschäftsjahre verbindlich sind.

Der Konzern hat im Geschäftsjahr 2011 die neuen oder überarbeiteten IAS Standards und IFRIC Interpretationen angewandt, welche durch die Europäische Union bereits verabschiedet wurden und für am 1. Januar 2011 beginnende Geschäftsjahre verbindlich anzuwenden sind:

- SAMMELSTANDARD ZUR ÄNDERUNG VERSCHIEDENER IFRS (2010) "VERBESSERUNGEN DER IFRS":
 Der IASB hat im Rahmen des jährlichen Verbesserungsprozesses (Annual Improvement Process) einen weiteren
 Sammelstandard herausgegeben. Die Änderungen betreffen die Standards IFRS 1, IFRS 3, IFRS 7, IAS 1, IAS 27 und
 IAS 34 sowie die Interpretation IFRIC 13. Die Änderungen hatten keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss.
- IAS 24 (2009) "ANGABEN ÜBER BEZIEHUNGEN ZU NAHE STEHENDEN UNTERNEHMEN UND PERSONEN": Der geänderte Standard wurde am 4. November 2009 veröffentlicht und ist für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2011 beginnen, verpflichtend anzuwenden. Durch die Überarbeitung werden zunächst die Berichtspflichten von Unternehmen, an denen der Staat beteiligt ist (sogenannte state-controlled entities), vereinfacht. Bestimmte related-party-Beziehungen, die sich aus einer Beteiligung des Staates an Privatunternehmen ergeben, sind von einigen im geänderten Standard genannten Angabepflichten nach IAS 24 ausgenommen. Des Weiteren wurde die Definition von nahe stehenden Unternehmen überarbeitet. Die erstmalige Anwendung des geänderten Standards hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den GASAG-Konzernabschluss.
- IAS 32 (2009) "FINANZINSTRUMENTE: DARSTELLUNG":

Der geänderte Standard wurde am 23. Dezember 2009 veröffentlicht und ist für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Februar 2010 beginnen, verpflichtend anzuwenden. Der Standard regelt aus Sicht des Emittenten die Bilanzierung von bestimmten Bezugsrechten, Optionen und Optionsscheinen in Fremdwährung. Die genannten Instrumente sind künftig als Eigenkapital zu klassifizieren, wenn sie zu einem festen Preis ausgegeben werden. Die erstmalige Anwendung des geänderten Standards hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den GASAG-Konzernabschluss.

• IFRIC 19 "TILGUNG FINANZIELLER VERBINDLICHKEITEN DURCH EIGENKAPITALINSTRUMENTE":

Die Interpretation wurde am 26. November 2009 veröffentlicht. Die Anwendung erfolgt, sofern ein Kreditnehmer eine finanzielle Verbindlichkeit vollständig oder partiell durch Ausgabe von Eigenkapitalinstrumenten tilgt. Darüber hinaus hat die Bewertung der ausgegebenen Eigenkapitalinstrumente zum beizulegenden Zeitwert zu erfolgen. Die Interpretation ist verpflichtend anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Juli 2010 beginnen. Die erstmalige Anwendung von IFRIC 19 hatte keine Auswirkungen auf den GASAG-Konzernabschluss.

Noch nicht verpflichtend in Kraft getretene IFRS Standards und IFRIC Interpretationen, die teilweise noch nicht durch die Europäische Union verabschiedet wurden bzw. für am 1. Januar 2011 beginnende Geschäftsjahre noch nicht anzuwenden sind, werden nicht berücksichtigt. Es handelt sich dabei um folgende Vorschriften:

• IFRS 7 (2010) "FINANZINSTRUMENTE: ANGABEN":

Die Änderungen sehen zusätzliche Angabepflichten vor, um bei übertragenen aber nicht oder nicht vollständig ausgebuchten finanziellen Vermögenswerten die Beziehung zwischen diesen Vermögenswerten und zugehörigen Verbindlichkeiten sowie bei übertragenen und ausgebuchten finanziellen Vermögenswerten Art und Risiko aus dem anhaltenden Engagement zu zeigen.

Die EU-Kommission hat weitere Änderungen an IFRS 7 durch Veröffentlichung im EU-Amtsblatt vom 23. November 2011 in EU-Recht übernommen. Die Änderungen an IFRS 7 betreffen erweiterte Angabepflichten bei der Übertragung finanzieller Vermögenswerte und sollen den Bilanzadressaten ein besseres Verständnis der Auswirkungen der beim Unternehmen verbleibenden Risiken ermöglichen. Der geänderte Standard ist anzuwenden auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Juli 2011 beginnen. Die erstmalige Anwendung wird voraussichtlich keine Auswirkungen auf den GASAG-konzernabschluss haben.

• IFRS 9 (2010) "FINANZINSTRUMENTE":

Der Standard führt neue Bedingungen für die Klassifizierung und Bewertung von aktivischen Finanzinstrumenten ein. Demnach gibt es nunmehr nur noch zwei anstatt vier Bewertungskategorien für aktivische Finanzinstrumente. Der Standard eliminiert die Kategorien: Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte sowie Bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen. In weiteren Phasen wird der IASB die Klassifizierung und Bewertung finanzieller Verbindlichkeiten, Sicherungsbeziehungen und Ausbuchungen behandeln. Die Anwendung der ersten Phase von IFRS 9 wird Auswirkungen auf die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten haben. Um ein umfassenderes Bild potentieller Auswirkungen darzustellen werden die Auswirkungen erst in Verbindung mit den anderen Phasen, sobald diese veröffentlicht sind, quantifizierbar. Der Standard ist anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2015 beginnen. Die Auswirkungen auf den GASAG-Konzernabschluss werden derzeit geprüft.

• IFRS 10 (2011) "KONZERNABSCHLÜSSE":

Der Standard schafft eine einheitliche Definition für den Begriff der Beherrschung und damit eine einheitliche Grundlage für das Vorliegen einer Mutter-Tochter-Beziehung und die hiermit verbundene Abgrenzung des Konsolidierungskreises. IFRS 10 (2011) ersetzt die bisherigen Regelungen des IAS 27 und des SIC 12 zur Konsolidierung. Der Standard ist anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Die Auswirkungen auf den GASAG-Konzernabschluss werden derzeit geprüft.

• IFRS 11 (2011) "GEMEINSAME VEREINBARUNGEN":

Der Standard regelt die Bilanzierung von Sachverhalten, in denen ein Unternehmen gemeinschaftliche Führung über ein Gemeinschaftsunternehmen oder eine gemeinschaftliche Tätigkeit ausübt. IFRS 11 (2011) ersetzt die bisherigen Regelungen des IAS 31 und des SIC 13 zur Bilanzierung von Gemeinschaftsunternehmen. Die wesentliche Änderung des IFRS 11 gegenüber IAS 31 ist die Abschaffung der Möglichkeit der Quotenkonsolidierung von Gemeinschaftsunternehmen. Diese sind zukünftig unter der Anwendung der Vorschriften des IAS 28 zwingend gemäß der Equity-Methode zu bilanzieren. Der Standard ist anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Die Auswirkungen auf den GASAG-Konzernabschluss werden derzeit geprüft.

• IFRS 12 (2011) "ANGABEN ZU BETEILIGUNGEN AN ANDEREN UNTERNEHMEN":

Der Standard umfasst die aus der Anwendung der Standards IFRS 10, IFRS 11 und IAS 28 resultierenden Angabepflichten. Der Standard ist anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Die Auswirkungen auf den GASAG-Konzernabschluss werden derzeit geprüft.

• IFRS 13 (2011) "BEMESSUNG DES BEIZULEGENDEN ZEITWERTS":

Der Standard definiert rechnungslegungsübergreifend einheitliche Bewertungsmaßstäbe für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts (Fair value). Damit verbunden sind umfangreiche Anhangsangaben. Der Standard ist anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Die Auswirkungen auf den GASAG-Konzernabschluss werden derzeit geprüft.

• IAS 19 (2011) "LEISTUNGEN AN ARBEITNEHMER":

Der IASB hat im Juni 2011 eine überarbeite Fassung des IAS 19 veröffentlicht. Die Änderungen umfassen die Abschaffung bisher bestehender Wahlrechte zur Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste sowie Neuregelungen zur Berücksichtigung der erwarteten Erträge aus Planvermögen. Die daraus resultierenden Auswirkungen auf den GASAG-Konzernabschluss werden derzeit geprüft. Die derzeit bei der GASAG angewandte Korridormethode ist nach der Überarbeitung nicht mehr zulässig.

• IAS 27 (2011) "KONZERN- UND SEPARATE ABSCHLÜSSE NACH IFRS":

Die Vorschriften zur Konzernrechnungslegung werden mit Wirkung zum 1. Januar 2013 durch die Standards IFRS 10 und IFRS 12 ersetzt. Die Auswirkungen auf den GASAG-Konzernabschluss werden derzeit geprüft. Der Standard ist anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Die Auswirkungen auf den GASAG-Konzernabschluss werden derzeit geprüft.

• IAS 28 (2011) "ANTEILE AN ASSOZIIERTEN UNTERNEHMEN":

Der Standard wird im Rahmen der Neufassung zu den Regelungen zur Bilanzierung von Anteilen an Gemeinschaftsunternehmen (Joint venture) durch IFRS 12 ergänzt. Der Standard ist anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Die Auswirkungen auf den GASAG-Konzernabschluss werden derzeit geprüft.

- IFRIC 20 "ABRAUMKOSTEN IN DER PRODUKTIONSPHASE EINER ÜBER TAGEBAU ERSCHLOSSENEN MINE":

Die Interpretation beschäftigt sich mit der Bilanzierung von Kosten für Abraumbeseitigung, die in der Erschließungsphase einer Tagebaumine anfallen. Die Interpretation ist anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Die Auswirkungen auf den GASAG-Konzernabschluss werden derzeit geprüft; es werden keine Auswirkungen erwartet.

• ÄNDERUNGEN AN IAS 1 ZU "DARSTELLUNG DES ABSCHLUSSES":

Die Änderungen des IAS 1 führen zu einer geänderten Gruppierung der im sonstigen Ergebnis dargestellten Posten. Dabei sind Bestandteile, für die künftig eine erfolgswirksame Umgliederung vorgesehen ist, gesondert von Bestandteilen, die im Eigenkapital verbleiben, darzustellen. Diese Änderung betrifft allein die Darstellungsweise im Abschluss und hat keine Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Die geänderte Fassung des IAS 1 ist anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Juli 2012 beginnen. Die Auswirkungen auf den GASAG-Konzernabschluss werden derzeit geprüft.

ÄNDERUNGEN AN IAS 12 ZU "LATENTE STEUERN: REALISIERUNG DER ZUGRUNDE LIEGENDEN VERMÖGENSWERTE":

Die Bewertung von latenten Steuerschulden und latenten Steueransprüchen hängt nach IAS 12 davon ab, ob das Unternehmen davon ausgeht, den Buchwert eines Vermögenswertes durch Nutzung oder durch Veräußerung zu realisieren. Da dieses in bestimmten Fällen nur schwierig zu bestimmen ist, sieht die Neuregelung vor, eine widerlegbare Vermutung einzuführen, dass der Vermögenswert durch Veräußerung realisiert wird. Die geänderte Fassung des IAS 12 ist anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2012 beginnen. Die Auswirkungen auf den GASAG-Konzernabschluss werden derzeit geprüft; es werden keine Auswirkungen erwartet.

 ÄNDERUNGEN AN IAS 32/IFRS 7 ZU "FINANZINSTRUMENTE: ANPASSUNGEN ZUR SALDIERUNG VON FINANZAKTIVA UND -PASSIVA (OFFSETTING) SOWIE ZUM AUSWEIS":

Am 16. Dezember 2011 hat der IASB Änderungen an IAS 32 und IFRS 7 veröffentlicht. Durch die Änderungen werden einige Details in Bezug auf die Saldierung von Finanzaktiva und –passiva klargestellt und ergänzende Zusatzangaben erforderlich. Die geänderte Fassung des IAS 32 ist anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen. Die Übernahme durch die Europäische Union steht noch aus.

Weitere Standards und Interpretationen wurden im Geschäftsjahr 2011 nicht veröffentlicht.

3 KONSOLIDIERUNGSKREIS

Im Konzernabschluss werden neben der GASAG 23 inländische Tochterunternehmen vollkonsolidiert, eine weitere ist in Gründung und 11 assoziierte Unternehmen werden nach der Equity-Methode bilanziert.

ÄNDERUNGEN DES KONSOLIDIERUNGSKREISES

Der Konsolidierungskreis wurde im Geschäftsjahr wie folgt erweitert:

Zum 14. Januar 2011 wurde die KKI - Kompetenzzentrum Kritische Infrastrukturen GmbH, Berlin, nachfolgend KKI genannt, gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen im Bereich Störungs-, Notfall- und Krisenmanagement bei leitungsgebundenen Infrastrukturbetreibern der allgemeinen Daseinsvorsorge. Die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH&Co. KG, Berlin, nachfolgend NBB genannt, hielt zur Gründung 100 Prozent der Geschäftsanteile. Zum 19. November 2011 hat die NBB Geschäftsanteile von insgesamt 25,1 Prozent an die con/energy AG, Essen, verkauft. Der Verkaufpreis beträgt 6.275,00 Euro. Die Gesellschaft wird vollkonsolidiert.

Zum 22. November 2011 wurde die Bio-Erdgas Neudorf GmbH, Groß-Pankow, gegründet. Gegenstand der Gesellschaft sind Errichtung und Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Biogas und Wärme und zur dezentralen Erzeugung von Strom, Errichtung und Betrieb von Anlagen zur Aufbereitung des Biogases zu Bioerdgas sowie der Handel mit Bioerdgas, Wärme und Strom aus Eigenerzeugung sowie der Handel mit Neben- und Abfallprodukten dieser Anlagen. Die EMB Energie Mark Brandenburg GmbH, nachfolgend EMB genannt, hält 74,9 Prozent der Geschäftsanteile. Die Anlage wird derzeit errichtet. Die Aufnahme des Geschäftsbetriebes ist für Sommer 2012 vorgesehen.

Zum 13. Dezember 2011 wurde die Berliner Erdgasspeicher GmbH & Co. KG i. G., Berlin, gegründet. Die Geschäftstätigkeit umfasst die Errichtung und den Betrieb von Anlagen zur Speicherung von Erdgas sowie die Vermarktung von Speicherdienstleistungen und alle damit zusammenhängenden kaufmännischen und technischen Tätigkeiten. Die Gesellschaft kann Dienstleistungen für andere Unternehmen in den genannten Tätigkeitsfeldern erbringen. Die GASAG hält 100 Prozent der Kommanditanteile. Komplementärin ist die Berliner Erdgasspeicher Verwaltungs-GmbH, Berlin (Vj.: GASAG Versicherungsvermittlung der Versorgungsunternehmen GmbH). Aufgrund der Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes war die Gründung einer separaten Speichergesellschaft erforderlich, da Speicherbetreiber hinsichtlich ihrer Rechtsform unabhängig von anderen Tätigkeitsbereichen agieren sollen. Zweck der Gesellschaft ist unter anderem die Vermarktung der Kapazitäten des Berliner Erdgasspeichers. Das Eigentum am Speicher verbleibt bei der GASAG und wird durch einen Pachtvertrag überlassen. Die Gesellschaft hat zum 1. Januar 2012 ihren Geschäftsbetrieb aufgenommen.

Am 24. März 2011 hat die GASAG ein notarielles Angebot zum Abschluss eines Anteilskauf- und Abtretungsvertrages hinsichtlich des Erwerbs eines Anteils in Höhe von 24,8 Prozent an der SpreeGas Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleitung mbH mit Sitz in Cottbus, nachfolgend SpreeGas genannt, von der VNG-Erdgascommerz GmbH, Leipzig, nachfolgend VNG genannt, unterzeichnet. Nach dem Erwerb dieser Geschäftsanteile hält die GASAG an der SpreeGas Geschäftsanteile in Höhe von 66,338 Prozent. Der Erwerb erfolgte nach Eintritt sämtlicher aufschiebender Bedingungen am 20. Juni 2011. Die SpreeGas wird ab dem 1. Juli 2011 vollkonsolidiert. Die SpreeGas versorgt die Region Süd-Brandenburg, Teile Sachsens und Sachsen-Anhalts mit Gas.

Am 24. März 2011 hat die EMB ein notarielles Angebot zum Abschluss eines Anteilskauf- und Abtretungsvertrages hinsichtlich des Erwerbs eines Anteils in Höhe von 50,9175 Prozent an der Havelländische Stadtwerke GmbH, Werder, nachfolgend HSW genannt, von der VNG-Erdgascommerz GmbH, Leipzig, unterzeichnet. Nach dem Erwerb dieser Geschäftsanteile hält die EMB an der HSW Geschäftsanteile in Höhe von 91,155 Prozent. Der Erwerb erfolgte nach Eintritt sämtlicher aufschiebender Bedingungen am 20. Juni 2011. Die HSW wird ab dem 1. Juli 2011 vollkonsolidiert. Die HSW versorgt den südwestlichen Teil des Landes Brandenburg mit Energie.

Die GASAG sieht in dem Erwerb der Unternehmensanteile an SpreeGas und HSW eine Stärkung der Markt- und Wettbewerbssituation in Brandenburg, deren Grundlage mit dem Erwerb der bereits vorhandenen Anteile vor Jahren gelegt worden ist.

Die beizulegenden Zeitwerte der identifizierbaren Vermögenswerte und Schulden der SpreeGas und der HSW stellen sich zum Erwerbszeitpunkt wie folgt dar:

	HSW T€	SPREEGAS T€
Langfristige Vermögenswerte		
Immaterielle Vermögenswerte	17.025	47.611
Sachanlagen	37.672	88.432
Anteile an assoziierten Unternehmen	0	4.523
Finanzielle Vermögenswerte	15	6.638
Latente Steuern	4.361	12.936
Kurzfristige Vermögenswerte		
Vorräte	11	42
Ertragsteuerforderungen	472	0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen	9.893	10.882
Liquide Mittel	3.231	2.405
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte	5.013	0
Langfristige Schulden		
Passivischer Abgrenzungsposten	12.701	27.043
Rückstellungen	51	2.929
Latente Steuern	12.160	33.516
Kurzfristige Schulden		
Passivischer Abgrenzungsposten	216	915
Rückstellungen	2.030	14.436
Finanzielle Schulden	3.972	0
Ertragsteuerverbindlichkeiten	1.132	1.505
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	9.931	10.409
Schulden in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten	1.513	0
Summe des identifizierten Nettovermögens zum beizulegenden Zeitwert	33.987	82.716
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	280	27.844
Geschäfts - oder Firmenwert aus dem Unternehmenserwerb	8.127	28.808
Gesamte Gegenleistung	41.834	83.680
Buchwert der Beteiligung vor dem Unternehmenszusammenschluss	18.681	39.027
Ergebnis aus der Bewertung der Beteiligung vor dem Unternehmenszusammenschluss	-2.617	5.423
Fair Value der Beteiligung des Konzerns vor dem Unternehmens- zusammenschluss	16.064	44.450
Kaufpreis	25.770	39.230
Gesamte Gegenleistung	41.834	83.680

Die Anteile ohne beherrschenden Einfluss wurden auf der Basis deren Anteils am identifizierbaren Nettovermögen der Gesellschaften ermittelt, das zum Fair Value am Erwerbszeitpunkt bewertet wurde. Die Erstkonsolidierung der beiden Gesellschaften führt zum Stichtag 1. Juli 2011 in den jeweiligen Bilanzpositionen zu entsprechenden Zugängen.

Der Kaufpreis ohne Anschaffungsnebenkosten beträgt 25.770 Tausend Euro für die Anteile an HSW bzw. 39.230 Tausend Euro für die Anteile an SpreeGas. Aus dem Unternehmenszusammenschluss resultiert ein Goodwill von 8.127 Tausend Euro für HSW und 28.808 Tausend Euro für SpreeGas. Der Goodwill begründet sich aus der zukünftigen positiven Unternehmensentwicklung der Gesellschaften. Er wurde gemäß der Neubewertungsmethode (Partial Goodwill Method) nach Maßgabe der überarbeiteten Fassung der IFRS 3 bestimmt und bezieht sich lediglich auf die Mehrheitsbeteiligung des Konzerns an den erworbenen Gesellschaften.

Die angesetzten Eventualverbindlichkeiten mit einem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt belaufen sich auf 68 Tausend Euro für die HSW bzw. auf 1.044 Tausend Euro für SpreeGas. Zum 31. Dezember 2011 sind 0 Tausend Euro für HSW bzw. 935 Tausend Euro für SpreeGas in den übrigen Rückstellungen enthalten.

Die HSW und SpreeGas wurden erstmals zum 1. Juli 2011 in den Konzernabschluss der GASAG einbezogen. Die Bilanzierung des Unternehmenserwerbs erfolgt vorläufig gemäß IFRS 3.45. Der zum Erwerbszeitpunkt geltende beizulegende Zeitwert des Eigenkapitalanteils an den erworbenen Unternehmen, der unmittelbar vor dem Erwerbszeitpunkt von der GASAG gehalten worden ist, beträgt 18.681 Tausend Euro für HSW und 39.027 Tausend Euro für SpreeGas. Aufgrund der Neubewertung des Eigenkapitals der Gesellschaften wurden –2.617 Tausend Euro für HSW und 5.423 Tausend Euro für SpreeGas im Ergebnis aus assoziierten Gesellschaften erfasst. Wenn der Unternehmenserwerb bereits am 1. Januar 2011 stattgefunden hätte, wäre der Konzernumsatz um 66.143 Tausend Euro höher gewesen. Der Konzernjahresüberschuss hätte sich um 4.793 Tausend Euro erhöht. Im Konzernjahresüberschuss der Berichtsperiode ist ein Gewinn in Höhe von 5.911 Tausend Euro enthalten.

Gemäß Optionsvertrag vom 6. März 2003 zwischen der GASAG und der VNG wurde der VNG bis zum 31. Dezember 2010 ein befristetes Optionsrecht auf den Erwerb eines Teilgeschäftsanteils mit einem Nennbetrag von bis zu 0,2 Prozent des Stammkapitals der EMB eingeräumt. Die VNG hat vor Jahresfrist 2010 angezeigt, von dieser Option Gebrauch zu machen. Die Transaktion wurde mit Abschluss der entsprechenden Verträge in 2011 durchgeführt.

Mit dem Anteilszuerwerb an der SpreeGas und dem daraus folgenden beherrschenden Einfluss erlangte die GASAG maßgeblichen Einfluss auf fünf Gesellschaften, die zum 31. Dezember 2011 nach der Equity-Methode bilanziert werden. Es handelt sich hierbei um die ARGE Ärztehaus Guben, Cottbus, die ARGE Großräschen, Cottbus, die ARGE Schillerstraße Plessa, Cottbus, die ARGE Wärmelieferungen, Cottbus, sowie um die Gasversorgungsbetriebe Cottbus GmbH, Cottbus.

Die NGT Service GmbH, Erfurt, wurde rückwirkend zum 1. Januar 2011 auf die BEGA.tec GmbH, Berlin, nachfolgend BEGA.tec genannt, verschmolzen. Das Vermögen als Ganzes mit allen Rechten und Pflichten wurde hierbei auf die aufnehmende Gesellschaft BEGA.tec übertragen. Die BEGA.tec wird die in der Schlussbilanz zum 31. Dezember 2010 angesetzten Werte der übergehenden Aktiva und Passiva in ihrer Rechnungslegung fortführen.

Mit Vertrag vom 7. Dezember 2011 hat die NBB insgesamt 32,64 Prozent ihrer Anteile an der infrest – Infrastruktur eStrasse GmbH, nachfolgend infrest genannt, an die Vattenfall Europe Netzservice GmbH sowie an die Vattenfall Europe Wärme AG verkauft. Der Verkauf steht unter der aufschiebenden Bedingung der Zustimmung durch das Bundeskartellamt. Zum 31. Dezember 2011 war der geplante Zusammenschluss beim Bundeskartellamt angemeldet, die Freigabe jedoch noch ausstehend. Aus diesem Grund werden die Anteile zum 31. Dezember 2011 unverändert zu 100 Prozent der NBB zugerechnet.

Am 28. Juli 2011 wurde die NordostWerke GmbH, Potsdam, gegründet. Die EMB hält 49 Prozent der Geschäftsanteile. Gegenstand der Gesellschaft ist der Bezug und die Lieferung von Elektrizität und Gas sowie Erbringung energienaher Dienstleistungen. Die Gesellschaft wird nach der Equity-Methode bilanziert.

In der nachfolgenden Abbildung sind alle vollkonsolidierten Unternehmen, nach der Equity-Methode bilanzierte Unternehmen sowie sonstige Anteile, die von Konzernunternehmen gehalten werden, aufgeführt.

ETEILIGUNGSÜBERSICHT	ANTEIL AM KAPITAI
vollkonsolidierte Unternehmen	4000
BAS Abrechnungsservice Beteiligungs - GmbH, Berlin BAS Abrechnungsservice Beteiligungs - GmbH, Berlin BAS Abrechnungsservice Beteiligungs - GmbH, Berlin	100%
2. BAS Abrechnungsservice GmbH & Co. KG, Berlin ¹	100%
3. BEGA.tec GmbH, Berlin ¹	100 %
4. Berliner Erdgaspeicher GmbH & Co. KG i. G., Berlin ¹	100 %
5. Berliner Erdgaspeicher Verwaltungs - GmbH, Berlin ^{1, 9}	100 %
6. Bio-Erdgas Neudorf GmbH, Groß Pankow ^{1, 4}	74,9%
7. DSE Direkt-Service Energie GmbH, Berlin ¹	100%
8. EMB Beteiligungsgesellschaft mbH, Potsdam ^{1, 4}	100 %
9. EMB Energie Mark Brandenburg GmbH, Potsdam ¹	74,88625 %
LO. GASAG Bio-Erdgas Schwedt GmbH, Schwedt/Oder ¹	100 %
1. GASAG WärmeService GmbH, Berlin ¹	100 %
.2. Havelländische Stadtwerke GmbH, Werder ^{1, 4}	91,155 %
3. infrest – Infrastruktur eStrasse GmbH, Berlin ^{1, 8}	100%
4. KKI-Kompetenzzentrum Kritische Infrastrukturen GmbH, Berlin ^{1, 8}	74,9%
L5. NBB Netz - Beteiligungs - GmbH, Berlin ¹	100 %
L6. NBB Netzgesellschaft Berlin - Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin ^{1, 5}	100 %
17. Netzgesellschaft Forst (Lausitz) mbH & Co. KG, Forst (Lausitz) ^{1, 6}	100%
18. NGT Contracting GmbH, Essen ¹	100%
.9. SpreeGas Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistung mbH, Cottbus $^{\mathrm{1}}$	66,338 %
20. Stadtwerke Forst GmbH, Forst (Lausitz) ¹	74,9%
21. umetriq Entwicklungs-GmbH & Co. KG, Berlin ¹	100%
22. umetriq Metering Services GmbH, Berlin ¹	100%
23. umetriq Verwaltungs-GmbH, Berlin ¹	100 %
24. VR-Leasing SOLIDUS Siebte GmbH & Co. Immobilien KG, Eschborn ¹	100%
at equity bilanzierte Unternehmen	
25. ARGE Ärztehaus Guben, Cottbus ^{2, 7}	50%
26. ARGE Großräschen, Cottbus ^{2, 7}	50%
27. ARGE Schillerstraße Plessa, Cottbus ^{2, 7}	50 %
28. ARGE Wärmelieferung, Cottbus ^{2, 7}	50 %
29. Berliner Energieagentur GmbH, Berlin ²	25 %
30. Erdgasversorgung Oranienburg GmbH, Oranienburg ^{2, 4}	24,5 %
31. Gasversorgungsbetriebe Cottbus GmbH, Cottbus ^{2, 7}	37 %
32. Gasversorgung Zehdenick GmbH, Zehdenick ^{2, 4}	49 %
33. GreenGas Produktionsanlage Rathenow GmbH & Co. KG, Rathenow ^{2, 4}	49 %
34. GreenGas Rathenow Verwaltungs GmbH, Rathenow ^{2, 4}	49 %
35. NordostWerke GmbH, Potsdam ^{2, 4}	49 %
andere Anteile	
36. local energy GmbH, Potsdam ^{3, 4}	12,2 %
37. Partner für Berlin – Gesellschaft für Hauptstadt - Marketing mbH, Berlin ³	< 1%
88. Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH, Brandenburg an der Havel ^{3, 4}	12,25 %
39. Stadtwerke Premnitz GmbH, Premnitz ^{3, 4}	10%
40. Versorgungsbetriebe Hoyerswerda GmbH, Hoyerswerda ^{3, 7}	10,1 %
41. Wirtschaftliche Vereinigung deutscher Versorgungsunternehmen AG, Frankfurt am Main ³	0,37 %

¹ einbezogen wegen eines beherrschenden Einflusses

maßgeblicher Einfluss liegt vor
 nicht einbezogen, da weder beherrschender noch maßgeblicher Einfluss der GASAG AG gegeben ist
 mittelbare Beteiligung über die EMB Energie Mark Brandenburg GmbH, Potsdam

⁵ davon 83,5 %unmittelbar und 15 % mittelbar über die EMB Energie Mark Brandenburg GmbH und 1,5 % über die Havelländische Stadtwerke GmbH

⁶ mittelbare Beteiligung über Stadtwerke Forst GmbH, Forst (Lausitz)

⁷ mittelbare Beteiligung über SpreeGas Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistung mbH, Cottbus 8 mittelbare Beteiligung über NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg

mbH & Co. KG, Berlin

⁹ vormals: GASAG Versicherungsvermittlung der Versorgungsunternehmen GmbH

4 KONSOLIDIERUNGSGRUNDSÄTZE

KONSOLIDIERUNGSGRUNDSÄTZE AB DEM 1. JANUAR 2010

Der Konzernabschluss umfasst die GASAG und die von ihr beherrschten Tochtergesellschaften. Tochterunternehmen werden ab dem Erwerbszeitpunkt, das heißt ab dem Zeitpunkt, an dem der Konzern die Beherrschung erlangt, vollkonsolidiert. Der Erwerb von Anteilen ohne beherrschenden Einfluss wird nach der so genannten Entity-Concept-Methode bilanziert. Die Konsolidierung endet, sobald die Beherrschung durch das Mutterunternehmen nicht mehr besteht. Die Abschlüsse der Tochterunternehmen werden unter Anwendung einheitlicher Rechnungslegungsmethoden für die gleiche Berichtsperiode aufgestellt wie der Abschluss des Mutterunternehmens. Alle konzerninternen Salden, Geschäftsvorfälle, unrealisierte Gewinne und Verluste aus konzerninternen Transaktionen und Dividenden werden in voller Höhe eliminiert.

Verluste eines Tochterunternehmens werden den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss auch dann zugeordnet, wenn dies zu einem negativen Saldo führt.

Eine Veränderung der Beteiligungshöhe an einem Tochterunternehmen ohne Verlust der Beherrschung wird als Eigenkapitaltransaktion bilanziert.

Verliert das Mutterunternehmen die Beherrschung über ein Tochterunternehmen, so werden die Buchungsschritte nach IAS 27.34 durchgeführt.

Unternehmenszusammenschlüsse werden unter Anwendung der Erwerbsmethode bilanziert. Die Anschaffungskosten eines Unternehmenserwerbs bemessen sich als Summe der übertragenen Gegenleistung, bewertet mit dem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt, und der Anteile ohne beherrschenden Einfluss am erworbenen Unternehmen. Bei jedem Unternehmenszusammenschluss bewertet der Erwerber die Anteile ohne beherrschenden Einfluss am erworbenen Unternehmen entweder zum beizulegenden Zeitwert oder zum entsprechenden Anteil des identifizierbaren Nettovermögens des erworbenen Unternehmens. Im Rahmen des Unternehmenszusammenschlusses angefallene Kosten werden als Aufwand erfasst und als Verwaltungskosten ausgewiesen.

Erwirbt der Konzern ein Unternehmen, beurteilt er die geeignete Klassifizierung und Designation der finanziellen Vermögenswerte und übernommenen Schulden in Übereinstimmung mit den Vertragsbedingungen, wirtschaftlichen Gegebenheiten und am Erwerbszeitpunkt vorherrschenden Bedingungen. Dies beinhaltet auch eine Trennung der in Basisverträgen eingebetteten Derivate.

Bei sukzessiven Unternehmenszusammenschlüssen wird der vom Erwerber zuvor an dem erworbenen Unternehmen gehaltene Eigenkapitalanteil zum beizulegenden Zeitwert am Erwerbszeitpunkt neu bestimmt und der daraus resultierende Gewinn oder Verlust erfolgswirksam erfasst.

Die vereinbarte bedingte Gegenleistung wird zum Erwerbszeitpunkt zum beizulegenden Zeitwert erfasst. Nachträgliche Änderungen des beizulegenden Zeitwerts einer bedingten Gegenleistung, die einen Vermögenswert oder eine Schuld darstellt, werden in Übereinstimmung mit IAS 39 entweder in der Gewinn- und Verlustrechung oder im sonstigen Ergebnis erfasst. Eine bedingte Gegenleistung, die als Eigenkapital eingestuft ist, wird nicht neu bewertet und ihre spätere Abgeltung wird im Eigenkapital bilanziert.

KONSOLIDIERUNGSGRUNDSÄTZE VOR DEM 1. JANUAR 2010

Einzelne oben genannte Anforderungen wurden prospektiv angewandt. Nachfolgend aufgelistete Sachverhalte wurden auf Basis der bisherigen Konsolidierungsgrundsätze fortgeführt:

- Der Erwerb von Anteilen ohne beherrschenden Einfluss vor dem 1. Januar 2010 wurde nach der so genannten Parent-Entity-Extension-Methode bilanziert. Dabei wurde die Differenz zwischen dem Kaufpreis und dem Buchwert des anteiligen erworbenen Reinvermögens als Geschäfts- oder Firmenwert erfasst.
- Verluste waren den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss so lange zuzuordnen, bis deren Saldo Null war.
 Die übersteigenden Verluste waren dem Mutterunternehmen zuzuordnen, außer in Fällen, in denen die Anteile ohne beherrschenden Einfluss die Verpflichtung übernommen hatten, die Verluste auszugleichen. Die Zuordnung des vor dem 1. Januar 2010 entstandenen Verlustes zwischen den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss und den Eigentümern des Mutterunternehmens wurde nicht revidiert.
- Bei einem Beherrschungsverlust bilanzierte der Konzern die verbleibende Beteiligung in Höhe des entsprechenden Anteils am Reinvermögen zum Zeitpunkt des Beherrschungsverlusts. Der Buchwert dieser Beteiligungen zum 1. Januar 2010 wurde nicht angepasst.

Nach der bisher angewandten Methode für die Bilanzierung von Unternehmenserwerben galten im Vergleich folgende abweichende Grundsätze:

- Unternehmenszusammenschlüsse wurden unter Anwendung der Erwerbsmethode bilanziert. Direkt dem Unternehmenserwerb zuordenbare Transaktionskosten stellten einen Teil der Anschaffungskosten dar. Der Anteil ohne beherrschenden Einfluss (vormals als Minderheitsanteil bezeichnet) wurde zum entsprechenden Anteil des identifizierbaren Nettovermögens des erworbenen Unternehmens bewertet.
- Bei sukzessiven Unternehmenszusammenschlüssen erfolgte eine gesonderte Erfassung einzelner Erwerbsvorgänge. Ein zusätzlich erworbener Anteil wirkte sich nicht auf den Geschäfts- oder Firmenwert aus dem vorangegangenen Erwerbsvorgang aus.
- Wenn der Konzern ein Unternehmen erwarb, erfolgte eine Neubeurteilung der durch das erworbene Unternehmen vom Basisvertrag getrennt zu bilanzierten eingebetteten Derivate zum Erwerbszeitpunkt nur dann, wenn der Unternehmenszusammenschluss zu einer Änderung der Vertragsbedingungen führte, durch die es zu einer erheblichen Änderung der Zahlungsströme kam, die sich ansonsten aus dem Vertrag ergeben hätten.
- Eine bedingte Gegenleistung wurde nur dann erfasst, wenn der Konzern eine gegenwärtige Verpflichtung hatte, wenn mehr für einen Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen als dagegen sprach und eine verlässliche Schätzung möglich war. Nachträgliche Anpassungen der bedingten Gegenleistung wurden als Teil des Geschäfts- oder Firmenwerts ausgewiesen.

5 BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGS-METHODEN

ERMESSENSENTSCHEIDUNGEN BEI DER ANWENDUNG DER BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Finanzielle Vermögenswerte sind einzuordnen in die Kategorien "Zu Handelszwecken gehaltene Finanzinstrumente", "Ausgereichte Kredite und Forderungen", "Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte" und "Bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen".

Bei der Bewertung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen bestehen unterschiedliche Möglichkeiten zur Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste.

Zur Deckung des zusätzlichen Mittelbedarfs zur Finanzierung der vor dem 1. Januar 2002 begründeten Ansprüche auf Alters- und Hinterbliebenenversorgung über die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, Karlsruhe, nachfolgend VBL genannt, wurde eine Rückstellung für Sanierungsgelder gemäß IAS 19.32 A gebildet.

ANNAHMEN UND SCHÄTZUNGEN

Bei der Aufstellung des GASAG-Konzernabschlusses wurden Annahmen und Schätzungen verwendet, die sich auf Ausweis und Höhe der bilanzierten Vermögenswerte, Schulden, Erträge, Aufwendungen sowie der Eventualverbindlichkeiten ausgewirkt haben. Die tatsächlichen Werte können in Einzelfällen von den getroffenen Annahmen und Schätzungen abweichen. Die wichtigsten zukunftsbezogenen Annahmen sowie sonstige am Stichtag bestehende wesentliche Quellen von Schätzungsunsicherheiten, aufgrund derer ein beträchtliches Risiko besteht, dass innerhalb des nächsten Geschäftsjahres eine wesentliche Anpassung der Buchwerte von Vermögenswerten und Schulden erforderlich sein wird, werden im Anhang bei den betroffenen Sachverhalten dargestellt.

ERTRAGS- UND AUFWANDSREALISIERUNG

Die Realisierung der **Umsatzerlöse** erfolgt grundsätzlich zum Zeitpunkt der Lieferung an den Kunden bzw. mit Erbringung der Leistung. Die Leistungen gelten als erbracht und die Waren oder Erzeugnisse als geliefert, wenn die mit dem Eigentum verbundenen Risiken auf den Käufer übergegangen sind. Die Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Gas, Wärme, Wasser und Strom an Endverbraucher, Stadtwerke und Regionalversorger sowie aus den Netznutzungsentgelten werden erfasst, wenn sie vom Kunden aufgrund einer vertraglichen Vereinbarung abgenommen worden sind. Die Umsatzerlöse entsprechen dem Wert der gelieferten und abgerechneten Mengen, einschließlich der geschätzten Werte für gelieferte Mengen zwischen der letzten Abrechnung und dem Bilanzstichtag.

Zinserträge werden periodengerecht unter Berücksichtigung der Effektivverzinsung angesetzt.

Gewinnausschüttungen werden mit der Entstehung des Rechtsanspruchs auf Zahlung vereinnahmt.

Betriebliche Aufwendungen werden mit Inanspruchnahme der Leistung bzw. zum Zeitpunkt ihrer Verursachung als Aufwand erfasst.

Zinsaufwendungen werden periodengerecht in den Finanzierungsaufwendungen erfasst.

Fremdkapitalkosten werden als Teil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten von qualifizierten Vermögenswerten aktiviert. Alle sonstigen Fremdkapitalkosten werden in der Periode als Aufwand erfasst, in der sie angefallen sind.

IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE

Geschäfts- oder Firmenwerte aus der Kapitalkonsolidierung wurden für Akquisitionen vor dem 1. Januar 2010 in Übereinstimmung mit IFRS 3 in Verbindung mit IAS 36 aktiviert. Bei der erstmaligen Aktivierung erfolgte die Bewertung zu Anschaffungskosten, das heißt zu dem Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten eines Unternehmenserwerbes und dem Anteil des Erwerbers an den beizulegenden Zeitwerten der erworbenen identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualverbindlichkeiten.

Ab dem 1. Januar 2010 wird bei erstmaligem Ansatz der Geschäfts- oder Firmenwert zu Anschaffungskosten bewertet, die sich als Überschuss der übertragenen Gesamtgegenleistung und des Betrags des Anteils ohne beherrschenden Einfluss über die erworbenen identifizierbaren Vermögenswerte und übernommenen Schulden des Konzerns bemessen. Liegt diese Gegenleistung unter dem beizulegenden Zeitwert des Reinvermögens des erworbenen Tochterunternehmens, wird der Unterschiedsbetrag in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Die Geschäfts- oder Firmenwerte werden nicht planmäßig abgeschrieben. Nach dem erstmaligen Ansatz wird der Geschäfts- oder Firmenwert zu Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Wertminderungsaufwendungen bewertet. Zum Zweck des Wertminderungstests wird der im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworbene Geschäfts- oder Firmenwert ab dem Erwerbszeitpunkt den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten des Konzerns zugeordnet, die vom Unternehmenszusammenschluss erwartungsgemäß profitieren werden. Dies gilt unabhängig davon, ob andere Vermögenswerte oder Schulden des erworbenen Unternehmens diesen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordnet werden.

Einmal jährlich sowie beim Vorliegen von Anhaltspunkten, die auf eine Wertminderung schließen lassen, unterliegen Geschäfts- oder Firmenwerte, einem Impairment Test (Wertminderungstest). Dies erfordert eine Schätzung der Nutzungswerte der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten, denen der Geschäfts- oder Firmenwert zugeordnet ist. Zur Schätzung des Nutzungswertes muss die Unternehmensleitung die voraussichtlichen Cashflows der zahlungsmittelgenerierenden Einheit schätzen und darüber hinaus einen angemessenen Abzinsungssatz wählen, um den Barwert dieser Cashflows zu ermitteln.

Die Wertminderung wird durch die Bewertung des erzielbaren Betrags der zahlungsmittelgenerierenden Einheit, auf die sich der Geschäfts- oder Firmenwert bezieht, bestimmt. Der erzielbare Betrag ist der höhere Betrag aus beizulegendem Zeitwert abzüglich der Verkaufskosten und dem Nutzungswert. Ist der erzielbare Betrag einer bestimmten zahlungsmittelgenerierenden Einheit geringer als der Buchwert, so wird eine Wertberichtigung vorgenommen. Eine Wertaufholung bei den Geschäfts- oder Firmenwerten ist nach den Regelungen des IAS 36 nicht zulässig.

Grundlage für die Ermittlung der Nutzungswerte für die zahlungsmittelgenerierenden rechtlichen Einheiten sind die aktuellen mittelfristigen Planungen, welche durch die Gremien der GASAG-Konzerngesellschaften gesichtet worden sind und für interne Berichtszwecke zugrunde gelegt werden. Die mittelfristige Planungsrechnung umfasst einen Zeitraum von fünf Jahren. Die Bewertung der Wetterdaten basiert unverändert auf dem 10-jährigen rollierenden Mittel. Die Umsatz- und Bezugskostenplanungen werden beeinflusst durch die Entwicklung der Preispfade für Handels- und ölgebundene Mengen im Planungszeitraum und orientieren sich am Marktniveau (TTF und Forwards). Ab 2013 erfolgt die vollständige Beschaffung zu Marktpreisen. Aus dem verschärften Gas-zu-Gas-Wettbewerb ergibt sich ein weiterer Rückgang der Gasabsatzmengen in den Heimatmärkten, der durch Energieeinsparverhalten und Strukturwandel noch verstärkt wird. Für im Wettbewerb verlorene Gasabsatzmengen bleiben Transportmengen und Durchleitungsentgelte in der Netzgesellschaft erhalten. Die Diskontierungssätze werden

nach dem Modell Weighted Average Costs of Capital (WACC) ermittelt. Dabei wird der Eigenkapitalzins mit Hilfe des Capital Asset Pricing Model (CAPM) bestimmt und beträgt unter Verwendung eines Beta-Faktors in Höhe von 0,65 (Vj. 0,51) derzeit 6,00 Prozent (Vj. 5,56 Prozent). Die Fremdkapitalzinsen leiten sich aus Zinssätzen für langfristige Neukredite und anderen marktüblichen Fremdkapitalsätzen ab und liegen bei 3,73 Prozent (Vj. 3,73 Prozent) vor Steuern. Der Diskontierungszins ist darüber hinaus abhängig vom Verhältnis des eingesetzten Eigen- und Fremdkapitals. Der resultierende WACC liegt bei 7,98 Prozent (Vj. 7,10 Prozent) vor Steuern. Dabei ist der Abzinsungssatz zur Bewertung des Nutzungswertes eines Vermögenswertes grundsätzlich einheitlich auf den Konzern und die Bewertungszeiträume anzuwenden. Er kann angepasst werden, wenn ein Nutzungswert sensitiv auf die unterschiedlichen Risiken in den verschiedenen Perioden, auf die Laufzeitstruktur der Zinssätze sowie auf die Kapitalstruktur reagiert.

Separat erworbene immaterielle Vermögenswerte werden zu ihren Anschaffungskosten aktiviert.

Bei den im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen erworbenen immateriellen Vermögenswerten entsprechen die Anschaffungskosten dem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt. Nach dem erstmaligen Ansatz wird das Anschaffungskostenmodell angewendet.

Selbst geschaffene immaterielle Vermögenswerte werden gemäß IAS 38 nur dann angesetzt, wenn folgende Kriterien vollständig erfüllt sind:

- die technische Realisierbarkeit und Absicht der Fertigstellung,
- die Fähigkeit, den immateriellen Vermögenswert zu nutzen oder zu verkaufen,
- die Erzielung eines voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzens in Form eines Marktes oder in Bezug auf die interne Nutzung,
- die Verfügbarkeit hinreichender technischer, finanzieller und anderer Ressourcen, um die Entwicklung des immateriellen Vermögenswertes abzuschließen und
- die eindeutige Abgrenzung des entsprechenden Vermögenswertes, das heißt die der Entwicklung zurechenbaren Kosten können verlässlich ermittelt werden.

Nach der erstmaligen Aktivierung werden selbst geschaffene immaterielle Vermögenswerte nach dem Herstellungskostenmodell zu ihren fortgeführten Herstellungskosten bewertet. Die Herstellungskosten umfassen dabei alle Kosten, die der Schaffung, Herstellung und Vorbereitung des Vermögenswertes direkt zugerechnet werden können. Ausgaben für Forschung werden in der Periode als Aufwand erfasst, in der sie anfallen.

Im Falle der Modifikation bestehender Software werden die damit im Zusammenhang stehenden Kosten als Periodenaufwand erfasst, wenn lediglich der bisherige Systemzustand gewahrt bleibt.

Mit Ausnahme der bilanzierten Marken weisen alle anderen erworbenen und selbst geschaffenen immateriellen Vermögenswerte eine begrenzte wirtschaftliche Nutzungsdauer auf und werden planmäßig linear abgeschrieben. An jedem Bilanzstichtag wird bei immateriellen Vermögenswerten eingeschätzt, ob ein Anhaltspunkt dafür vorliegt, dass ein Vermögenswert wertgemindert sein könnte. Wenn ein solcher Anhaltspunkt vorliegt, wird ein Impairment Test durchgeführt.

Bei immateriellen Vermögenswerten mit unbestimmter Nutzungsdauer wird mindestens einmal jährlich für den einzelnen Vermögenswert oder auf der Ebene der zahlungsmittelgenerierenden Einheit ein Impairment Test durchgeführt. Diese immateriellen Vermögenswerte werden nicht planmäßig abgeschrieben.

Die konzerneinheitlichen Nutzungsdauern stellen sich wie folgt dar:

IMMATERIELLER VERMÖGENSWERT	NUTZUNGSDAUER
Geschäfts- oder Firmenwerte	keine
Erworbene immaterielle Vermögenswerte	5-20 Jahre
Selbst geschaffene immaterielle Vermögenswerte	5 Jahre

Die Überprüfung der Nutzungsdauern findet zum Ende eines jeden Geschäftsjahres bzw. bei einem aufgetretenen Ereignis statt; erforderliche Anpassungen werden prospektiv vorgenommen.

SACHANLAGEN

Sachanlagen werden mit Ihren Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich kumulierter planmäßiger Abschreibungen und kumulierter Wertminderungsaufwendungen bilanziert. Die Herstellungskosten von selbst erstellten Anlagen enthalten neben den Einzelkosten einen angemessenen Teil der direkt zurechenbaren Gemeinkosten. Erhaltene Baukostenzuschüsse sowie Investitionszuschüsse und -zulagen mindern die Anschaffungs- oder Herstellungskosten nicht direkt, sondern werden als passivischer Abgrenzungsposten ausgewiesen.

Bei den im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen erworbenen Sachanlagevermögen entsprechen die Anschaffungskosten dem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt. Nach dem erstmaligen Ansatz wird das Anschaffungskostenmodell angewendet.

Rückbauverpflichtungen werden in Höhe des Barwertes beim Eingehen der Verpflichtung als Bestandteil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert und ratierlich über die wirtschaftliche Nutzungsdauer des zugehörigen Vermögenswertes abgeschrieben. Wartungs- und Reparaturkosten werden als Aufwand erfasst. Erneuerungs- und Erhaltungsaufwendungen, welche die Nutzungsdauer eines Vermögenswertes verlängern, werden aktiviert

Mit Ausnahme der Grundstücke und Grunddienstbarkeiten (einschließlich der Grunddienstbarkeiten gemäß § 9 GBBerG), denen eine unbegrenzte Nutzungsdauer zugrunde liegt, werden alle Sachanlagen linear abgeschrieben.

Den planmäßigen Abschreibungen der Sachanlagen mit begrenzter Nutzungsdauer liegen konzerneinheitlich folgende wirtschaftliche Nutzungsdauern zugrunde:

SACHANLAGEN	NUTZUNGSDAUER
Bezugs-, Erzeugungs- und Verteilungsanlagen	5 – 50 Jahre
Gebäude	30 Jahre
Sonstiges Sachanlagevermögen	2-13 Jahre

Zu jedem Bilanzstichtag werden die Buchwerte der Sachanlagen auf Werthaltigkeit überprüft. Bei Hinweisen auf eine mögliche Wertminderung wird ein Impairment Test durchgeführt. Beim Wegfall der Gründe für außerplanmäßige Wertminderungen werden entsprechende Zuschreibungen bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten vorgenommen.

Ein Gegenstand des Sachanlagevermögens wird bei seinem Abgang oder, wenn aus einer fortgeführten Nutzung des Vermögenswertes kein künftiger wirtschaftlicher Nutzen zu erwarten ist, ausgebucht. Gewinne oder Verluste aus der Ausbuchung eines Vermögenswertes (ermittelt als Differenz zwischen Nettoveräußerungserlös und Buchwert) werden im Geschäftsjahr der Ausbuchung des betreffenden Vermögenswertes erfolgswirksam erfasst.

Die Überprüfung der Nutzungsdauern findet zum Ende eines jeden Geschäftsjahres bzw. bei einem aufgetretenen Ereignis statt; erforderliche Anpassungen werden prospektiv vorgenommen.

LEASING/STRUKTURIERTE TRANSAKTIONEN

Die Feststellung, ob eine Vereinbarung einen Leasing-Vorgang enthält, basiert auf der ökonomischen Substanz der Vereinbarung und erfordert eine Einschätzung, ob die Erfüllung der Vereinbarung von der Nutzung eines spezifischen Vermögenswertes abhängig ist und ob die Vereinbarung das Recht auf die Nutzung des Vermögenswertes überträgt.

Leasing-Transaktionen werden entsprechend den vertraglichen Regelungen und den daraus resultierenden Chancen und Risiken gemäß IAS 17 klassifiziert. Der GASAG-Konzern hat im Wesentlichen Leasing-Transaktionen als Leasingnehmer abgeschlossen. Sofern das wirtschaftliche Eigentum dem GASAG-Konzern zuzurechnen ist, wird das Leasingobjekt als "Finance Lease" in Höhe des beizulegenden Zeitwertes bzw. des niedrigeren Barwertes der Mindestleasingzahlungen aktiviert und linear über die wirtschaftliche Nutzungsdauer bzw., wenn zu Beginn des Leasingverhältnisses der Eigentumsübergang auf den GASAG-Konzern nicht hinreichend sicher ist, über kürzere Vertragslaufzeiten abgeschrieben. Die Pachtzahlungen stellen die ratierlichen Tilgungen der passivierten Leasingverbindlichkeiten und den Finanzierungsaufwand dar.

Alle übrigen Leasinggeschäfte, bei denen das wirtschaftliche Eigentum nicht dem GASAG-Konzern zuzurechnen ist, werden als "Operate Lease" behandelt; die Leasingraten werden in den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

Bei den strukturierten Transaktionen in der rechtlichen Form von Leasingverhältnissen handelt es sich um die Bereitstellung von Finanzierungsmitteln, mit den Vermögenswerten als Sicherheit. Demzufolge liegt gemäß IFRS kein Veräußerungsvorgang vor. Die rechtlichen Verkäufe an die finanzierenden Vertragspartner erfolgten zu Buchwerten, so dass die erhaltenen Entgelte zu keinen Erträgen führten.

ANTEILE AN ASSOZIIERTEN UNTERNEHMEN

Als Gemeinschaftsunternehmen im Sinne von IAS 31 gelten vertragliche Vereinbarungen, bei denen zwei oder mehrere Parteien eine wirtschaftliche Tätigkeit durchführen, die einer gemeinschaftlichen Führung unterliegt. Der Bilanzansatz der Anteile an Gemeinschaftsunternehmen erfolgt gemäß IAS 31.38 nach der Equity-Methode unter den at equity bilanzierten Unternehmen.

Der Bilanzansatz der Anteile an assoziierten Unternehmen und an Gemeinschaftsunternehmen, die gemäß der Equity-Methode bewertet werden, umfasst das anteilige Eigenkapital zuzüglich eines Geschäfts- oder Firmenwerts. Die Geschäfts- oder Firmenwerte werden nicht planmäßig abgeschrieben, stattdessen wird die Nettoinvestition des Konzerns beim assoziierten Unternehmen auf die Notwendigkeit eines zusätzlichen Wertminderungsaufwands untersucht.

WERTMINDERUNG VON VERMÖGENSWERTEN

Der Konzern beurteilt an jedem Bilanzstichtag, ob Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass ein Vermögenswert wertgemindert sein könnte. Liegen solche Anhaltspunkte vor oder ist eine jährliche Überprüfung eines Vermögenswerts auf Wertminderung erforderlich, wird der erzielbare Betrag geschätzt. Der erzielbare Betrag eines Vermögenswerts ist der höhere der beiden Beträge aus beizulegendem Zeitwert eines Vermögenswerts oder einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit abzüglich Veräußerungskosten und dem Nutzungswert. Übersteigt der Buchwert eines Vermögenswerts seinen erzielbaren Betrag, wird der Vermögenswert als wertgemindert betrachtet und auf seinen erzielbaren Betrag abgeschrieben. Zur Ermittlung des Nutzungswerts werden die geschätzten künftigen Cashflows unter Zugrundelegung eines Abzinsungssatzes vor Steuern, der die aktuellen Markterwartungen hinsichtlich des Zinseffektes und der spezifischen Risiken des Vermögenswerts widerspiegelt, auf ihren Barwert abgezinst.

An jedem Berichtsstichtag wird geprüft, ob Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass ein Wertminderungsaufwand, der in früheren Berichtsperioden erfasst worden ist, nicht länger besteht oder sich vermindert haben könnte. Liegt ein solcher Indikator vor, wird der erzielbare Betrag geschätzt. Ein zuvor erfasster Wertminderungsaufwand wird dann aufgehoben, wenn sich seit der Erfassung des letzten Wertminderungsaufwands eine Änderung in den Schätzungen ergeben hat, die bei der Bestimmung des erzielbaren Betrags herangezogen wurden. Wenn dies der Fall ist, wird der Buchwert des Vermögenswerts auf seinen erzielbaren Betrag erhöht. Zuschreibungen auf Geschäftsoder Firmenwerte sind nicht zulässig und werden daher nicht vorgenommen.

FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE

Finanzielle Vermögenswerte im Sinne von IAS 39 werden entweder als finanzielle Vermögenswerte, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, als ausgereichte Kredite und Forderungen, als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte oder als bis zur Endfälligkeit gehaltene Investitionen kategorisiert. Der Konzern legt die Klassifizierung seiner finanziellen Vermögenswerte mit dem erstmaligen Ansatz fest. Bei dem erstmaligen Ansatz von finanziellen Vermögenswerten werden diese zu ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet. Im Falle von anderen finanziellen Vermögenswerten als solchen, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, werden darüber hinaus Transaktionskosten berücksichtigt, die direkt dem Erwerb des Vermögenswerts zuzurechnen sind. Die Folgebewertung der finanziellen Vermögenswerte erfolgt je nach Kategorisierung zum beizulegenden Zeitwert oder zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode.

Bei marktüblichen Käufen und Verkäufen von originären finanziellen Vermögenswerten erfolgt die Bilanzierung zum Erfüllungstag und damit zu dem Tag, an dem der Vermögenswert geliefert und die Schuld beglichen wird. Marktübliche Käufe oder Verkäufe sind Transaktionen in finanziellen Vermögenswerten, bei denen die Lieferung der Vermögenswerte innerhalb eines durch Marktvorschriften oder -konventionen festgelegten Zeitraums stattfindet.

ERFOLGSWIRKSAM ZUM BEIZULEGENDEN ZEITWERT BEWERTETE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE

Bei den kurzfristigen zu Handelszwecken gehaltenen Wertpapieren und sonstigen kurzfristigen finanziellen Vermögenswerten, die als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte bilanziert werden, erfolgt der erstmalige Ansatz zum beizulegenden Zeitwert. Die Folgebewertung dieser Instrumente erfolgt ebenfalls zum beizulegenden Zeitwert. Entstehende Bewertungsgewinne beziehungsweise -verluste werden sofort erfolgswirksam im Finanzergebnis ausgewiesen.

Die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte werden dahingehend überprüft, ob die Absicht, diese in naher Zukunft zu veräußern, noch angemessen ist. Wenn diese finanziellen Vermögenswerte aufgrund inaktiver Märkte nicht gehandelt werden können und die Absicht, diese in absehbarer Zukunft zu veräußern, aufgegeben wird, können sie unter außergewöhnlichen Umständen umgegliedert werden. Die Umgliederung dieser Vermögenswerte in Kredite und Forderungen, zur Veräußerung verfügbar oder bis zur Endfälligkeit gehalten ist abhängig von der Art des Vermögenswertes. Vom Wahlrecht der Umgliederung des IAS 39.50 ff. hat der GASAG-Konzern keinen Gebrauch gemacht.

BIS ZUR ENDFÄLLIGKEIT GEHALTENE FINANZINVESTITIONEN

Die finanziellen Vermögenswerte der Kategorie bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen werden in den Folgeperioden zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode bewertet. Während der Laufzeit auftretende Wertschwankungen sind nur erfolgswirksam zu erfassen, wenn das Finanzinstrument verkauft wird oder eine dauerhafte Wertminderung vorliegt. Auf eine Überprüfung bezüglich einer Wertminderung wird verzichtet, sofern ein Börsen- oder Marktpreis vorliegt, der den Wert des Finanzinstruments ausreichend abbildet. Eine zinsbedingte Wertänderung führt nicht zu einer Wertminderung im Sinne des IAS 39.

AUSGEREICHTE KREDITE UND FORDERUNGEN

Sonstige Ausleihungen, die der Kategorie ausgereichte Kredite und Forderungen zugeordnet sind, werden in Folgeperioden zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode bilanziert. Entstehende Gewinne oder Verluste werden nur im Periodenergebnis erfasst, wenn der finanzielle Vermögenswert ausgebucht, wertgemindert oder amortisiert wird.

Gibt es einen objektiven Hinweis, dass eine Wertminderung bei mit fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten ausgereichten Krediten und Forderungen eingetreten ist, ergibt sich die Höhe der Verluste als Differenz zwischen dem Buchwert des Vermögenswerts und dem Barwert der erwarteten künftigen Cashflows (mit Ausnahme künftiger, noch nicht eingetretener Kreditausfälle), abgezinst mit dem ursprünglichen Effektivzinssatz des finanziellen Vermögenswerts (das heißt dem bei erstmaligem Ansatz ermittelten Zinssatz). Der Buchwert des Vermögenswerts ist entweder direkt oder unter Verwendung eines Wertberichtigungskontos zu reduzieren. Der Verlustbetrag ist ergebniswirksam zu erfassen.

ZUR VERÄUSSERUNG VERFÜGBARE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte sind jene nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte, die nicht in eine der drei vorstehend genannten Kategorien eingestuft sind.

Die Bewertung von langfristigen Wertpapieren der Klasse **zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere** erfolgt zum beizulegenden Zeitwert. Gewinne oder Verluste aus Änderungen des beizulegenden Zeitwertes werden direkt im Eigenkapital bilanziert, wenn die zur Veräußerung verfügbaren Wertpapiere nicht Teil einer Sicherungsbeziehung sind. Zum Zeitpunkt des Verkaufes und bei dauerhaften Wertminderungen werden die im Eigenkapital aufgelaufenen Gewinne oder Verluste erfolgswirksam im Periodenergebnis erfasst.

Die langfristigen **Finanzinvestitionen in nicht notierte Eigenkapitalinstrumente** sind der Kategorie "zur Veräußerung verfügbar" zugeordnet. Die Bewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert. Die Gewinn- beziehungsweise Verlustrealisierung erfolgt analog zu den Wertpapieren, die als "zur Veräußerung verfügbar" kategorisiert werden.

Ist ein zur Veräußerung verfügbarer Vermögenswert in seinem Wert signifikant und anhaltend gemindert, wird ein im Eigenkapital erfasster Betrag in Höhe der Differenz zwischen den Anschaffungskosten (abzüglich etwaiger Tilgungen und Amortisationen) und dem aktuellen beizulegenden Zeitwert, abzüglich etwaiger, bereits früher ergebniswirksam erfasster Wertberichtigungen dieses finanziellen Vermögenswerts in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Das Kriterium "signifikant" wird anhand der ursprünglichen Anschaffungskosten der Finanzinvestition beurteilt und das Kriterium "anhaltend" anhand des Zeitraums, in dem der beizulegende Zeitwert unter den ursprünglichen Anschaffungskosten lag. Wertaufholungen bei Eigenkapitalinstrumenten, die als zur Veräußerung verfügbar eingestuft sind, werden nicht im Periodenergebnis erfasst. Wertaufholungen bei Schuldinstrumenten werden ergebniswirksam erfasst, wenn sich der Anstieg des beizulegenden Zeitwerts des Instruments objektiv auf ein Ereignis zurückführen lässt, das nach der ergebniswirksamen Erfassung der Wertminderung aufgetreten ist.

Die zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte werden dahingehend überprüft, ob die Möglichkeit und Absicht, diese in naher Zukunft zu veräußern, noch angemessen ist. Wenn diese finanziellen Vermögenswerte aufgrund inaktiver Märkte nicht gehandelt werden können und die Absicht, diese in absehbarer Zukunft zu veräußern, sich wesentlich ändert, können sie unter außergewöhnlichen Umständen umgegliedert werden. Vom Wahlrecht der Umgliederung des IAS 39.50 ff. in die anderen Kategorien hat der GASAG-Konzern keinen Gebrauch gemacht.

Ein finanzieller Vermögenswert (beziehungsweise ein Teil eines finanziellen Vermögenswerts oder ein Teil einer Gruppe ähnlicher finanzieller Vermögenswerte) wird gemäß IAS 39.17 ausgebucht, wenn eine der drei folgenden Voraussetzungen erfüllt ist:

- Die vertraglichen Rechte auf Cashflows aus einem finanziellen Vermögenswert sind ausgelaufen.
- Der Konzern behält die vertraglichen Rechte auf den Bezug von Cashflows aus finanziellen Vermögenswerten zurück, übernimmt jedoch eine vertragliche Verpflichtung zur Zahlung der Cashflows ohne wesentliche Verzögerungen an eine dritte Partei im Rahmen einer Vereinbarung, die die Bedingungen in IAS 39.19 erfüllt.
- Der Konzern hat seine vertraglichen Rechte auf Cashflows aus einem finanziellen Vermögenswert übertragen und hat (a) im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum am finanziellen Vermögenswert verbunden sind, übertragen oder hat (b) im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum am finanziellen Vermögenswert verbunden sind, weder übertragen noch zurückbehalten, jedoch die Verfügungsmacht über den Vermögenswert übertragen.

Wenn der Konzern seine vertraglichen Rechte auf Cashflows aus einem Vermögenswert überträgt und im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an diesem Vermögenswert verbunden sind, weder überträgt noch zurückbehält und auch die Verfügungsmacht an dem übertragenen Vermögenswert zurückbehält, erfasst der Konzern den übertragenen Vermögenswert weiter im Umfang seines anhaltenden Engagements.

Wenn das anhaltende Engagement der Form nach den übertragenen Vermögenswert garantiert, ist der Umfang des anhaltenden Engagements der niedrigere aus dem ursprünglichen Buchwert des Vermögenswerts und dem Höchstbetrag der erhaltenen Gegenleistung, den der Konzern eventuell zurückzahlen müsste. Wenn das anhaltende Engagement der Form nach eine geschriebene und/oder eine erworbene Option (einschließlich einer Option, die durch Barausgleich oder auf ähnliche Weise erfüllt wird) auf den übertragenen Vermögenswert ist, so ist der Umfang des anhaltenden Engagements des Konzerns der Betrag des übertragenen Vermögenswerts, den das Unternehmen zurückkaufen kann. Im Fall einer geschriebenen Verkaufsoption (einschließlich einer Option, die durch Barausgleich oder auf ähnliche Weise erfüllt wird) auf einen Vermögenswert, der zum beizulegenden Zeitwert bewertet wird, ist der Umfang des anhaltenden Engagements des Konzerns allerdings auf den niedrigeren Betrag aus beizulegendem Zeitwert des übertragenen Vermögenswerts und Ausübungspreis der Option begrenzt.

DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE UND SICHERUNGSBEZIEHUNGEN

Derivative Finanzinstrumente werden als **zu Handelszwecken gehalten** klassifiziert, es sei denn, es handelt sich hierbei um Derivate, die als Sicherungsinstrument designiert wurden und als solche effektiv sind. Gewinne oder Verluste aus finanziellen Vermögenswerten oder finanziellen Schulden, die zu Handelszwecken gehalten werden, werden erfolgswirksam erfasst. Der erstmalige Ansatz erfolgt zum Handelstag. Derivate mit positiven beizulegenden Zeitwerten werden auf der Aktivseite und mit negativen beizulegenden Zeitwerten auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen. Die Folgebewertung der Derivate wird erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert durchgeführt.

Zum Zwecke der Bilanzierung von derivativen Finanzinstrumenten, welche die Kriterien für eine Bilanzierung von Sicherungsgeschäften erfüllen, werden folgende Arten der Sicherungsbeziehungen unterschieden:

- Absicherung des beizulegenden Zeitwerts (Fair Value Hedge),
- Absicherung von Cashflows (Cashflow Hedge).

Der GASAG-Konzern hat im Geschäftsjahr 2011 ausschließlich Cashflow Hedges eingesetzt. Im Geschäftsjahr 2010 wurden neben den Cashflow Hedges auch Fair Value Hedges unterjährig verwendet.

Beim **Cashflow Hedge** werden Änderungen zukünftiger Zahlungsströme finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Schulden gesichert. Das Sicherungsgeschäft wird zum beizulegenden Zeitwert bilanziert. Sich daraus ergebende Änderungen des beizulegenden Zeitwertes des ineffektiven Teils werden in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Die Änderungen des effektiv gesicherten Teils werden dagegen erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Die ursprünglich im Eigenkapital ausgewiesenen Gewinne oder Verluste des Hedges werden erst im Periodenergebnis erfolgswirksam erfasst, wenn die Gewinne oder Verluste des effektiv gesicherten Grundgeschäfts erfolgswirksam werden.

Wird mit dem Eintritt der vorhergesehenen Transaktion nicht länger gerechnet, werden die zuvor im Eigenkapital erfassten Beträge im Periodenergebnis erfasst. Wenn das Sicherungsinstrument ausläuft oder veräußert, beendet oder ohne Ersatz oder ein Überrollen eines Sicherungsinstruments in ein anderes Sicherungsinstrument ausgeübt wird oder wenn der Konzern die Designation eines Sicherungsinstruments zurückzieht, verbleiben die zuvor ausgewiesenen Beträge solange als gesonderter Posten im Eigenkapital, bis die vorhergesehene Transaktion eingetreten ist. Wird mit dem Eintritt der erwarteten Transaktion nicht mehr gerechnet, so wird der Betrag ergebniswirksam erfasst.

Mit **Fair Value Hedges** werden bilanzierte Vermögenswerte oder Schulden gegen das Risiko einer Änderung des beizulegenden Zeitwertes abgesichert. Auch die Absicherung von bilanzunwirksamen festen Verpflichtungen wird als Fair Value Hedge bilanziert. Bei Fair Value Hedges werden Änderungen der beizulegenden Zeitwerte sowohl der Sicherungsgeschäfte als auch der dazugehörigen Grundgeschäfte in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Das bedeutet, Gewinne und Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert der Sicherungsgeschäfte werden in denselben Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen, wie die aus der Bewertung des abgesicherten Grundgeschäfts. Die Änderungen des beizulegenden Zeitwertes des abgesicherten Grundgeschäfts müssen sich dabei auf den abgesicherten Teil des Gesamtrisikos beziehen. Werden bilanzunwirksame feste Verpflichtungen abgesichert, führen Änderungen des beizulegenden Zeitwertes der festen Verpflichtung im Hinblick auf das abgesicherte Risiko zum erfolgswirksamen Ansatz eines Vermögenswertes oder einer Schuld.

Beendet ist eine Hedge Beziehung, wenn die Anforderungen für das Hedge Accounting nicht mehr erfüllt werden oder wenn Sicherungs- oder Grundgeschäft auslaufen, veräußert oder ausgeübt werden.

EINGEBETTETE DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE

Der Konzern hält Bezugsverträge für Gaslieferungen mit unterschiedlichen Vorlieferanten und Laufzeiten. Es handelt sich hierbei gemäß IAS 39 um Verträge, die zum Zweck des Empfangs oder der Lieferung von nicht finanziellen Posten gemäß des erwarteten Einkaufs-, Verkaufs- oder Nutzungsbedarfs abgeschlossen wurden und weiterhin diesem Zweck dienen (own use). Sie werden nicht als Derivate nach IAS 39, sondern als schwebende Geschäfte gemäß IAS 37 bilanziert.

Bei Vertragsabschluss und wesentlichen Veränderungen der Bezugsverträge werden diese daraufhin untersucht, ob ein eingebettetes Derivat entsprechend IFRIC 9 vorliegt.

Die in den Verträgen enthaltenen Volumenflexibilitäten fallen unter die own use exemption und werden nicht abgetrennt.

Die Gasverträge enthalten des Weiteren ölbasierte Preisindexierungen. Infolge der bislang fehlenden Liquidität an uns zugänglichen Handelsmärkten bezogen auf die den langfristigen Bezugsverträgen zugrunde liegenden Mengen wurden die in diesen Erdgaslieferungsverträgen enthaltenen Preisformeln keiner Marktpreisbewertung unterzogen.

Die in den kurzfristigen Beschaffungsgeschäften enthaltenen ölbasierten Preisformeln werden aufgrund der vorhandenen Liquidität am kurzfristigen Handelsmarkt einer Marktpreisbewertung unterzogen.

VORRÄTE

Vorräte werden mit dem niedrigeren Wert aus Anschaffungs- oder Herstellungskosten und Nettoveräußerungswert bewertet. Die Anschaffungs- und Herstellungskosten sind Kosten, die angefallen sind, um das Produkt an seinen derzeitigen Ort zu verbringen oder in seinen derzeitigen Zustand zu versetzen. Die Anschaffungskosten der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe entsprechen den gewogenen Durchschnittspreisen. Die Bewertung der Erdgasvorräte erfolgt zu Durchschnittswerten oder zu niedrigeren Marktwerten. Die Herstellungskosten der unfertigen Leistungen enthalten Material- und Lohneinzelkosten sowie angemessene Teile der Fertigungsgemeinkosten basierend auf der normalen Kapazität ohne Berücksichtigung von Fremdkapitalkosten. Der Nettoveräußerungswert ist der geschätzte, im normalen Geschäftsgang erzielbare Verkaufserlös abzüglich der geschätzten Kosten bis zur Fertigstellung und der geschätzten notwendigen Vertriebskosten.

FORDERUNGEN AUS LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN UND SONSTIGE FORDERUNGEN

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen werden mit dem ursprünglichen Rechnungsbetrag abzüglich Wertberichtigungen bewertet. Die Wertberichtigungen tragen den erwarteten Ausfallrisiken hinreichend Rechnung; konkrete Ausfälle führen zur Ausbuchung der betreffenden Forderungen. Im Rahmen von Wertberichtigungen werden finanzielle Vermögenswerte, für welche ein potenzieller Abwertungsbedarf besteht, anhand gleichartiger Ausfallrisikoeigenschaften gruppiert und gemeinsam auf Wertminderungen untersucht sowie ggf. wertberichtigt. Bei der dazu notwendigen Ermittlung der erwarteten zukünftigen Cashflows der Portfolien werden neben den vertraglich vorgesehenen Zahlungsströmen auch historische Ausfallerfahrungen berücksichtigt. Wertberichtigungen werden unter Verwendung von Wertberichtigungskonten vorgenommen.

Die bilanzielle Abgrenzung auf zum Stichtag noch nicht berechnete Erdgas-, Wärme-, Strom- und Wasserverbräuche der Tarif- und Sondervertragskunden ist auf der Basis einer DV-gestützten Individualhochrechnung durchgeführt worden.

LIQUIDE MITTEL

Die liquiden Mittel enthalten Schecks, Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten und kurzfristige Geldanlagen mit ursprünglichen Laufzeiten von höchstens drei Monaten.

Für Zwecke der Konzernkapitalflussrechnung umfassen Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente die oben definierten liquiden Mittel sowie die kurzfristigen verzinslichen notierten Wertpapiere mit Restlaufzeiten von bis zu drei Monaten (kurzfristige Investitionen in Geld- und Kapitalmarktinstrumente).

ZUR VERÄUSSERUNG GEHALTENE VERMÖGENSWERTE

Als zur Veräußerung gehalten klassifizierte Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen sind mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten zu bewerten. Langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen werden als zur Veräußerung gehalten klassifiziert, wenn der zugehörige Buchwert überwiegend durch ein Veräußerungsgeschäft und nicht durch fortgesetzte Nutzung realisiert wird. Dies ist dann der Fall, wenn die Veräußerung höchstwahrscheinlich und der Vermögenswert oder die Veräußerungsgruppe im gegenwärtigen Zustand sofort veräußerbar ist und der Verkauf innerhalb eines Jahres ab dem Zeitpunkt der Zuordnung abgeschlossen sein wird.

Da der Buchwert der abnutzbaren Vermögenswerte durch den Verkauf und nicht durch die Nutzung realisiert wird, endet die planmäßige Abschreibung zum Zeitpunkt der Umklassifizierung. Korrespondierende Schulden oder Abgrenzungsposten werden als "Schulden im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten" ausgewiesen.

STEUERN

TATSÄCHLICHE STEUERERSTATTUNGSANSPRÜCHE UND STEUERSCHULDEN

Die tatsächlichen Steuererstattungsansprüche und Steuerschulden für die laufende Periode und für frühere Perioden sind mit dem Betrag zu bewerten, in dessen Höhe eine Erstattung von den Steuerbehörden bzw. eine Zahlung an die Steuerbehörden erwartet wird. Der Berechnung des Betrags werden die Steuersätze und Steuergesetze zugrunde gelegt, die am Bilanzstichtag gelten.

LATENTE STEUERN

Die Bildung latenter Steuern erfolgt unter Anwendung der bilanzorientierten Verbindlichkeitsmethode auf alle zum Bilanzstichtag bestehenden temporären Differenzen zwischen dem Wertansatz eines Vermögenswerts bzw. einer Schuld in der Bilanz und dem steuerlichen Wertansatz.

Latente Steuerschulden werden für alle zu versteuernden temporären Differenzen erfasst. Hierzu gibt es folgende Ausnahmen:

- Die latente Steuerschuld aus dem erstmaligen Ansatz eines Geschäfts- oder Firmenwerts oder eines Vermögenswerts oder einer Schuld bei einem Geschäftsvorfall, der kein Unternehmenszusammenschluss ist und der zum Zeitpunkt des Geschäftsvorfalls weder das handelsrechtliche Periodenergebnis noch das zu versteuernde Ergebnis beeinflusst, darf nicht angesetzt werden.
- Die latente Steuerschuld aus zu versteuernden temporären Differenzen, die im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und Anteilen an Gemeinschaftsunternehmen stehen, darf nicht angesetzt werden, wenn der zeitliche Verlauf der Umkehrung der temporären Differenzen gesteuert werden kann und es wahrscheinlich ist, dass sich die temporären Unterschiede in absehbarer Zeit nicht umkehren werden.

Latente Steueransprüche werden für alle abzugsfähigen temporären Unterschiede, noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträge und nicht genutzten Steuergutschriften in dem Maße erfasst, in dem es wahrscheinlich ist, dass zu versteuerndes Einkommen verfügbar sein wird, gegen das die abzugsfähigen temporären Differenzen und die noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträge und Steuergutschriften verwendet werden können. Hierzu gibt es folgende Ausnahmen:

- Latente Steueransprüche aus abzugsfähigen temporären Differenzen, die aus dem erstmaligen Ansatz eines Vermögenswerts oder einer Schuld bei einem Geschäftsvorfall entstehen, der kein Unternehmenszusammenschluss ist und der zum Zeitpunkt des Geschäftsvorfalls weder das handelsrechtliche Periodenergebnis noch das zu versteuernde Ergebnis beeinflusst, dürfen nicht angesetzt werden.
- Latente Steueransprüche aus zu versteuernden temporären Differenzen, die im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und Anteilen an Gemeinschaftsunternehmen im Zusammenhang stehen, dürfen nur in dem Umfang erfasst werden, in dem es wahrscheinlich ist, dass sich die temporären Unterschiede in absehbarer Zeit umkehren werden und ein ausreichendes zu versteuerndes Ergebnis zur Verfügung stehen wird, gegen das die temporären Differenzen verwendet werden können.

Der Buchwert der latenten Steueransprüche wird an jedem Bilanzstichtag überprüft und in dem Umfang reduziert, in dem es nicht mehr wahrscheinlich ist, dass ein ausreichendes zu versteuerndes Ergebnis zur Verfügung stehen wird, gegen das der latente Steueranspruch zumindest teilweise verwendet werden kann. Nicht angesetzte latente Steueransprüche werden an jedem Bilanzstichtag überprüft und in dem Umfang angesetzt, in dem es wahrscheinlich geworden ist, dass ein künftiges zu versteuerndes Ergebnis die Realisierung des latenten Steueranspruches ermöglicht.

Latente Steueransprüche und -schulden werden anhand der Steuersätze bemessen, deren Gültigkeit für die Periode, in der ein Vermögenswert realisiert oder eine Schuld erfüllt wird, erwartet wird. Dabei werden die Steuersätze (und Steuervorschriften) zugrunde gelegt, die zum Bilanzstichtag gültig oder angekündigt sind.

Ertragsteuern, die sich auf Posten beziehen, die direkt im Eigenkapital erfasst werden, werden im Eigenkapital und nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Latente Steueransprüche und latente Steuerschulden werden miteinander verrechnet, wenn der Konzern einen einklagbaren Anspruch auf Aufrechnung der tatsächlichen Steuererstattungsansprüche gegen tatsächliche Steuerschulden hat und diese sich auf Ertragsteuern des gleichen Steuersubjektes beziehen, die von derselben Steuerbehörde erhoben werden.

UMSATZSTEUER

Umsatzerlöse, Aufwendungen und Vermögenswerte werden nach Abzug von Umsatzsteuern erfasst. Hierzu gibt es folgende Ausnahmen:

- wenn beim Kauf von Gütern oder Dienstleistungen angefallene Umsatzsteuer nicht von den Steuerbehörden eingefordert werden kann, wird die Umsatzsteuer als Teil der Herstellungskosten des Vermögenswerts bzw. als Teil der Aufwendungen erfasst; und
- Forderungen und Schulden werden mitsamt dem darin enthaltenen Umsatzsteuerbetrag angesetzt.

Der Umsatzsteuerbetrag, der von der Steuerbehörde erstattet wird oder an diese abgeführt wird, wird unter den Forderungen oder Schulden in der Bilanz erfasst.

PASSIVISCHER ABGRENZUNGSPOSTEN

Die Darstellung der Zuwendungen für Vermögenswerte im GASAG-Konzern erfolgt als passivischer Abgrenzungsposten. In diesem Posten sind neben den Investitionszulagen der öffentlichen Hand auch die aus der NDAV (Verordnung über Allgemeine Bedingungen für den Netzanschluss und dessen Nutzung für die Gasversorgung in Niederdruck) und den Konzessionsverträgen resultierenden Baukosten- und Investitionszuschüsse Dritter enthalten. Die Zuwendungen der öffentlichen Hand werden gemäß der Regelungen des IAS 20 und die Zuwendungen Dritter gemäß IFRIC 18 bilanziert.

Die passivierten Abgrenzungsposten werden entsprechend der folgenden sich aus den dazugehörigen Vermögenswerten abgeleiteten Nutzungsdauern ergebniswirksam unter den sonstigen betrieblichen Erträgen aufgelöst:

ART DER ZUWENDUNG	WIRTSCHAFTLICHE NUTZUNGSDAUER/ AUFLÖSUNGSZEITRAUM DER ZUWENDUNG
Zuwendungen der öffentlichen Hand	
Investitionszulagen	je nach Anlagegut
Zuwendungen Dritter	
Baukosten- / Investitionszuschüsse	45 Jahre
(lt. NDAV und Konzessionsverträge)	
Sonstige Investitionszuschüsse	je nach Anlagegut

Die für das Rohrnetz und die Hausanschlüsse anfallenden Baukosten- und Investitionszuschüsse werden über die Dauer von 45 Jahren aufgelöst, da diese im überwiegenden Teil den Mittel- und Niederdruckbereich betreffen.

RÜCKSTELLUNGEN

Rückstellungen werden für eine gegenwärtige Verpflichtung der Gesellschaft (rechtlich oder faktisch) infolge eines in der Vergangenheit liegenden Ereignisses angesetzt oder wenn es wahrscheinlich ist, dass sich aus der Erfüllung einer gegenwärtigen Verpflichtung ein Abfluss von Ressourcen ergibt, die einen wirtschaftlichen Nutzen enthalten und der Erfüllungsbetrag verlässlich ermittelt werden kann. Ist eine teilweise oder vollständige Erstattung einer Rückstellung so gut wie sicher, beispielsweise im Rahmen eines Versicherungsvertrages, so wird die Erstattung als separater Vermögenswert angesetzt.

Die **Rückstellungen für leistungsorientierte Versorgungspläne** werden entsprechend IAS 19 nach der Projected-Unit-Credit-Methode berechnet. Dieses Verfahren berücksichtigt neben den am Bilanzstichtag bekannten Renten und Anwartschaften auch zukünftig zu erwartende Gehalts- und Rentensteigerungen. Die Rückstellungen werden mit dem Planvermögen saldiert ausgewiesen. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden entsprechend der Korridormethode gemäß IAS 19.92, soweit sie zehn Prozent des höheren Betrags aus dem Verpflichtungsumfang oder dem Zeitwert des Planvermögens zu Beginn des Geschäftsjahres übersteigen, über die durchschnittliche Restlebensarbeitszeit der in der Rückstellung berücksichtigten Belegschaft erfolgswirksam erfasst. Der Dienstzeitaufwand wird im Personalaufwand ausgewiesen, der Zinsanteil der Rückstellungszuführung im Finanzergebnis.

Die betriebliche Altersversorgung der Mitarbeiter über die VBL ist aufgrund der Subsidiärverpflichtung nach IAS 19 als ein leistungsorientierter gemeinschaftlicher Versorgungsplan mehrerer Arbeitgeber zu werten. Aufgrund von fehlenden Informationen für die Bilanzierung der betrieblichen Altersversorgung der VBL als einen leistungsorientierten Plan wird diese als ein **beitragsorientierter Versorgungsplan** behandelt. Die Beiträge an die VBL werden jährlich in Höhe der Umlagen im Aufwand erfasst. Für die an die VBL zu zahlenden Sanierungsgelder wird eine Rückstellung nach IAS 19.32A bilanziert.

Die Rückstellungen für die **Verpflichtungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses** sowie **andere langfristige Leistungen an Arbeitnehmer** beinhalten die Verpflichtungen aus der Altersteilzeit, nachfolgend ATZ genannt. Es handelt sich dabei um Leistungen zur Förderung des freiwilligen vorzeitigen Ausscheidens der Arbeitnehmer. Die Rückstellungen werden auf Grundlage der Betriebsvereinbarungen für alle Mitarbeiter gebildet, die bereits einen ATZ-Vertrag abgeschlossen haben oder die voraussichtlich die Regelung in Anspruch nehmen werden. Bei der Ermittlung der Rückstellung werden für laufende Fälle Abfindungen, Aufstockungsbeträge sowie Entgeltverpflichtungen, für geregelte und ungeregelte Fälle Abfindungen und Aufstockungsbeträge bilanziert. Die Bewertung erfolgt auf Basis von versicherungsmathematischen Gutachten gemäß IAS 19. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden gemäß IAS 19.127 bzw. IAS 19.137 sofort erfasst. Der auf die Erfüllungsrückstände entfallende Teil der Altersteilzeitrückstellung wird mit dem Planvermögen saldiert ausgewiesen. Überschreitet das Planvermögen die entsprechende Verpflichtung, wird der überschießende Betrag als finanzieller Vermögenswert ausgewiesen.

Die **übrigen Rückstellungen** berücksichtigen sämtliche am Bilanzstichtag erkennbaren rechtlichen oder faktischen Verpflichtungen gegenüber einer anderen Partei aufgrund von Ereignissen der Vergangenheit, die der Höhe nach und/oder im Hinblick auf den Eintrittszeitpunkt unsicher sind. Die Rückstellungen werden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt. Die Bewertung erfolgt mit dem Erwartungswert bzw. mit dem Betrag, der über die höchste Eintrittswahrscheinlichkeit verfügt.

Die langfristigen Rückstellungen werden mit ihrem auf den Bilanzstichtag abgezinsten Erfüllungsbetrag bilanziert. Die Abzinsungssätze spiegeln jeweils die aktuellen Markterwartungen im Hinblick auf den Zinseffekt sowie gegebenenfalls die für die Rückstellung spezifischen Risiken wider. Die Aufzinsungsbeträge werden im Finanzergebnis ausgewiesen. Folgende Sätze vor Steuern wurden der Barwertermittlung zugrunde gelegt:

BERICHTSJAHR/LAUFZEIT	BIS ZU 5 JAHREN	5 BIS 10 JAHRE	ÜBER 10 JAHRE
2011	3,80%	4,60%	5,20%
2010	4,20%	4,80%	5,20%

Davon ausgenommen sind die Rückstellungen für leistungsorientierte Versorgungspläne, für die gemäß IAS 19.78 besondere Regelungen angewandt werden.

Gemäß IFRIC 1 (Interpretation über die Bilanzierung von bestehenden Stilllegungs-, Wiederherstellungs- und ähnlichen Verpflichtungen) werden geänderte Schätzungen, die auf eine Anpassung im Hinblick auf den zeitlichen Mittelabfluss, die Höhe des Mittelabflusses oder die Höhe des für die Barwertermittlung heranzuziehenden Zins-

satzes zurückzuführen sind, sowohl bei den Rückstellungen selbst als auch in gleicher Höhe bei den betreffenden, unter Sachanlagen bilanzierten Vermögenswerten berücksichtigt. Hat die Anpassung eine Verminderung des Buchwertes zur Folge und liegt der Anpassungsbetrag über dem des Restbuchwertes des Vermögenswertes, so ist der übersteigende Betrag direkt erfolgswirksam als Aufwand zu erfassen.

FINANZIELLE SCHULDEN

Bei der erstmaligen Erfassung **finanzieller Schulden** werden diese mit dem beizulegenden Zeitwert der erhaltenen Gegenleistung zuzüglich der mit der Kreditaufnahme verbundenen Transaktionskosten bewertet. Nach der erstmaligen Erfassung werden die finanziellen Schulden zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode bewertet. Gewinne und Verluste werden nur im Periodenergebnis erfasst, wenn die Schulden ausgebucht werden, sowie im Rahmen von Amortisationen.

Schulden aus den strukturierten Transaktionen werden bei erstmaliger Erfassung in der Höhe der erhaltenen finanziellen Mittel bilanziert. Schulden aus den Finanzierungsleasingverträgen werden in Höhe des Barwerts der künftigen Mindestleasingzahlungen zum Zeitpunkt der Aktivierung des Vertragsgegenstandes bilanziert. Die Folgebewertung erfolgt in der Weise, dass die künftigen Pacht- und Leasingzahlungen so in ihre Bestandteile der Finanzierungsaufwendungen und der Tilgung der Schuld aufgeteilt werden, dass der verbleibende Restbuchwert der Schuld mit einem konstanten Zinssatz verzinst wird. Die Finanzierungsaufwendungen werden sofort aufwandswirksam erfasst.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben in der Regel eine Fälligkeit von bis zu 30 Tagen. Die Zugangsbewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert. Die Folgebewertung von Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten.

Eine finanzielle Schuld wird ausgebucht, wenn die dieser Schuld zugrunde liegende Verpflichtung erfüllt, gekündigt oder erloschen ist. Wird eine bestehende finanzielle Schuld durch eine andere finanzielle Schuld desselben Kreditgebers mit substanziell verschiedenen Vertragsbedingungen ausgetauscht oder werden die Bedingungen einer bestehenden Schuld wesentlich geändert, wird ein solcher Austausch oder eine solche Änderung als Ausbuchung der ursprünglichen Schuld und Ansatz einer neuen Schuld behandelt. Die Differenz zwischen den jeweiligen Buchwerten wird im Periodenergebnis erfasst.

EVENTUALVERBINDLICHKEITEN, SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN UND EVENTUALFORDERUNGEN

Eventualverbindlichkeiten sind mögliche oder bestehende Verpflichtungen, die auf vergangenen Ereignissen beruhen und bei denen ein Ressourcenabfluss nicht wahrscheinlich ist. Sofern sie nicht durch einen Unternehmenszusammenschluss erworben wurden, werden sie nicht in der Bilanz erfasst, sondern im Anhang gezeigt. Die angegebenen Verpflichtungsvolumen bei den Eventualverbindlichkeiten entsprechen dem am Bilanzstichtag bestehenden Haftungsumfang.

Unter den **sonstigen finanziellen Verpflichtungen** sind künftige (garantierte) Zahlungsansprüche Dritter gegenüber den Konzerngesellschaften zu verstehen. Es handelt sich um solche Verpflichtungen, die weder (zurzeit) bilanziell passivierungsfähig sind noch Eventualschulden darstellen.

Eventualforderungen sind mögliche Vermögenswerte, die aus Ereignissen der Vergangenheit resultieren und deren Existenz durch das Eintreten oder Nichteintreten unsicherer künftiger Ereignisse bedingt ist.

FREMDWÄHRUNGSUMRECHNUNG

Die funktionale Währung und Berichtswährung der Gesellschaft ist Euro (€). Transaktionen in Fremdwährungen werden zum Wechselkurs am Tag der Transaktion ausgewiesen. Monetäre Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in Fremdwährungen werden zum Wechselkurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Unterschiedsbeträge aus Währungsumrechnung werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

6 ERLÄUTERUNG ZUR GESAMTERGEBNIS-RECHNUNG

(1) UMSATZERLÖSE

	2011 T€	2010 T€
Erdgaslieferung	977.781	969.184
Wärme- und Stromlieferung	93.336	105.139
Netznutzungsentgelte	73.397	66.579
Übrige	20.119	20.857
	1.164.633	1.161.759

Die Umsatzerlöse resultieren im Wesentlichen aus Erdgaslieferungen. Davon entfallen auf das Stadtgebiet Berlin 578.171 Tausend Euro (Vj. 652.290 Tausend Euro), auf andere Bundesländer 329.747 Tausend Euro (Vj. 263.101 Tausend Euro) und auf andere Gasversorgungsunternehmen 69.863 Tausend Euro (Vj. 53.793 Tausend Euro).

Die übrigen Umsatzerlöse enthalten im Wesentlichen Umsatzerlöse aus erbrachten Bau- und Dienstleistungen.

(2) SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

	2011 T€	2010 T€
Auflösung von Rückstellungen	26.162	12.524
Auflösung passivischer Abgrenzungsposten	7.738	7.168
Erstattung für Mahn- und Gerichtskosten	3.601	3.853
Aktivierte Eigenleistungen	3.077	2.680
Ausbuchung von abgegrenzten Verbindlichkeiten	3.619	5.640
Marketingzuschüsse	5.487	3.487
Vermietung und Verpachtung	582	675
Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen	33	264
Übrige	26.109	11.896
	76.408	48.187

Die Auflösung von Rückstellungen beinhaltet größtenteils die Ausbuchung von Rückforderungsansprüchen in Höhe von 17.808 Tausend Euro (Vj. 767 Tausend Euro) sowie die Ausbuchung der Verpflichtung von Entschädigungszahlungen nach § 9 GBBerG in Höhe von 2.926 Tausend Euro (Vj. 8.590 Tausend Euro).

Der Anstieg der übrigen betrieblichen Erträge ist im Wesentlichen durch Erträge aus Rohstoffderivaten sowie durch weiterverrechnete Projektkosten begründet.

(3) MATERIALAUFWAND

	2011 T€	2010 T€
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	701.470	682.897
Aufwendungen für bezogene Leistungen	99.289	80.127
	800.759	763.024

Im Materialaufwand sind Aufwendungen für das an die Endverbraucher direkt verteilte, an Gasversorgungsunternehmen weitergeleitete, sowie das durch den Konzern selbst verbrauchte Erdgas enthalten. Ferner sind neben dem ertragswirksamen Effekt aus der Auflösung von Rohstoffderivaten in Höhe von 11.660 Tausend Euro (Vj. 0 Tausend Euro) Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltung sowie für andere Bau- und Fremdleistungen angefallen.

Als Aufwand erfasste Anschaffungs- und Herstellungskosten von Vorräten im Sinne von IAS 2.39 betragen 784.086 Tausend Euro (Vj. 711.389 Tausend Euro).

(4) PERSONALAUFWAND

Löhne und Gehälter Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	82.114 18.878	77.965 18.003
Soziale Abgaben und Adrivendungen nur Aitersversorgung und Onterstatzung	100.992	95.968

Die Erhöhung des Lohn- und Gehaltsaufwands beruht im Wesentlichen auf dem Anstieg der Anzahl der durchschnittlich beschäftigten Mitarbeiter. In den sozialen Abgaben sind Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung in Höhe von 6.780 Tausend Euro (Vj. 6.675 Tausend Euro) enthalten.

Die Aufwendungen für Altersversorgung betragen im Berichtsjahr 4.775 Tausend Euro (Vj. 4.699 Tausend Euro).

Im Jahresdurchschnitt waren im Konzern beschäftigt:

ANZAHL DER MITARBEITER*	2011	2010
Frauen	731	669
Männer	1.110	1.076
	1.841	1.745
davon passive Phase Altersteilzeit	94	98

^{*}ohne Auszubildende und Vorstand

(5) ABSCHREIBUNGEN

Die Position Abschreibungen setzt sich für die Berichtsjahre 2010 und 2011 wie folgt zusammen:

	2011 T€	2010 T€
Immaterielle Vermögenswerte	32.125	13.337
Planmäßige Abschreibungen	32.125	5.703
Außerplanmäßige Abschreibungen	0	7.634
Sachanlagen	65.861	62.496
Planmäßige Abschreibungen	64.434	61.612
Außerplanmäßige Abschreibungen	1.427	884
	97.986	75.833

Von den planmäßigen Abschreibungen auf die immateriellen Vermögenswerte betreffen 22.602 Tausend Euro (Vj. 2.318 Tausend Euro) das Gasbezugsrechtes gegenüber der E.ON Ruhrgas, Essen.

Die Vorteilhaftigkeit des Gasbezugrechtes entfällt durch die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zum 30. September 2011, da von einem über diesen Zeitpunkt hinausgehenden wirtschaftlichen Nutzenzufluss nicht länger auszugehen ist. Der immaterielle Vermögenswert wurde im Geschäftsjahr 2011 vollständig mit Ablauf der Armortisationsperiode abgeschrieben.

Resultierend aus dem planmäßig durchgeführten Impairment-Test ergaben sich Wertminderungen bei Erdgastankstellen in Höhe von 135 Tausend Euro (Vj. 467 Tausend Euro), Lichtwellenleiter in Höhe von 1.184 Tausend Euro (Vj. 0 Tausend Euro) und bei Grundstücken in Höhe von 108 Tausend Euro (Vj. 410 Tausend Euro).

(6) SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

	2011 T€	2010 T€
IT-Dienstleistungen	23.890	23.253
Rechts- und sonstige Beratung einschl. Prüfungsaufwendungen	20.727	16.705
Werbung, Repräsentation und Verkaufsförderung	14.967	14.042
Mindestleasingzahlungen aus Operate-Leasingverhältnissen	12.890	11.261
Konzessionsabgaben	11.026	11.060
Ausbuchungen und Wertberichtigung auf Forderungen	9.233	10.740
Andere Dienst- und Fremdleistungen	9.157	7.300
Abgangsverluste des Anlagevermögens	2.492	2.083
Versicherungen	3.189	2.988
Bewirtungs- und Reisekosten	2.011	2.166
Sonstige Steuern	511	2.656
Post- und Frachtaufwand	1.982	1.763
Übrige	11.540	10.629
	123.615	116.646

In den übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind unter anderem Beiträge, Kosten für fremde Mitarbeiter und Gebühren, Heiz- und Treibstoffkosten und Büromaterial enthalten.

(7) BETEILIGUNGSERGEBNIS

	2011 T€	2010 T€
Beteiligungsergebnis		
davon aus Unternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert sind	5.767	4.208
davon aus übrigen Unternehmen	2.365	635
	8.132	4.843

Das Beteiligungsergebnis enthält die Ergebnisbeiträge der betrieblich veranlassten Beteiligungen. Die Geschäftstätigkeit dieser Beteiligungen ist eng mit der Betriebstätigkeit des Konzerns verbunden. Im Beteiligungsergebnis werden sämtliche Erträge und Aufwendungen gezeigt, die im Zusammenhang mit diesen Beteiligungen entstanden sind.

Im Beteiligungsergebnis aus Unternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden, sind Gewinne aus der Veräußerung von Beteiligungen in Höhe von 2.806 Tausend Euro (Vj. 0 Tausend Euro) enthalten, die durch den Zuerwerb und die damit verbundene Umgliederung zu verbundenen Unternehmen der SpreeGas und der HSW entstanden sind (vergleiche Erläuterungen zum Konsolidierungskreis unter dem Punkt 3). Das Beteiligungsergebnis der übrigen Unternehmen enthält Erträge aus der Ausschüttung der unter anderen Anteilen (vergleiche Beteiligungsübersicht unter dem Punkt 3) dargestellten nicht notierten Eigenkapitalinstrumente.

(8) FINANZIERUNGSAUFWENDUNGEN

	2011 T€	2010 T€
Zinsen aus Kontokorrentkrediten und Darlehen gegenüber Kreditinstituten	37.127	32.112
Zinsen aus sonstigen finanziellen Schulden	1.597	19.143
Aufzinsung Rückstellungen	8.363	5.527
Zinsen aus Finanzierungsleasingverhältnissen	1.179	1.151
Zinsähnliche Aufwendungen aus Kapitaleinlagen	596	1.394
	48.862	59.327
davon auf Basis historischer Anschaffungskosten	48.862	59.327

Die Zinsaufwendungen aus sonstigen finanziellen Schulden in Höhe von 1.597 Tausend Euro (Vj. 19.143 Tausend Euro) resultieren im Wesentlichen aus strukturierten Transaktionen.

Der Rückgang der Zinsen aus sonstigen finanziellen Schulden resultiert im Wesentlichen aus der planmäßigen Beendigung einer strukturierten Leasingtransaktion im Geschäftsjahr 2010.

(9) SONSTIGES FINANZERGEBNIS

	2011 T€	2010 T€
Zinserträge und zinsähnliche Erträge	3.758	2.658
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen	397	337
Aufwendungen aus Finanzanlagen und Wertpapieren	859	384
	3.296	2.611
davon auf Basis historischer Anschaffungskosten	3.424	2.331

Die Zinserträge umfassen im Wesentlichen Zinsen aus Bankguthaben und aus Wertpapieren sowie sonstige Zinserträge. Davon entfallen 335 Tausend Euro (Vj. 392 Tausend Euro) auf die zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte. Die Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen sind maßgeblich von realisierten Kursgewinnen, die Aufwendungen aus Finanzanlagen und Wertpapieren von Abschreibungen auf sonstige Ausleihungen sowie realisierten Kursverlusten geprägt.

(10) STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG

	2011 T€	2010 T€
Körperschaftsteuer	12.816	17.651
Gewerbesteuer	13.033	16.795
periodenfremde Ertragsteuern	573	-635
laufende Ertragsteuern	26.422	33.811
latente Steuern	-4.796	-643
davon auf temporäre Differenzen	-2.533	-660
davon auf steuerliche Verlustvorträge	-2.263	17
Ertragsteuern	21.626	33.168

Die latenten Steuern wurden mit einem Konzernsteuersatz von 30,18 Prozent ermittelt. Dabei wurden neben der Körperschaftsteuer von 15 Prozent, der Solidaritätszuschlag von 5,5 Prozent auf die Körperschaftsteuer und der durchschnittliche Gewerbesteuersatz in Höhe von 14,35 Prozent berücksichtigt.

Die Überleitung vom theoretischen Ertragsteueraufwand zum effektiven tatsächlichen Steueraufwand ist nachfolgend dargestellt:

	2011 T€	2010 T€
Ergebnis vor Ertragsteuern	78.931	109.857
Konzernsteuersatz	30,18 %	30,18 %
theoretischer Ertragsteueraufwand	23.821	33.155
Steuereffekte auf		
Unterschiede Steuersätze Steuersatzänderungen	-1.087	-1.081
steuerfreie Erträge	-2.970	-1.443
nicht abziehbare Betriebsausgaben	599	578
Hinzurechnungen/Kürzungen Gewerbesteuer	1.976	2.387
periodenfremde Ertragsteuern	-284	-635
Sonstiges	-429	207
Effektiver Ertragsteueraufwand	21.626	33.168
effektiver Steuersatz	27,4 %	30,2 %

Im Jahr 2011 wurde das Eigenkapital um die auf die ergebnisneutralen Bestandteile entfallenden latenten Steuern in Höhe von 18.287 Tausend Euro erhöht (Vj. –4.575 Tausend Euro).

(11) ERGEBNISNEUTRALE BESTANDTEILE DER GESAMTERGEBNISRECHNUNG

ANGABE DER ERGEBNISNEUTRALEN BESTANDTEILE

	2011 T€	2010 T€
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte:		
In der laufende Periode enstandene Gewinne (Verluste)	-382	230
Abzüglich ergebniswirksamer Umbuchungen in die Gewinn - und Verlustrechnung	23	-102
	-359	128
Cashflow Hegdes:		
In der laufenden Periode enstandene Gewinne (Verluste)	-51.790	15.637
Abzüglich ergebniswirksamer Umbuchungen in die Gewinn - und Verlustrechnung	-8.445	-620
	-60.235	15.017
Ergebnisneutrale Bestandteile des Gesamtergebnisses vor Steuern	-60.594	15.145
Auf die ergebnisneutralen Bestandteile entfallende Ertragsteuern	18.287	-4.575
Ergebnisneutrale Bestandteile des Gesamtergebnisses	-42.307	10.570
Ergebnisneutrale Bestandteile des Gesamtergebnisses auf Anteile ohne beherrschenden Einfluss	617	-86
Ergebnisneutrale Bestandteile des Gesamtergebnisses auf Anteile mit beherrschenden Einfluss	-41.690	10.484

AUF DIE ERGEBNISNEUTRALEN BESTANDTEILE ENTFALLENDEN ERTRAGSTEUERN

	VOR STEUERN 2011	STEUER AUFWANDI ERTRAG 2011	NACH STEUERN 2011	VOR STEUERN 2010	STEUER AUFWAND ERTRAG 2010	NACH STEUERN 2010
Netto-Gewinne/-Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	-359	108	-251	128	-43	85
Netto-Gewinne / - Verluste aus der Absicherung von Cash Flows	-60.235	18.179	-42.056	15.017	-4.532	10.485
Summe	-60.594	18.287	-42.307	15.145	-4.575	10.570

(12) ERGEBNIS JE AKTIE

Das Ergebnis je Aktie aus der Gewinn- und Verlustrechnung ergibt sich, indem der Konzernjahresüberschuss auf Anteile mit beherrschendem Einfluss durch die durchschnittliche Zahl der Aktien dividiert wird. Die GASAG hat ausschließlich Stammaktien ausgegeben.

Eine Verwässerung dieser Kennzahl könnte durch so genannte potenzielle Aktien auftreten (vor allem durch Aktienoptionen und Wandelanleihen). Potenzielle Aktien in Form von Aktienoptionen oder Wandelanleihen bestehen nicht.

		2011	2010
Konzernjahresüberschuss auf Anteile mit beherrschendem Einfluss	T€	51.519	69.535
Zahl der im Umlauf befindlichen Aktien (gewichteter Durchschnitt)	Tsd. Stück	8.100	8.100
Ergebnis je Aktie (GASAG-Konzern)	€	6,36	8,58
Dividendenzahlungen an die Anteilseigner	€	01	02
Dividende je Aktie der GASAG AG	€	0,001	0,00 ²

¹ vorgeschlagen

² in 2011 ausgezahlt

7 ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

(13) IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE

Die immateriellen Vermögenswerte haben sich in den Berichtsjahren 2010 und 2011 wie folgt entwickelt:

	GESCHÄFTS- ODER FIRMENWERTE	ERWORBENE IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE	SELBST GESCHAFFENE IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE	GESAMT
A control of the cont	T€	T€	T€	T€
Anschaffungs- und Herstellungskings Stand 01.01.2010	124.691	136.139	7.585	268.415
Änderung Konsolidierungskreis	0	130.139	7.565	0
3 0	0	5.866	0	5.866
Zugänge	0	1.972	0	
Abgänge				1.972
Stand 31.12.2010	124.691	140.033	7.585	272.309
Abschreibungen				
Stand 01.01.2010	1.500	99.907	7.585	108.992
Änderung Konsolidierungskreis	0	0	0	0
Zugänge	5.778	7.559	0	13.337
Abgänge	0	1.881	0	1.881
Stand 31.12.2010	7.278	105.585	7.585	120.448
Restbuchwerte am 31.12.2010	117.413	34.448	0	151.861
Stand 01.01.2011	124.691	140.033	7.585	272.309
Änderung Konsolidierungskreis	36.935	64.636	0	101.571
Zugänge	0	9.264	114	9.378
Abgänge	0	2.346	0	2.346
Stand 31.12.2011	161.626	211.587	7.699	380.912
Abschreibungen				
Stand 01.01.2011	7.278	105.585	7.585	120.448
Änderung Konsolidierungskreis	0	0	0	0
Zugänge	0	32.115	10	32.125
Abgänge	0	2.346	0	2.346
Stand 31.12.2011	7.278	135.354	7.595	150.227
Restbuchwerte am 31.12.2011	154.348	76.233	104	230.685

Zur Durchführung des Werthaltigkeitstests von Geschäfts- oder Firmenwerten wurden diese den Zahlungsmittel generierenden Einheiten zugeordnet. Die Zuordnung ist nachfolgend dargestellt:

	2011 T€	2010 T€
EMB Energie Mark Brandenburg	112.053	112.053
SpreeGas	28.808	0
HSW	8.127	0
NGT Contracting	4.811	4.811
Sonstige	549	549
	154.348	117.413

Mit dem Zuerwerb an SpreeGas und HSW wurden die auf diese Gesellschaften entfallende Geschäfts- oder Firmenwerte aktiviert.

Im Rahmen des Werthaltigkeitstests wurde kein Wertminderungsbedarf auf die Geschäfts- oder Firmenwerte festgestellt.

In den **Erworbenen immateriellen Vermögenswerten** sind hauptsächlich Kundenstämme 58.576 Tausend Euro (Vj. 1.172 Tausend Euro) und Marken 799 Tausend Euro (Vj. 792 Tausend Euro) enthalten. Einen weiteren Bestandteil dieser Position bilden die den Sondervertragskunden gewährten Umstellungsbeihilfen bzw. Förderungszuschüssen in Höhe von 1.689 Tausend Euro (Vj. 2.048 Tausend Euro) und Software im Wert von 14.557 Tausend Euro (Vj. 7.002 Tausend Euro).

Das im Vorjahr mit 22.602 Tausend Euro bilanzierte Gasbezugrecht gegenüber der E.ON Ruhrgas AG wurde vollständig abgeschrieben.

Die Zugänge entfallen vorwiegend auf Kundenstämme, Software sowie gewährte Umstellungsbeihilfen bzw. Förderungszuschüssen. Letztere werden nach Ablauf ihrer Laufzeit ausgebucht und bilden den weitaus größten Anteil an den Abgängen.

Software im Wert von 8.754 Tausend Euro (Vj. 3.307 Tausend Euro) ist noch nicht betriebsbereit.

Die **Selbst geschaffenen immateriellen Vermögenswerte** umfassen nachträgliche Anschaffungsnebenkosten für SAP-Software, welche aus der Einführung und dem Customizing neuer SAP-Komponenten resultieren sowie die Entwicklung eines eigenen Produktes zur Risikoanalyse für Infrastrukturbetreiber.

Eigentums- oder Verfügungsbeschränkungen in Form von Grundpfandrechten oder Sicherungsübereignungen bestehen in einem nur sehr geringen Umfang.

(14) SACHANLAGEN

Die Sachanlagen haben sich in 2010 und 2011 wie folgt entwickelt:

	BEZUGS-, ERZEUGUNGS- UND VERTEILUNGSANLAGEN	GRUNDSTÜCKE UND GEBÄUDE	SONSTIGES SACHANLAGE- VERMÖGEN	GESAMT
	T€	T€	T€	T€
Anschaffungs- und Herstellungs	kosten			
Stand 01.01.2010	2.455.417	67.149	25.709	2.548.275
Änderung Konsolidierungskreis	0	0	0	0
Zugänge	71.725	2.378	4.341	78.444
Abgänge	7.857	2.998	2.930	13.785
Umbuchungen	26	21	-47	0
Stand 31.12.2010	2.519.311	66.550	27.073	2.612.934
Abschreibungen				
Stand 01.01.2010	997.191	32.431	19.512	1.049.134
Zugänge	58.098	1.912	2.486	62.496
Abgänge	4.970	2.180	2.583	9.733
Umbuchungen	-7	7	0	0
Stand 31.12.2010	1.050.312	32.170	19.415	1.101.897
Restbuchwerte am 31.12.2010	1.468.999	34.380	7.658	1.511.037
		66 550	27 073	2 612 934
Stand 01.01.2011	2.519.311	66.550 472	27.073 1 135	2.612.934
Stand 01.01.2011 Änderung Konsolidierungskreis		66.550 472 2.868	27.073 1.135 5.134	2.612.934 126.104 65.742
Anschaffungs- und Herstellungs Stand 01.01.2011 Änderung Konsolidierungskreis Zugänge Abgänge	2.519.311 124.497	472	1.135	126.104
Stand 01.01.2011 Änderung Konsolidierungskreis Zugänge Abgänge	2.519.311 124.497 57.740	472 2.868	1.135 5.134	126.104 65.742
Stand 01.01.2011 Änderung Konsolidierungskreis Zugänge Abgänge Umbuchungen	2.519.311 124.497 57.740 11.841	472 2.868 253	1.135 5.134 6.750	126.104 65.742 18.844
Stand 01.01.2011 Änderung Konsolidierungskreis	2.519.311 124.497 57.740 11.841 -12.268	472 2.868 253 -6	1.135 5.134 6.750 -59	126.104 65.742 18.844 -12.333 ¹
Stand 01.01.2011 Änderung Konsolidierungskreis Zugänge Abgänge Umbuchungen Stand 31.12.2011	2.519.311 124.497 57.740 11.841 -12.268	472 2.868 253 -6	1.135 5.134 6.750 -59	126.104 65.742 18.844 -12.333 ¹
Stand 01.01.2011 Änderung Konsolidierungskreis Zugänge Abgänge Umbuchungen Stand 31.12.2011 Abschreibungen	2.519.311 124.497 57.740 11.841 -12.268 2.677.439	472 2.868 253 -6 69.631	1.135 5.134 6.750 -59 26.533	126.104 65.742 18.844 -12.333 ¹ 2.773.603
Stand 01.01.2011 Änderung Konsolidierungskreis Zugänge Abgänge Umbuchungen Stand 31.12.2011 Abschreibungen Stand 01.01.2011	2.519.311 124.497 57.740 11.841 -12.268 2.677.439	472 2.868 253 -6 69.631	1.135 5.134 6.750 -59 26.533	126.104 65.742 18.844 -12.333 ¹ 2.773.603
Stand 01.01.2011 Änderung Konsolidierungskreis Zugänge Abgänge Umbuchungen Stand 31.12.2011 Abschreibungen Stand 01.01.2011 Zugänge	2.519.311 124.497 57.740 11.841 -12.268 2.677.439 1.050.312 61.284	472 2.868 253 -6 69.631 32.170 1.699	1.135 5.134 6.750 -59 26.533 19.415 2.879	126.104 65.742 18.844 -12.333 ¹ 2.773.603 1.101.897 65.862
Stand 01.01.2011 Änderung Konsolidierungskreis Zugänge Abgänge Umbuchungen Stand 31.12.2011 Abschreibungen Stand 01.01.2011 Zugänge Abgänge	2.519.311 124.497 57.740 11.841 -12.268 2.677.439 1.050.312 61.284 8.143	472 2.868 253 -6 69.631 32.170 1.699 56	1.135 5.134 6.750 -59 26.533 19.415 2.879 6.214	126.104 65.742 18.844 -12.333 ¹ 2.773.603 1.101.897 65.862 14.413

 $^{1\ \} Umgliederung\ in\ zur\ Veräußerung\ gehaltene\ Vermögenswerte$

Sämtliche als Änderung des Konsolidierungskreis ausgewiesene Beträge beziehen sich auf den Erwerb der Geschäftsanteile an der SpreeGas sowie der HSW, die ab dem 1. Juli 2011 vollkonsolidiert werden.

Die **Bezugs-, Erzeugungs- und Verteilungsanlagen** beinhalten mit den Grunddienstbarkeiten (einschl. der Grunddienstbarkeiten gemäß § 9 GBBerG) eine immaterielle Komponente, die den entsprechenden Verteilungsanlagen zugeordnet ist. Der Buchwert der Grunddienstbarkeiten beträgt 6.665 Tausend Euro (Vj. 4.632 Tausend Euro).

Die Verpflichtungen des Konzerns aus Finanzierungsleasingverhältnissen sind durch Eigentumsrechte der Leasinggeber auf die geleasten Vermögenswerte besichert. Die geleasten Vermögenswerte dieser Gruppe haben einen Buchwert von 6.745 Tausend Euro (Vj. 7.919 Tausend Euro).

Für den Erdgasspeicher sind Rückbauverpflichtungen mit einem Buchwert von 91 Tausend Euro (Vj. 1.819 Tausend Euro) enthalten. Die Änderung des Buchwertes ergibt sich überwiegend aus der Anpassung des Rückstellungsbetrages gemäß IFRIC 1.

Der weitaus größte Anteil der Zugänge entfällt auf den Ausbau der Netzverteilungsanlagen, welcher Ersatz- und Neuinvestitionen umfasst. Weitere wesentliche Zugänge erfolgten durch den Bau weiterer Biogasanlagen.

Die Abgänge entstanden überwiegend bei Rohrnetz- und Hausanschlussleitungen, Ortsdruckregelanlagen, Messeinrichtungen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Für Erdgastankstellen wurden insgesamt 135 Tausend Euro (Vj. 467 Tausend Euro) Wertminderungen in den Abschreibungen berücksichtigt.

Bei den **Grundstücken und Gebäuden** entfallen 12.450 Tausend Euro (Vj. 12.570 Tausend Euro) auf Grundstücke, welche im Wesentlichen mit ihren historischen Bilanzwerten berücksichtigt sind. Für kontaminierte Grundstücke ehemaliger Gaserzeugungsstandorte sind in Vorjahren Rückstellungen gebildet worden, die im Berichtsjahr 2011 nur geringfügig zu korrigieren waren (IFRIC 1).

Es bestehen Beschränkungen von Verfügungsrechten im Zusammenhang mit den Vermögenswerten des Grundstückes Torgauer Straße Südfläche, die mit einem Wert von 7.015 Tausend Euro (Vj. 7.330 Tausend Euro) bilanziert sind.

Buchwerte in Höhe von 903 Tausend Euro (Vj. 1.032 Tausend Euro) sind darüber hinaus einem Finanzierungsleasing zuzuordnen.

Für Grundstücke wurden Wertminderungen in Höhe von 108 Tausend Euro (Vj. 410 Tausend Euro) vorgenommen.

Im **Sonstigen Sachanlagevermögen** ist hauptsächlich Betriebs- und Geschäftsausstattung enthalten. EDV-Hardware in Höhe von 2.311 Tausend Euro (Vj. 1.295 Tausend Euro) resultiert dabei aus einem Finanzierungsleasingverhältnis und ist ebenfalls durch einen Eigentumsvorbehalt des Leasinggebers besichert.

Neben den Finanzierungsleasingverhältnissen bestehen Miet- bzw. Leasingverhältnisse, die nach ihrem wirtschaftlichen Gehalt als Operate Leasingverhältnisse zu qualifizieren sind.

Insgesamt sind im Sachanlagevermögen Anlagen im Bau in Höhe von 26.960 Tausend Euro (Vj. 26.986 Tausend Euro) enthalten.

(15) ANTEILE AN ASSOZIIERTEN UNTERNEHMEN

Der **Geschäfts- oder Firmenwert**, der auf assoziierte Unternehmen in Höhe von 0 Tausend Euro (Vj. 17.963 Tausend Euro) entfällt, ist gemäß IAS 28.23 nicht unter den immateriellen Vermögenswerten, sondern als Bestandteil des Buchwertes der Anteile an assoziierten Unternehmen ausgewiesen.

Mit dem Zuerwerb weiterer Anteile an SpreeGas und HSW ist ein beherrschender Einfluss auf diese Unternehmen entstanden. Sie gehören zum 31. Dezember 2011 zum Kreis der verbundenen Unternehmen und sind nicht mehr Bestandteil der assoziierten Unternehmen.

Aus dem Zuerwerb der SpreeGas und der damit verbundenen Einbeziehung der Gesellschaft erlangte die GASAG maßgeblichen Einfluss auf fünf Gesellschaften, die unter den assoziierten Unternehmen ausgewiesen werden (vergleiche Erläuterungen zum Konsolidierungskreis im Punkt 3).

In der nachfolgenden Tabelle sind die zusammengefassten Finanzinformationen über die assoziierten Unternehmen dargestellt (gerechnet auf 100 Prozent der Anteile):

	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€
langfristige Vermögenswerte	41.791	187.277
kurzfristige Vermögenswerte	20.688	78.463
Schulden	44.045	152.926
Bilanzsumme	62.479	265.740
Umsatzerlöse	45.774	157.553
Jahresüberschuss	1.461	11.745

(16) FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE

LANGFRISTIGE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE:

	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€
Zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere	11.905	22.732
sonstige Ausleihungen	1.824	2.291
Finanzinvestitionen in nicht notierte EK - Instrumente	17.314	11.151
Derivate	2.316	12.353
	33.359	48.527

Die **zur Veräußerung verfügbaren Wertpapiere** enthalten finanzielle Vermögenswerte in Höhe von 11.905 Tausend Euro (Vj. 22.732 Tausend Euro), die im Treuhandvermögen gehalten werden. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus Entnahmen in Höhe von 11.090 Tausend Euro. Die detaillierten Informationen sind unter dem Punkt (25) Rückstellungen dargestellt. Die Wertpapiere werden zu Renditen zwischen 0,69 und 2,87 Prozent (Vj. zwischen 1,46 und 3,28 Prozent) verzinst.

Die **sonstigen Ausleihungen** sind im Wesentlichen durch den Konzern begebene langfristige Darlehen, deren Fälligkeit im Jahr 2019 liegt. Die durchschnittliche Verzinsung beträgt wie im Vorjahr 3,75 Prozent. Der überwiegende Teil der Darlehenforderungen ist durch eine Grundschuld in Höhe von 3.300 Tausend Euro (Vj. 3.300 Tausend Euro) besichert.

Die **Finanzinvestitionen in nicht notierte Eigenkapitalinstrumente** betreffen Gesellschaften, welche in der Beteiligungsübersicht in der Gruppe "andere Anteile" enthalten sind. Sie haben weder eine feste Fälligkeit, noch eine feste Verzinsung.

Informationen zu den Derivaten sind gesondert unter dem Punkt (30) Finanz- und Rohstoff-Risikomanagement dargestellt.

KURZFRISTIGE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE:

	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€
Derivate	5.005	15.758
	5.005	15.758
davon als zu Handelszwecken gehalten	0	0

Informationen zu den Derivaten sind gesondert unter dem Punkt (30) Finanz- und Rohstoff-Risikomanagement dargestellt.

(17) LATENTE STEUERN (AKTIVISCH UND PASSIVISCH)

Die aktiven und passiven latenten Steuern aus temporären Unterschieden betreffen im Wesentlichen Bewertungsunterschiede zu den Steuerbilanzen:

		K 31.12	. 2011 >	K 31.12	2.2010
		AKTIVE LATENTE STEUERN	PASSIVE LATENTE STEUERN	AKTIVE LATENTE STEUERN	PASSIVE LATENTE STEUERN
		T€	T€	T€	T€
Immaterielle Vermögensgegenstände	(1)	141	23.269	111	655
Sachanlagen	(2)	1.607	56.973	1.728	51.846
langfristig finanzielle Vermögenswerte	(3)	1.022	2.223	1.250	5.449
Umlaufvermögen	(4)	9.857	9.911	8.324	15.135
Passivischer Abgrenzungsposten	(5)	634	7.102	523	1.922
Rückstellungen	(6)	28.321	2.632	33.590	7.399
Verbindlichkeiten	(7)	30.505	7.767	12.170	5.522
		72.087	109.877	57.696	87.928
steuerliche Verlustvorträge	(8)	2.525	0	261	0
Bruttobetrag		74.612	109.877	57.957	87.928
Nettobetrag		74.612	109.877	57.957	87.928

Die Abweichungen zwischen Steuerbilanz und IFRS-Bilanz ergeben sich wie nachfolgend aufgeführt:

- (1) Die Veränderungen der passiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus der Aktivierung der immateriellen Vermögensgegenstände aus den in 2011 erstmalig konsolidierten Unternehmen HSW und Spreegas. Die Umstellungsbeihilfen und die Eigenleistungen bei der Einführung und Erweiterung von SAP-Komponenten sowie im Rahmen der Unternehmenserwerbe identifizierten Vermögenswerte werden entsprechend IAS 38 aktiviert. Darüber hinaus ergeben sich die Bewertungsunterschiede aus den zugrunde gelegten Nutzungsdauern, die in der Regel nach IFRS einen längeren Zeitraum umfassen.
- (2) Der Anstieg der passiven latenten Steuern resultiert im Wesentlichen aus den in 2011 erstmalig konsolidierten Unternehmen, HSW und Spreegas. Für die Bilanzierung und Bewertung entsprechend IAS 16 werden die betriebsgewöhnlichen, in der Regel längeren, Nutzungsdauern zugrunde gelegt. In der IFRS-Bilanz wurden die Vermögenswerte aus der Bilanzierung der strukturierten Leasing-Transaktionen aktiviert. Nach IFRS werden die dinglichen Grundstücksrechte gemäß § 9 GBBerG korrespondierend zu der in 1993 gebildeten Rückstellung für

- die Entschädigungsverpflichtungen entsprechend IAS 37 mit dem Barwert bilanziert. Soweit sich bei den finanziellen Schulden aus strukturierten Transaktionen Abweichungen zwischen Buchwert und zugehörigem Steuerwert ergeben, werden diese Abweichungen mit den Differenzen aus dem betroffenen Sachanlagevermögen saldiert.
- (3) Nach IFRS werden Wertpapiere und Derivate entsprechend IAS 39 mit ihren Marktwerten bilanziert. Der Rückgang der passiven latenten Steuern resultiert im Wesentlichen aus dem Rückgang der Marktwerte der langfristigen Derivate.
- (4) Der in den Erdgasspeichern der GASAG befindliche Bestand an Arbeitsgas wird unter der Anwendung der Durchschnittsmethode bewertet; in der Steuerbilanz dagegen wird die LIFO-Methode angewendet. Der Rückgang der passiven latenten Steuern resultiert im Wesentlichen aus dem Rückgang der Marktwerte der kurzfristigen Derivate.
- (5) Der Anstieg der passiven latenten Steuern ergibt sich im Wesentlichen aus in 2011 erstmalig konsolidierten Unternehmen. Die als passivischer Abgrenzungsposten bilanzierten Investitions- und Baukostenzuschüsse werden nach IFRS in Anlehnung an IAS 20 über die betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern der bezuschussten Vermögenswerte aufgelöst.
- (6) Die Unterschiede bei den Rückstellungen ergeben sich im Wesentlichen aus der abweichenden Bilanzierung bzw. Bewertung der Pensionsrückstellungen, der Rückstellungen für die Altersteilzeitregelungen und VBL-Sanierungsgeld. Die mittelbaren Pensionsverpflichtungen (im Wesentlichen Vereinbarungen über die Versorgung der Angestellten und Arbeiter des Landes Berlin sowie VBL-Sanierungsgeld) werden nach IFRS bilanziert. Bei den Altersteilzeitrückstellungen werden die ungeregelten Fälle mit der wahrscheinlichen Inanspruchnahme nach IFRS berücksichtigt, wohingegen in der Steuerbilanz kein Ansatz erfolgt. Des Weiteren werden abweichende versicherungsmathematische Parameter zugrunde gelegt. Die sonstigen langfristigen Rückstellungen (Laufzeit über zwölf Monate) werden nach IFRS abweichend von steuerlichen Regelungen abgezinst. Die Reduzierung der passiven latenten Steuern resultiert im Wesentlichen aus einer Verringerung der Differenzen aus der Mehrerlösabschöpfung.
- (7) Aus den strukturierten Leasing-Transaktionen werden nach IFRS die Verbindlichkeiten passiviert. Die aktiven latenten Steuern resultieren aus den negativen Marktwerten der Derivate, die gegenüber dem Vorjahr deutlich angestiegen sind.
- (8) Entsprechend IAS 12 werden latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge gebildet.

Im Berichtsjahr sind –15.848 Tausend Euro (Vj. 2.439 Tausend Euro) latente Steuern aus der erfolgsneutralen Bewertung mit dem Eigenkapital verrechnet.

Auf nicht abgeführte Gewinne von Tochterunternehmen bestehen wie auch im Vorjahr keine materiellen Nachsteuern.

Im Gesamtbetrag der aktiven latenten Steuern sind Steuerminderungsansprüche enthalten, die sich aus der erwarteten Nutzung folgender bestehender Verlustvorträge in Folgejahren ergeben:

	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€
Körperschaftsteuer (einschl. Solidaritätszuschlag)	3.741	0
Gewerbesteuer	13.468	1.816

Die latenten Steuern aus Vorträgen noch nicht genutzter steuerlicher Verluste sind aktiviert, soweit ihre Realisierung mit ausreichender Sicherheit gewährleistet ist.

(18) VORRÄTE

	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (bewertet zu Anschaffungskosten)	3.319	2.585
Waren (bewertet zu Anschaffungskosten)	59.741	69.903
unfertige Leistungen (bewertet zu Herstellungskosten)	3.402	4.684
Geleistete Anzahlungen	505	103
	66.967	77.275

Der Anstieg der Roh-, Hilfs- und Betriebstoffe betrifft Substrate, die für die Betriebsaufnahme der GASAG Bio-Erdgas Schwedt GmbH im Jahr 2011 bevorratet werden.

Die unter den Waren ausgewiesenen Vorräte betreffen insbesondere das in den Erdgasspeichern bevorratete Arbeitsgas in Höhe von 59.169 Tausend Euro (Vj. 69.711 Tausend Euro).

Die Vorräte unterliegen keiner Verfügungsbeschränkung; andere Belastungen liegen ebenfalls nicht vor.

(19) ERTRAGSTEUERFORDERUNGEN

Unter Steuerforderungen werden die Erstattungsansprüche für Ertragsteuern wie die Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer sowie Kapitalertragsteuer einschließlich Solidaritätszuschlag ausgewiesen.

(20) FORDERUNGEN AUS LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN UND SONSTIGE FORDERUNGEN

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und die sonstigen Forderungen stellen unverzinsliche Forderungen dar.

	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen:	206.470	276.067
aus Gaslieferungen	180.227	240.802
aus Wärme - und Stromlieferungen	13.691	20.477
aus sonstigen Lieferungen und Leistungen	12.551	14.788
Sonstige Forderungen	42.024	45.897
	248.494	321.964

In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind neben den an die Kunden in Rechnung gestellten Lieferungen und Leistungen die noch nicht abgerechneten Forderungen aus Gas-, Wärme- und Stromlieferungen sowie Durchleitungsentgelten in Höhe von 627.232 Tausend Euro (Vj. 608.114 Tausend Euro) enthalten, die mit den noch nicht abgerechneten Abschlagszahlungen in Höhe von 470.882 Tausend Euro (Vj. 390.085 Tausend Euro) saldiert wurden.

Von den sonstigen Forderungen entfallen auf die Steuererstattungsansprüche aus Umsatzsteuer 2.720 Tausend Euro (Vj. 28.260 Tausend Euro) und aus sonstigen Steuern 11.818 Tausend Euro (Vj. 6.324 Tausend Euro).

Die Analyse der überfälligen, nicht wertgeminderten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen stellt sich wie folgt dar:

	BUCHWERT	NICHT FÄLLIG	SEIT 1-30 TAGEN FÄLLIG	SEIT 30 – 60 TAGEN FÄLLIG	SEIT 60-120 TAGEN FÄLLIG	SEIT 120–360 TAGEN FÄLLIG	SEIT ÜBER 360 TAGEN FÄLLIG
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen zum 31.12.2011	206.470	182.279	10.265	2.313	4.350	3.951	3.312
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen zum 31.12.2010	276.067	249.572	12.529	3.374	2.100	4.461	4.031

Die abgerechneten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind in der Regel innerhalb von 16 Tagen fällig.

Hinsichtlich des weder geminderten noch in Zahlungsverzug befindlichen Bestandes der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen deuten zum Abschlussstichtag keine Anzeichen darauf hin, dass die Schuldner ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen werden.

Die Wertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich wie folgt entwickelt:

	2011 T€	2010 T€
Wertberichtigungen		
Stand 01.01.	16.106	13.960
Zuführungen (Aufwendungen für Wertberichtigungen)	3.000	2.754
Verbrauch	89	309
Auflösung	2.390	299
Stand 31.12.	16.627	16.106

Der Gesamtbetrag der Zuführungen von 3.000 Tausend Euro (Vj. 2.754 Tausend Euro) setzt sich zusammen aus Zuführungen aufgrund von Einzelwertberichtigungen in Höhe von 2.065 Tausend Euro (Vj. 781 Tausend Euro) und pauschalierten Einzelwertberichtigungen in Höhe von 935 Tausend Euro (Vj. 1.973 Tausend Euro). Im Rahmen der Auflösungen wurden Rückgängigmachungen von Einzelwertberichtigungen in Höhe von 479 Tausend Euro (Vj. 279 Tausend Euro) und Rückgängigmachungen von pauschalierten Einzelwertberichtigungen in Höhe von 1.911 Tausend Euro (Vj. 20 Tausend Euro) berücksichtigt.

Alle Aufwendungen und Erträge aus Wertberichtigungen und Ausbuchungen von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden unter sonstigen betrieblichen Aufwendungen bzw. sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

In der folgenden Tabelle sind die Aufwendungen für die vollständige Ausbuchung von Forderungen sowie Erträge aus dem Zahlungseingang auf im Vorjahr ausgebuchte Forderungen dargestellt:

	2011 T€	2010 T€
Aufwendungen für die vollständige Ausbuchung von Forderungen	6.262	8.064
Erträge aus dem Zahlungseingang auf im Vorjahr ausgebuchte Forderungen	652	576

Das Verhältnis der Aufwendungen für die Ausbuchung von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen zu den Wertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen resultiert aus der besonderen Buchungssystematik der pauschalierten Einzelwertberichtigung im GASAG-Konzern. Dabei werden die unterjährigen Entnahmen nicht gegen die pauschalierte Einzelwertberichtigung gebucht, sondern direkt im Aufwand erfasst. Zahlungseingänge auf bereits wertberichtigte Forderungen werden in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Die Wertberichtigung auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wird zum Stichtag als Saldo aus vorhandener Wertberichtigung und kalkuliertem Wertberichtigungsbedarf ermittelt und der entsprechende Betrag zugeführt oder aufgelöst. Aus dieser Buchungssystematik ergibt sich kein Ergebniseffekt.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden Zinserträge auf ausgebuchte bzw. wertgeminderte Forderungen in Höhe von 299 Tausend Euro (Vj. 230 Tausend Euro) vereinnahmt.

(21) LIQUIDE MITTEL

	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€
Scheckbestand	104	61
Kassenbestand	103	110
Guthaben bei Kreditinstituten	20.849	4.715
kurzfristige Geldanlagen	145.100	141.300
	166.156	146.186

(22) ZUR VERÄUSSERUNG GEHALTENE VERMÖGENSWERTE UND SCHULDEN

Die EMB hat Verträge mit der Energie und Wasser Potsdam GmbH sowie mit der EWE NETZ GmbH über den Verkauf von Gasnetzen und Gasverteilungsanlagen abgeschlossen. Die Vermögenswerte sind zum 31. Dezember 2011 noch im Eigentum der EMB, der Übergang von Nutzen und Lasten erfolgt zum 1. Januar 2012.

Die HSW hat einen Vertrag mit der Energie und Wasser Potsdam GmbH über den Verkauf ihrer Ortsgasnetze geschlossen. Die Vermögenswerte sind zum 31. Dezember 2011 noch im Eigentum der HSW, der Übergang von Nutzen und Lasten erfolgt zum 1. Januar 2012.

Die zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte und dazugehörige Schulden der EMB und der HSW werden zum 31. Dezember 2011 als zur Veräußerung gehalten klassifiziert.

Die Zusammensetzung der zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte und Schulden ist wie folgt:

Sonderposten aus Investzuschüssen zu zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten	3.570	0
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	14.324	0
Betriebs - und Geschäftsausstattung	35	0
Verteilungsanlagen	14.265	0
Grundstücke und Gebäude	24	0
	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€

(23) EIGENKAPITAL

Die Aufgliederung und die Entwicklung des Eigenkapitals und der Anteile ohne beherrschenden Einfluss sind in der Eigenkapitalveränderungsrechnung dargestellt.

GEZEICHNETES KAPITAL

Das gezeichnete Kapital ist in 8.100.000 nennwertlose Inhaberstückaktien zum rechnerischen Wert von 51,00 Euro eingeteilt. Alle Aktien sind ausgegeben und voll eingezahlt. Das gezeichnete Kapital hat sich gegenüber dem Stand am 31. Dezember 2010 nicht verändert und beträgt 413.100 Tausend Euro.

KAPITALRÜCKLAGE

Die Kapitalrücklage enthält ausschließlich Agien gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB. Gemäß § 150 Abs. 2 AktG dürfen aus der gesetzlichen Rücklage mit eingeschränkter Verwendungsmöglichkeit zehn Prozent am Grundkapital der GASAG nicht ausgeschüttet werden. Für den restlichen Betrag in Höhe von 1.151 Tausend Euro bestehen nur die in § 150 Abs. 4 AktG beschriebenen Verwendungsmöglichkeiten.

RÜCKLAGE FÜR UNREALISIERTE GEWINNE ODER VERLUSTE

In diesen Rücklagen werden unrealisierte Gewinne und Verluste aus der Bewertung von "zur Veräußerung verfügbaren" Wertpapieren und Sicherungsgeschäften zu beizulegenden Zeitwerten erfasst.

ANGESAMMELTE ERGEBNISSE

Die angesammelten Ergebnisse enthalten den nach Einstellung in andere Gewinnrücklagen verbleibenden Jahresüberschuss, andere Gewinnrücklagen sowie die Rücklage aus der erstmaligen Anwendung der IFRS und die noch nicht ausgeschütteten Gewinne der Vorjahre. Die Rücklagen aus der erstmaligen Anwendung IFRS betragen 90.843 Tausend Euro.

ANTEILE OHNE BEHERRSCHENDEN EINFLUSS

Die Anteile ohne beherrschenden Einfluss zeigen den Anteilsbesitz Dritter an den Konzerngesellschaften. Diese betragen zum 31. Dezember 2011 72.252 Tausend Euro (Vj. 42.695 Tausend Euro) und betreffen Anteile von Gesellschaftern ohne beherrschenden Einfluss der EMB, der HSW, der KKI, der SpreeGas und der Stadtwerke Forst GmbH, Forst (Lausitz), nachfolgend Stadtwerke Forst genannt.

(24) PASSIVISCHER ABGRENZUNGSPOSTEN

Der passivische Abgrenzungsposten hat sich in den Berichtsjahren 2010 und 2011 wie folgt entwickelt:

	01.01.2010	ÄNDERUNG	ZU-	AUF-	UM-	RÜCK-	31.12.2010
		KONSOLI- DIERUNGS- KREIS	FÜHRUNGEN	LÖSUNGEN	BUCHUNGEN	ZAHLUNGEN	
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Zuwendungen der öffentlichen Hand	3.017	0	0	106	0	0	2.911
Investitionszulagen	3.017	0	0	106	0	0	2.911
davon kurzfristig (< 1 Jahr)							106
Zuwendungen Dritter	204.908	0	6.387	7.062	0	45	204.188
Baukosten - / Investitionszuschüsse	202.557	0	5.513	6.669	0	45	201.356
(lt. NDAV und Konzessionsverträge)							
davon kurzfristig (< 1 Jahr)							6.319
Sonstige Investitionszuschüsse	2.351	0	874	393	0	0	2.832
davon kurzfristig (< 1 Jahr)							348
Gesamt	207.925	0	6.387	7.168	0	45	207.099
davon kurzfristig (< 1 Jahr)							6.773
davon langfristig (> 1 Jahr)							200.326
	01.01.2011	ÄNDERUNG KONSOLI- DIERUNGS- KREIS	ZU- FÜHRUNGEN	AUF- LÖSUNGEN	UM- BUCHUNGEN	RÜCK- ZAHLUNGEN	31.12.2011
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Zuwendungen der öffentlichen Hand	2.911	0	0	105	0	0	2.806
Investitionszulagen	2.911	0	0	105	0	0	2.806
davon kurzfristig (< 1 Jahr)							
,							106
<u> </u>	204.188	40.875	9.378	7.870	-2.057	135	244.379
Zuwendungen Dritter Baukosten - / Investitionszuschüsse	204.188 201.356	40.875 39.814	9.378 7.889	7.870 7.171	-2.057 -2.057	135	
Zuwendungen Dritter Baukosten - / Investitionszuschüsse							244.379
Zuwendungen Dritter Baukosten - / Investitionszuschüsse (It. NDAV und Konzessionsverträge)							244.379
Zuwendungen Dritter							244.379 239.796
Zuwendungen Dritter Baukosten - / Investitionszuschüsse (It. NDAV und Konzessionsverträge) davon kurzfristig (<1 Jahr) Sonstige Investitionszuschüsse	201.356	39.814	7.889	7.171	-2.057	35	244.379 239.796 7.663
Zuwendungen Dritter Baukosten - / Investitionszuschüsse (It. NDAV und Konzessionsverträge) davon kurzfristig (<1 Jahr) Sonstige Investitionszuschüsse davon kurzfristig (<1 Jahr)	201.356	39.814	7.889	7.171	-2.057	35	244.379 239.796 7.663 4.583
Zuwendungen Dritter Baukosten - / Investitionszuschüsse (It. NDAV und Konzessionsverträge) davon kurzfristig (<1 Jahr)	2.832	39.814	7.889	7.171	-2.057 0	35	244.379 239.796 7.663 4.583 569

 $^{1\ \} Umgliederung\ in\ zur\ Veräußerung\ gehaltene\ Vermögenswerte$

Im Berichtsjahr und im Vorjahr konnten aufgrund der aktuellen Gesetzeslage keine Investitionszulagen im Rahmen des Investitionszulagengesetzes seitens der Gesellschaften des GASAG-Konzerns beantragt werden. Die noch vorhandenen Investitionszulagen resultieren aus Vorjahren.

Die Baukosten- und Investitionszuschüsse werden hauptsächlich für Investitionen in die Verteilungsanlagen gezahlt.

(25) RÜCKSTELLUNGEN

	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€
Langfristige Rückstellungen		
Rückstellungen für leistungsorientierte Versorgungspläne	29.442	29.204
Sonstige Rückstellungen	61.532	69.044
	90.974	98.248
Kurzfristige Rückstellungen		
Rückstellungen für leistungsorientierte Versorgungspläne	2.946	3.162
Sonstige Rückstellungen	41.708	58.741
	44.654	61.903
	135.628	160.151

RÜCKSTELLUNGEN FÜR LEISTUNGS- UND BEITRAGSORIENTIERTE VERSORGUNGSPLÄNE

Im GASAG-Konzern werden sowohl leistungs- als auch beitragsorientierte Altersversorgungszusagen gewährt. Die Zusagen bemessen sich vor allem nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit sowie der Vergütung der Mitarbeiter.

Bei beitragsorientierten Versorgungsplänen geht das Unternehmen über die Entrichtung von Beitragszahlungen an die Versorgungseinrichtungen hinaus keine weiteren Verpflichtungen ein. Die Aufwendungen werden im Personalaufwand ausgewiesen. Im Berichtsjahr sind insgesamt Leistungen von 3.383 Tausend Euro (Vj. 3.231 Tausend Euro) erfolgt beziehungsweise für die Berichtsperiode abgegrenzt worden.

Die betriebliche Altersversorgung über die VBL ist nach IAS 19 als ein leistungsorientierter gemeinschaftlicher Versorgungsplan mehrerer Arbeitgeber zu werten, da die Arbeitnehmer einen Rechtsanspruch auf die satzungsmäßigen Leistungen haben, und zwar unabhängig von den tatsächlich geleisteten Beiträgen. Grundsätzlich ist daher der Anspruch der Arbeitnehmer gegen die VBL und nicht gegen das Unternehmen gerichtet, es besteht jedoch eine Subsidiärhaftung für das Unternehmen. Eine daraus erwachsende Rückstellungsbildung ist dann angezeigt, wenn das Vermögen der VBL nicht zur Deckung der Verpflichtungen ausreicht. Zur Bewertung und Berechnung ist das auf die dem Unternehmen zuzurechnenden Versorgungsberechtigten zu ermittelnde Kassenvermögen heranzuziehen. Die Angaben darüber waren von der VBL nicht zu erhalten. Da keine ausreichenden Informationen zur Verfügung stehen, um die VBL als einen leistungsorientierten Plan zu bilanzieren, werden diese Versorgungsleistungen als ein beitragsorientierter Versorgungsplan behandelt. Für die an die VBL zu zahlenden Sanierungsgelder wird eine Rückstellung bilanziert (siehe Punkt Sonstige Rückstellungen für Personal).

Für leistungsorientierte Versorgungspläne werden Rückstellungen entsprechend den bestehenden Versorgungszusagen für Anwartschaften auf zukünftig zu zahlende Pensionen und laufende Leistungen an die berechtigten aktiven und ehemaligen Mitarbeiter sowie die Hinterbliebenen gebildet. Es bestehen sowohl unmittelbare (aus Direktzusagen) als auch mittelbare Altersversorgungsverpflichtungen (über externe Versorgungsträger). Diese sind im Wesentlichen rückstellungsfinanziert, so dass die Verpflichtungen aus laufenden Pensionen sowie Anwartschaften für künftig zu zahlende Pensionen durch die in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen abgedeckt sind. Die zukünftigen Verpflichtungen werden unter Anwendung versicherungsmathematischer Verfahren bei vorsichtiger Einschätzung der relevanten Einflussgrößen bewertet. Den versicherungsmathematischen Berechnungen der Versorgungsverpflichtungen und des Periodenaufwands wurden folgende durchschnittliche Parameter zugrunde gelegt:

	2011	2010
Rechnungszinsfuß	4,9 %	5,4 %
durchschnittliche künftige Gehaltssteigerung	2,0 %	2,0 %
durchschnittliche künftige Rentensteigerung	1,0 %	1,0 %
durchschnittlich zu erwartende Fluktuation	0,0 %	0,0 %

Bei dem Planvermögen handelt es sich um die zur Rückdeckung der Versorgungsleistungen eingesetzten Versicherungen.

LEISTUNGSORIENTIERTE VERSORGUNGSPLÄNE

	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€
leistungsorientierte Versorgungspläne ohne Planvermögen	31.105	31.002
leistungsorientierte Versorgungspläne mit Planvermögen	1.283	1.364
leistungsorientierte Versorgungspläne gesamt (saldiert)	32.388	32.366
beizulegender Zeitwert des Planvermögens	11.382	10.448

Der Nettowert der bilanzierten Beträge für leistungsorientierte Versorgungsansprüche leitet sich wie folgt her:

	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€
Barwert der Verpflichtungen	42.201	38.716
beizulegender Zeitwert des Planvermögens	11.382	10.448
nicht erfasste versicherungsmathematische Verluste (-)/ Gewinne (+)	1.569	4.098
Nettoschuld	32.388	32.366

Die Entwicklung des Barwertes der leistungsorientierten Verpflichtung stellt sich wie folgt dar:

	2011 T€	2010 T€
Leistungsorientierte Verpflichtung zum 01.01.	38.716	40.645
Zugang zum Konsolidierungskreis	1.236	0
Dienstzeitaufwand	802	819
Zinsaufwand	2.092	2.102
Erfolgte Zahlungen	-3.107	-3.207
versicherungsmathematische Verluste (+)/Gewinne (-)	2.462	-1.643
Leistungsorientierte Verpflichtung zum 31.12.	42.201	38.716

Der beizulegende Zeitwert des Planvermögens von externen Versorgungseinrichtungen entwickelte sich folgendermaßen:

	2011 T€	2010 T€
Planvermögen zum 01.01.	10.448	9.831
Zugang zum Konsolidierungskreis	66	0
Erwartete Erträge aus Planvermögen	418	393
Erfolgte Zahlungen	-157	-149
Beiträge von Arbeitgebern	674	398
versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (-)	-67	-25
Planvermögen zum 31.12. (beizulegender Zeitwert)	11.382	10.448

Die erwartete Rendite auf das Planvermögen beträgt 4,00 Prozent (Vj. 4,00 Prozent). Die tatsächlichen Erträge betragen in 2011 351 Tausend Euro (Vj. 368 Tausend Euro). Das Planvermögen (ausschließlich deutsche Kapitallebensversicherungen) besteht zu 40 Prozent (Vj. 37 Prozent) aus Kassenvermögen von konzernexternen Unterstützungskassen und zu 60 Prozent aus Rückdeckungsversicherungen (Vj. 63 Prozent). In 2012 sollen erwartungsgemäß 638 Tausend Euro in das Planvermögen eingezahlt werden.

Der Pensionsaufwand für leistungsorientierte Versorgungszusagen setzt sich wie folgt zusammen:

	2011 T€	2010 T€
Dienstzeitaufwand	802	819
Zinsaufwand	2.092	2.102
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	-418	-393
Summe	2.476	2.528
davon im Personalaufwand ausgewiesen:	802	819
davon in Finanzierungsaufwendungen ausgewiesen:	1.674	1.709

Die Entwicklung bei leistungsorientierten Versorgungsplänen für die laufende und die vorangegangenen drei Berichtsperioden stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€	31.12.2008 T€
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtungen	42.201	38.716	40.645	38.911
beizulegender Zeitwert des Planvermögens	11.382	10.448	9.831	8.329
Fehlbetrag des Plans	-30.819	-28.268	-30.814	-30.582
erfahrungsbedingte Anpassungen der Schulden des Plans	-79	-1.045	-115	-228
erfahrungsbedingte Anpassungen der Vermögenswerte des Plans	67	25	-42	-33

SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN

RÜCKSTELLUNGEN - LAUFZEITEN

	31.12.2011 K DAVON RESTLAUFZEIT >			31.12.2010	31.12.2010 DAVON RESTLAU		
	GESAMT T€	≤1JAHR T€	>1 JAHR T€	GESAMT T€	≤1JAHR T€	>1 JAHR T€	
Sonstige Rückstellungen für Personal	50.466	6.437	44.029	50.112	4.471	45.641	
Rückstellungen für Bodensanierung	11.168	4.474	6.694	11.041	3.846	7.195	
Rückstellungen für Denkmalschutz und Rückbau	5.381	1.300	4.081	6.952	1.349	5.603	
Rückstellungen für Entschädigung von Grunddienstbarkeiten nach § 9 GBBerG	8.972	6.172	2.800	16.110	7.521	8.589	
Übrige Rückstellungen	27.253	23.325	3.928	43.570	41.554	2.016	
	103 240	41 708	61 532	127 785	58 741	69 044	

RÜCKSTELLUNGSSPIEGEL

	01.01.2011	ENT- NAHME	AUF- LÖSUNG	ZUFÜH- RUNG	AUF- ZINSUNG ZINSSATZ- ÄNDERUNG*	UMGLIE- DERUNG SALDIERUNG	31.12.2011
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Sonstige Rückstellungen für Personal	50.112	-7.227	-1.422	2.427	4.810	1.766	50.466
Rückstellungen für Bodensanierung	11.041	-136	0	15	248	0	11.168
Rückstellungen für Denkmalschutz und Rückbau	6.952	-852	-131	300	-1.401	513	5.381
Rückstellungen für Entschädigung von Grunddienstbarkeiten nach § 9 GBBerG	16.110	-6.440	-2.926	155	981	1.092	8.972
Übrige Rückstellungen	43.570	-17.715	-21.955	7.845	88	15.420	27.253
	127.785	-32.370	-26.434	10.742	4.726	18.791	103.240

Aufzinsung der Rückstellungen, Zinseffekte aufgrund der Zinssatz- und Laufzeitänderungen einschl. der Effekte, die gemäß IFRIC 1 erfolgsneutral erfasst werden

SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN FÜR PERSONAL

Rückstellungen für Personal in Höhe von 50.466 Tausend Euro (Vj. 50.112 Tausend Euro) betreffen im Wesentlichen die Verpflichtungen gegenüber der VBL zur Zahlung eines Sanierungsgeldes. Dieses dient zur Deckung eines zusätzlichen Mittelbedarfs, der über die Einnahmen bei dem allgemeinen Umlagesatz hinausgeht und zur Finanzierung der vor dem 1. Januar 2002 begründeten Ansprüche auf zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung dient. Bei der Ermittlung des Sanierungsgeldes ist das Verhältnis der Aufwendungen eines Beteiligten für die Zusatzversorgung zu den ihm zuzurechnenden Rentenlasten von maßgeblicher Bedeutung. Bei der Rückstellungsbewertung wurde eine Anerkennung als Härtefall nach den Ausführungsbestimmungen zu § 65 Abs. 5a VBL-Satzung unterstellt. Für die Vorjahre hat die VBL einer Härtefallregelung zugestimmt. Für das Abrechnungsjahr 2010 haben sowohl die GASAG als auch die NBB einen Antrag auf Anwendung der Härtefallregelung gestellt. Eine positive Entscheidung der VBL wird im II. Quartal 2012 erwartet. Die Härtefallanträge für die folgenden Geschäftsjahre sind jährlich zu stellen. Die Verpflichtung zur Zahlung des Sanierungsgeldes der VBL wird mit ihrem Barwert bilanziert. Der Rückstellungsbewertung wurde ein Zinssatz von 4,50 Prozent (Vj. 5,00 Prozent) und eine Laufzeit von 20 Jahren (Vj. 21 Jahre) zugrunde gelegt. Der Aufwand kann aufgrund unzureichender oder ungenauer Informationen unter- beziehungsweise überschätzt werden, was zu Anpassungen der Personalrückstellungen in signifikanter Höhe führen kann.

Des Weiteren bestehen die Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelungen, die auf Basis von versicherungsmathematischen Gutachten bewertet werden. Die hierfür herangezogenen Bewertungsparameter sind nachfolgend abgebildet:

	2011	2010
Rechnungszinsfuß	4,95 %	4,25 %
durchschnittliche künftige Gehaltssteigerung	2,0 %	2,0 %
durchschnittliche künftige Rentensteigerung	1,0 %	1,0 %
durchschnittlich zu erwartende Fluktuation	0,0 %	0,0 %

Die Aufwendungen aus den Altersteilzeitverpflichtungen sind im operativen Ergebnis und die Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung der Rückstellungen in den Finanzierungsaufwendungen enthalten. Die Rückstellungen für die Altersteilzeitregelungen weisen im Wesentlichen Laufzeiten von bis zu fünf Jahren aus.

Im Geschäftsjahr 2007 wurde zur Insolvenzsicherung von Ansprüchen aus Altersteilzeitvereinbarungen nach § 8a des Altersteilzeitgesetzes der GASAG Treuhand e. V. gegründet. Die auf den Treuhänder in Höhe von 21.709 Tausend Euro (Vj. 33.254 Tausend Euro) übertragenen finanziellen Mittel sind von ihm unter dem Gesichtspunkt der Substanzerhaltung zu verwalten und dürfen darüber hinaus in Zukunft ausschließlich und unwiderruflich zur Erfüllung der entsprechenden Verpflichtungen verwendet werden.

Das Treuhandvermögen, das auf die Erfüllungsrückstände der Altersteilzeitverpflichtungen entfällt, stellt das Planvermögen gemäß IAS 19.128 dar. Die Verpflichtungen werden saldiert mit dem beizulegenden Zeitwert des Planvermögens in Höhe von 8.892 Tausend Euro (Vj. 9.316 Tausend Euro) ausgewiesen.

RÜCKSTELLUNGEN FÜR BODENSANIERUNG

Den Rückstellungen für die Sanierung der kontaminierten Grundstücke in Höhe von 11.168 Tausend Euro (Vj. 11.041 Tausend Euro) liegen überwiegend umweltschutzgesetzliche Verpflichtungen zugrunde. Die Höhe des Verpflichtungsumfangs ist vom Umfang der Kontaminationen abhängig. Die zu erwartenden Kosten werden auf Basis externer Fachgutachten beziehungsweise interner Schätzungen ermittelt. Der Aufwand kann aber aufgrund unzureichender oder ungenauer Informationen unter- beziehungsweise überschätzt werden, was zu Anpassungen der Rückstellungen für Bodensanierung in signifikanter Höhe führen kann. Bislang sind keine signifikanten Abweichungen zwischen den Schätzungen des Verpflichtungsumfangs und tatsächlichem Aufwand aufgetreten. Die Laufzeiten der Verpflichtungen betragen im Wesentlichen nach dem aktuellen Stand der Erkenntnisse bis zu 4 Jahre (Vj. 5 Jahre).

Die Zinssatz- und Laufzeitänderungen der Verpflichtungen führten saldiert zu einer barwertigen Anpassung der Rückstellungen für Bodensanierung um –212 Tausend Euro (Vj. –2.327 Tausend Euro). Gemäß IFRIC 1 wurden –15 Tausend Euro (Vj. –117 Tausend Euro) erfolgsneutral erfasst.

RÜCKSTELLUNGEN FÜR DENKMALSCHUTZ UND RÜCKBAU

Die Rückstellungen für Denkmalschutz beziehungsweise Rückbau von Anlagen von 5.381 Tausend Euro (Vj. 6.952 Tausend Euro) sind im Wesentlichen aufgrund öffentlich-rechtlicher Verpflichtungen gebildet worden. Die denkmalschutzrechtlichen Verpflichtungen weisen entsprechend den aktuellen Erkenntnissen im Wesentlichen Laufzeiten bis zu 3 Jahren (Vj. 4 Jahre) auf.

Des Weiteren besteht eine Verpflichtung zum Rückbau des Erdgasuntertagespeichers in Berlin. In 2006 wurden die Rückbaukosten im Rahmen eines externen Gutachtens bewertet. Der Höhe der Verpflichtung liegen die zu erwartenden Vollkosten unter Berücksichtigung von Erfahrungswerten zugrunde. Die Laufzeit der Verpflichtung zum Rückbau des Erdgasuntertagespeichers wird an der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer des betroffenen Vermögenswertes bemessen.

Die Zinssatz- und Laufzeitänderungen der Verpflichtungen führten saldiert zu einer barwertigen Anpassung der Rückstellungen für Denkmalschutz und Rückbau um –1.701 Tausend Euro (Vj. 486 Tausend Euro). Gemäß IFRIC 1 wurden –1.687 Tausend Euro (Vj. 602 Tausend Euro) erfolgsneutral erfasst.

Hinsichtlich des Verpflichtungsumfangs und der Laufzeit der Rückstellungen für Denkmalschutz beziehungsweise Rückbau von Anlagen bestehen Unsicherheiten, die eine signifikante Rückstellungsanpassung notwendig werden lassen können.

RÜCKSTELLUNGEN FÜR ENTSCHÄDIGUNG VON GRUNDDIENSTBARKEITEN NACH § 9 GBBERG

Die Verpflichtungen zu Entschädigungszahlungen an die Eigentümer für die Eintragung der beschränkten persönlichen Dienstbarkeiten an Grundstücken von 8.972 Tausend Euro (Vj. 16.110 Tausend Euro) bestehen auf Grundlage des § 9 GBBerG. Die Rückstellung wurde im Geschäftsjahr 2011 in Höhe von 2.926 Tausend Euro ergebniswirksam aufgelöst. Die Grundlage der Auflösung bildet die im Geschäftsjahr 2011 weiter fortgeführte Detailanalyse und die aktualisierte Kalkulation der Entschädigungszahlungen. Die Entschädigungen sind nach dem aktuellen Erkenntnisstand überwiegend innerhalb der nächsten 3 Jahre (Vj. 4 Jahre) zu zahlen. Innerhalb der nächsten Geschäftsjahre sind weitere wesentliche barwertige Anpassungen möglich, die sich im Laufe des Projektes für die Durchführung des Verfahrens zur Eintragung und Entschädigung der dinglichen Grundstücksrechte ergeben können.

ÜBRIGE RÜCKSTELLUNGEN

Die übrigen Rückstellungen berücksichtigen sonstige am Bilanzstichtag bestehende rechtliche oder faktische Verpflichtungen sowie Verpflichtungen aus belastenden Verträgen.

Die GASAG befindet sich gegenüber dem Vorjahr in einer deutlich geringeren Anzahl Gerichtsverfahren mit Haushaltskunden, in denen es um die Folgen der vom BGH festgestellten Rechtsunwirksamkeit einer in der Vergangenheit verwendeten Preisanpassungsklausel geht. Hinsichtlich der Rechtslage ist weiterhin ungeklärt, in welchem Umfang und unter welchen Voraussetzungen Kunden berechtigte Rückforderungsansprüche geltend machen können.

(26) FINANZIELLE SCHULDEN

	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€
Schulden gegenüber Kreditinstituten und Schuldscheindarlehen	782.179	853.094
davon mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	377.811	64.788
davon mit einer Restlaufzeit 1 bis 5 Jahre	114.685	463.453
davon mit einer Restlaufzeit von 1 bis 2 Jahre	19.471	388.290
davon mit einer Restlaufzeit von 2 bis 3 Jahre	18.594	19.800
davon mit einer Restlaufzeit von 3 bis 4 Jahre	36.584	18.715
davon mit einer Restlaufzeit von 4 bis 5 Jahre	40.036	36.648
davon mit einer Restlaufzeit größer 5 Jahre	289.683	324.853
davon mit einer Restlaufzeit von 5 bis 6 Jahre	35.468	35.574
davon mit einer Restlaufzeit von 6 bis 7 Jahre	35.439	35.475
davon mit einer Restlaufzeit größer 7 Jahre	218.776	253.804
sonstige finanzielle Schulden	36.583	38.287
davon mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	6.640	7.174
davon mit einer Restlaufzeit 1 bis 5 Jahre	13.463	11.986
davon mit einer Restlaufzeit von 1 bis 2 Jahre	4.687	3.414
davon mit einer Restlaufzeit von 2 bis 3 Jahre	3.094	3.533
davon mit einer Restlaufzeit von 3 bis 4 Jahre	3.000	2.284
davon mit einer Restlaufzeit von 4 bis 5 Jahre	2.682	2.755
davon mit einer Restlaufzeit größer 5 Jahre	16.480	19.127
davon mit einer Restlaufzeit von 5 bis 6 Jahre	2.356	2.646
davon mit einer Restlaufzeit von 6 bis 7 Jahre	4.682	2.356
davon mit einer Restlaufzeit größer 7 Jahre	9.442	14.125
Derivate	58.543	18.840
ddavon mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	26.406	8.194
davon mit einer Restlaufzeit größer 1 Jahr	32.137	10.646
	877.305	910.221
davon kurzfristig	410.857	80.156
davon langfristig	466.448	830.065

Die finanziellen Schulden umfassen überwiegend Schulden gegenüber Kreditinstituten und Schulden aus Kapitalmarkttransaktionen. Die sonstigen finanziellen Schulden enthalten des Weiteren Verpflichtungen aus Finanzierungsleasingverträgen. Die Bandbreite der Zinssätze für fest verzinsliche finanzielle Schulden liegt zwischen 2,00 und 5,92 Prozent (Vj. zwischen 3,49 und 6,50 Prozent).

In der Position "sonstige finanzielle Schulden" ist unter anderem der Barwert der Zahlungsverpflichtung aufgrund der Stillhalterposition der GASAG aus einer Put-Option der Stadt Forst, für die von ihr gehaltenen Anteile an den Stadtwerken Forst, erfasst. Nach den Bestimmungen des IAS 32 begründen Verträge, die zum Kauf eigener Eigenkapitalinstrumente verpflichten, eine finanzielle Schuld in Höhe des Barwerts des Kaufpreises. Die Bewertung dieser finanziellen Schuld erfolgt nach den Regelungen von IAS 39 zum Barwert.

67,4 Prozent der Schulden gegenüber Kreditinstituten sind variabel verzinslich (Vj. 68,7 Prozent). Die sonstigen finanziellen Schulden haben wie im Vorjahr keine variable Verzinsung. Die variabel verzinslichen Darlehen sind mit Derivaten gesichert.

In der folgenden Tabelle sind die vertraglich vereinbarten (undiskontierten) Mittelflüsse der originären finanziellen Verbindlichkeiten und derivativen Finanzinstrumente dargestellt. Es wurden sämtliche Instrumente, die zum 31. Dezember 2011 im Bestand waren und deren Zahlungen vertraglich vereinbart waren, berücksichtigt. Die variablen Zinszahlungen aus Finanzinstrumenten wurden auf Basis der zuletzt vor dem 31. Dezember 2011 fixierten Zinssätze ermittelt

	BUCHWERT	SUMME	K	CASHFLOWS	K
	31.12.2011 T€	T€	2012 T€	2013−2016 T€	2016 FF. T€
finanzielle Schulden gegenüber Kreditinstituten und Schuldscheindarlehen	-782.179	-874.392	-400.042	-154.726	-319.624
sonstige finanzielle Schulden	-36.583	-43.391	-6.221	-17.818	-19.352
derivative finanzielle Schulden	-58.543	-62.465	-28.453	-36.762	2.750
derivative finanzielle Vermögenswerte	7.321	7.419	4.910	2.509	0

Im Vergleich die Zahlen vom Vorjahr:

	BUCHWERT	SUMME	K	CASHFLOWS	K
	31.12.2010 T€	T€	2011 T€	2012-2015 T€	2015 FF. T€
finanzielle Schulden gegenüber Kreditinstituten und Schuldscheindarlehen	-853.094	-1.011.578	-86.739	-530.914	-393.925
sonstige finanzielle Schulden	-38.287	-46.699	-7.084	-16.765	-22.850
derivative finanzielle Schulden	-18.840	-20.538	-10.055	-12.989	2.506
derivative finanzielle Vermögenswerte	28.111	29.186	14.041	9.034	6.111

VERPFLICHTUNGEN AUS STRUKTURIERTEN TRANSAKTIONEN IN DER RECHTLICHEN FORM EINES LEASINGVERHÄLTNISSES

Die GASAG hat im Jahr 2005 eine Teilfläche des Grundstücks in Berlin-Schöneberg im Wege einer strukturierten Transaktion durch den Abschluss eines Leasingvertrags verkauft und für die weitere Nutzung zurück gemietet. Der Leasingvertrag läuft zehn Jahre ab Übergabe, die im Jahr 2008 stattfand. Zum Ende der Vertragslaufzeit hat die GASAG ein Ankaufsrecht.

VERPFLICHTUNGEN AUS FINANZIERUNGSLEASINGVERHÄLTNISSEN

Die sonstigen finanziellen Schulden beinhalten auch Schulden aus Finanzierungsleasingverträgen. Die Mindestleasingzahlungen und Barwerte aus derartigen Verträgen stellen sich wie folgt dar:

	MINDEST- LEASINGRATE 2011	MINDEST- LEASINGRATE 2010	BARWERTE 31.12.2011	BARWERTE 31.12.2010
	T€	T€	T€	T€
mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	3.665	4.386	3.510	4.406
mit einer Restlaufzeit 1 bis 5 Jahre	7.976	6.771	7.687	6.481
mit einer Restlaufzeit größer 5 Jahre	3.111	4.207	2.672	3.312
	14.752	15.364	13.869	14.199

Die Konzerngesellschaft GASAG WärmeService GmbH, Berlin, nachfolgend GWS genannt, hat im Jahr 2001 in einem Sale-and-lease-back-Vertrag den überwiegenden Teil ihrer Wärmeanlagen verkauft und für die weitere Nutzung zurück gemietet. Seitdem wurde bis zum 31. Dezember 2010 der überwiegende Teil der entsprechenden Investitionen in Form von Nachträgen zu dem ursprünglichen Sale-and-lease-back-Vertrag abgewickelt. Ab 2011 wurden die Wärmeerzeugungsanlagen nicht mehr ins Leasing gegeben, sondern verbleiben im Eigentum der Gesellschaft. Die Mindestlaufzeiten der einzelnen Transaktionen betragen in der Regel zehn Jahre. Der Zinssatz wird bei Vertragsabschluss fest vereinbart. Nach Ablauf der Grundmietzeit hat die GWS ein Ankaufsrecht. Es wurden keine Vereinbarungen über Eventualmietzahlungen getroffen. Die Verpflichtungen der GWS sind durch das rechtliche Eigentum des Leasinggebers auf die geleasten Vermögenswerte besichert. Verlängerungsoptionen bestehen nicht.

Die Konzerngesellschaft EMB Energie Mark Brandenburg GmbH, Potsdam, nachfolgend EMB genannt, erwarb 1995 ein Grundstück und veräußerte dieses vor Eigentumsumschreibung. In diesem Zusammenhang schloss die EMB einen Vertrag über die Errichtung von Anlagen und Gebäuden ab. Dazu gewährte sie ein Darlehen und erhielt ein Vorkaufs- sowie ein Ankaufsrecht. Die EMB vereinbarte als Mieterin die langfristige entgeltliche Nutzung der Immobilie. Die Gesamtlaufzeit des Vertragswerkes umfasst 24 Jahre. Die Verpflichtungen der EMB sind durch einen Eigentumsvorbehalt des Leasinggebers auf die geleasten Vermögenswerte besichert. Verlängerungsoptionen bestehen nicht.

Die GASAG hat im Jahr 2003 einen Vertrag auf unbestimmte Zeit über die Finanzierung der Beschaffung und die laufende Wartung und Unterhaltung von Hard- und Software geschlossen. Es besteht eine indexgebundene Preisanpassungsklausel sowie ein Ankaufsrecht. Die Verpflichtungen der GASAG sind durch einen Eigentumsvorbehalt des Leasinggebers auf die geleasten Vermögenswerte besichert.

Informationen zu den Derivaten sind gesondert unter dem Punkt (30) Finanz- und Rohstoff-Risikomanagement dargestellt.

(27) VERBINDLICHKEITEN AUS LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN UND SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN

	31.12.2011	□ DAVON RESTLAUFZEIT □		31.12.2010	K DAVON	RESTLAUFZEIT
	T€	≤1JAHR T€	ÜBER1JAHR T€	T€	≤1JAHR T€	ÜBER1JAHR T€
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	175.648	175.648	0	150.622	150.622	0
Verbindlichkeiten aus dem Bezug von Erdgas	113.852	113.852	0	96.381	96.381	0
Übrige Verbindlichkeiten	61.796	61.796	0	54.241	54.241	0
Sonstige Verbindlichkeiten	73.347	73.208	139	78.839	78.837	2
	248.995	248.856	139	229.461	229.459	2

Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten im Wesentlichen die Verpflichtungen aus den in 2011 fälligen Leistungen gegenüber dem Personal in Höhe von 10.050 Tausend Euro (Vj. 10.104 Tausend Euro), Steuerverbindlichkeiten in Höhe von 14.943 Tausend Euro (Vj. 27.508 Tausend Euro), erhaltene Anzahlungen in Höhe von 12.648 Tausend Euro (Vj. 3.296 Tausend Euro), transitorische Abgrenzungsposten in Höhe von 9.784 Tausend Euro (Vj. 13.562 Tausend Euro) und kreditorische Debitoren in Höhe von 21.917 Tausend Euro (Vj. 17.099 Tausend Euro).

(28) ERTRAGSTEUERVERBINDLICHKEITEN

Die Ertragsteuerverbindlichkeiten enthalten Verpflichtungen aus Ertragsteuern wie die Körperschaftsteuer einschließlich Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer.

8 SONSTIGE ERLÄUTERUNGEN

(29) BERICHTERSTATTUNG ZU FINANZINSTRUMENTEN

Buchwerte und beizulegende Zeitwerte nach Bewertungskategorien

Zu den Finanzinstrumenten zählen originäre und derivative Finanzinstrumente.

Die originären Finanzinstrumente umfassen auf der Aktivseite im Wesentlichen die Forderungen und liquiden Mittel. Auf der Passivseite umfassen die originären Finanzinstrumente im Wesentlichen die Darlehen gegenüber Kreditinstituten und Schuldscheindarlehensgebern sowie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen. Die langfristigen Wertpapiere der Klasse zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere sind zum beizulegenden Zeitwert bewertet, die sonstigen Ausleihungen und die finanziellen Schulden werden dagegen zu Anschaffungskosten beziehungsweise fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt.

Derivative Finanzinstrumente mit positiven Marktwerten werden auf der Aktivseite unter der Position finanzielle Vermögenswerte als Derivate, während Derivate mit negativen Marktwerten auf der Passivseite der Bilanz unter der Position finanzielle Schulden als Schulden aus Derivaten ausgewiesen werden. Die Bilanzierung aller Derivate erfolgt zum Handelstag.

Die nachfolgende Tabelle zeigt Buchwerte, beizulegende Zeitwerte und die Bewertungskategorie sämtlicher im Konzernabschluss erfasster Finanzinstrumente, einschließlich der zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Finanzinstrumente.

KATI	TUNGS- EGORIE 1. IAS 39	BEWERTET ZU*	BUCHWERT 31.12.2011 T€	FAIR VALUE 31.12.2011 T€	BUCHWERT 31.12.2010 T€	FAIR VALUE 31.12.2010 T€
Aktiva						
Finanzielle Vermögenswerte			47.256	47.406	73.601	73.683
Zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere*	* afs	FVn	20.797	20.797	32.048	32.048
sonstige Ausleihungen	lar	AK	1.824	1.974	2.291	2.373
Finanzinvestitionen in nicht notierte EK-Instrumente	afs	FVn	17.314	17.314	11.151	11.151
Derivate mit Sicherungsbeziehung	-	FVn	7.321	7.321	28.111	28.111
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	lar	AK	220.383	220.383	282.451	282.451
und sonstige Vermögenswerte	-	-	28.111	28.111	39.513	39.513
Liquide Mittel	lar	AK	166.156	166.156	146.186	146.186
Finanzielle Schulden Finanzielle Schulden gegen Kreditinstitute und Schuldscheindarlehen	ofl	ΔK	877.305 782 179	916.063	910.221	957.997
und Schuldscheindarlehen	ofl	AK	782.179	816.649	853.094	898.907
Sonstige finanzielle Schulden	ofl		36.583	40.871	38.287	40.250
Derivate ohne Sicherungsbeziehung	flhft	FVw	201	201	0	0
Derivate mit Sicherungsbeziehung	_	FVn	58.342	58.342	18.840	18.840
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	ofl	AK	211.102	211.102	184.656	184.656
und sonstige Verbindlichkeiten	_	_	37.893	37.893	44.803	44.803
Davon aggregiert nach den Bewertungskategorien des IAS 39						
zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere [afs]		38.111	38.111	43.199	43.199
Kredite und Forderungen [lar]			388.363	388.513	430.928	431.010
zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Verbindlichkeiten [flhft]			201	201	0	0
finanzielle Verbindlichkeiten [ofl]			1.029.864	1.068.622	1.076.037	1.123.813

^{*} bewertet zu

AK fortgeführten Anschaffungskosten FVn Fair Value erfolgsneutral FVw Fair Value erfolgswirksam

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Vermögenswerte, liquide Mittel sowie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten haben vorwiegend kurze Restlaufzeiten. Damit entsprechen die Buchwerte dieser Instrumente zum Bilanzstichtag näherungsweise dem beizulegenden Zeitwert.

^{**} einschl. des mit den Rückstellungen saldierten Planvermögens (s. Punkt (25))

Die beizulegenden Zeitwerte der zur Veräußerung verfügbaren Wertpapiere basieren auf den jeweiligen aktuellen Markt- beziehungsweise Börsenpreisen. Sollte das Finanzinstrument an keinem aktiven Markt notiert sein und somit kein Markt- oder Börsenpreis zur Verfügung stehen, wird der Fair Value anhand eines anerkannten Bewertungsverfahrens ermittelt.

Der beizulegende Zeitwert von Finanzinvestitionen in nicht notierte Eigenkapitalinstrumente, für die kein aktiver Markt besteht, wird unter Anwendung von Bewertungsmethoden geschätzt. Solche Verfahren stützen sich auf kürzlich zu marktüblichen Bedingungen getätigte Transaktionen oder auf den aktuellen Marktwert eines anderen Instruments, das im Wesentlichen das gleiche Instrument ist, oder die Analyse der diskontierten Zahlungsströme.

Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte der finanziellen Schulden gegen Kreditinstitute und Schuldscheindarlehensgebern sowie der sonstigen finanziellen Schulden erfolgt durch Diskontierung über die Restlaufzeit der Instrumente unter Anwendung marktüblicher Zinssätze.

Die derivativen Finanzinstrumente sind zu beizulegenden Zeitwerten bewertet. Die Ermittlung erfolgt auf Basis der Mark-to-market-Methode. Sie beschreibt die börsentägliche Bewertung von zukünftigen Zahlungsströmen der Finanzinstrumente durch Diskontierung. Die Diskontierung erfolgt anhand der marktüblichen Zinsen über die Restlaufzeit der Instrumente. Mit dieser Methode wird der beizulegende Wert eines abgeschlossenen Finanzinstruments ermittelt. Wesentliche Parameter der Mark-to-market-Bewertung bilden die Geschäftsdaten des Finanzinstrumentes und die Zinsstruktur in der Geschäftswährung.

Die Analyse von Preisänderungsrisiken für bestehende finanzielle Rohstoffabsicherungsgeschäfte erfolgt nach der Mark-to-market-Methode anhand von vorliegenden Forward-Preisen gegebenenfalls ergänzt um extrapolierte Preise. Die so ermittelten zukünftigen Zahlungsströme werden anhand der marktüblichen Zinsen über die Restlaufzeit der Geschäfte diskontiert.

Die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte und Schulden sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt:

BEWERTU KATEG GEM. I.	ORIE	BEWERTET ZU*	BUCHWERT 31.12.2011 T€	STUFE1 T€	STUFE2 T€	STUFE3 T€
Aktiva						
Finanzielle Vermögenswerte						
Zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere **	afs	FVn	20.797	20.797	0	0
Finanzinvestitionen in nicht notierte EK - Instrumente	afs	FVn	17.314	0	0	17.314
Derivate mit Sicherungsbeziehung	-	FVn	7.321	0	7.321	0
Passiva						
Finanzielle Schulden						
Derivate ohne Sicherungsbeziehung	flhft	FVw	201	0	201	0
Derivate mit Sicherungsbeziehung	-	FVn	58.342	0	58.342	0

** einschl. des mit den Rückstellungen saldierten Planvermögens (s. Punkt (25))

FVn Fair Value erfolgsneutral

FVw Fair Value erfolgswirksam

Zur Bestimmung und zum Ausweis beizulegender Zeitwerte von Finanzinstrumenten je Bewertungsverfahren wird die folgende Hierarchie verwendet:

- Stufe 1: notierte (unangepasste) Preise auf aktiven Märkten für gleichartige Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten,
- Stufe 2: Verfahren, bei denen sämtliche Input-Parameter, die sich wesentlich auf den erfassten beizulegenden Zeitwert auswirken, entweder direkt oder indirekt beobachtbar sind,
- Stufe 3: Verfahren, die Input-Parameter verwenden, die sich wesentlich auf den erfassten beizulegenden Zeitwert auswirken und nicht auf beobachtbaren Marktdaten basieren.

Im Geschäftsjahr 2011 gab es keine Umbuchungen zwischen Bewertungen zum beizulegenden Zeitwert der Stufe 1 und Stufe 2 und keine Umbuchungen in oder aus Bewertungen zum beizulegenden Zeitwert der Stufe 3.

NETTOERGEBNISSE NACH BEWERTUNGSKATEGORIEN

	2011 T€	2010 T€
zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere [afs]	336	337
Kredite und Forderungen [lar]	2.961	2.274
zu Handelszwecken gehaltene Finanzinstrumente [hft und flhft]	-201	0
finanzielle Verbindlichkeiten [ofl]	-40.500	-53.750

Die Nettogewinne beziehungsweise Nettoverluste beinhalten Zinserträge, Zinsaufwendungen, Dividendenerträge sowie realisierte und unrealisierte Kursgewinne und Kursverluste.

(30) FINANZ- UND ROHSTOFF-RISIKOMANAGEMENT

ZIELSETZUNGEN UND METHODEN

Die GASAG ist im Rahmen ihrer unternehmerischen Geschäftstätigkeit einer Reihe von Risiken aus Finanz- und Rohstoffaktivitäten ausgesetzt. Die GASAG begrenzt diese Risiken durch systematische Risikomanagement- und Controllingprozesse, welche integraler Bestandteil der Geschäftsprozesse Finanzen und Rohstoffe sind.

Die internen Richtlinien regeln die konzernweit einheitlichen Handels-, Abwicklungs- und Überwachungsprozesse sowie eine einheitliche Risikoberichterstattung. Diese Risikomanagementprozesse zielen darauf ab, die GASAG in die Lage zu versetzen, frühzeitig Risiken zu erkennen, in der Gesamtheit zu analysieren und daraus resultierende risikopolitische Maßnahmen für die Gestaltung der Geschäftspolitik abzuleiten.

MANAGEMENT VON FINANZRISIKEN

Unter Finanzrisiken werden innerhalb der GASAG die Risiken aus Zins-, Währungs-, Aktienkurs- und sonstigen Marktpreisänderungsrisiken verstanden. Diese resultieren aus bestehenden und geplanten Finanzgeschäften, welche Marktpreisschwankungen ausgesetzt sind. Darüber hinaus werden Liquiditätsrisiken als Bestandteil des Finanzrisikomanagements verstanden.

In der GASAG und ihren verbundenen Unternehmen kommt eine einheitliche Methodik der Risikomessung zum Zwecke der Vergleichbarkeit verschiedener Risikopositionen zum Einsatz. Zur Reduzierung von Marktpreisrisikopositionen werden derivative Finanzinstrumente eingesetzt.

ZINSÄNDERUNGSRISIKEN

Zinsänderungsrisiken bestehen bei Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, aus emittierten Schuldscheindarlehen, aus sonstigen finanziellen Schulden, aus zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren, aus Zinsswaps und aus Forderungen gegen Kreditinstitute.

Die Änderung relevanter Marktzinssätze kann bei verzinslichen Finanzinstrumenten eine Veränderung des beizulegenden Zeitwerts bewirken oder zu Schwankungen der aus dem Finanzinstrument resultierenden zukünftigen Cashflows führen. Diese Auswirkungen sind abhängig von der Art der Verzinsung. Bei festverzinslichen Finanzinstrumenten verursachen Marktzinsschwankungen eine unmittelbare Änderung des beizulegenden Zeitwerts des Finanzinstruments, nicht jedoch der Cashflows. Bei variabel verzinslichen Finanzinstrumenten werden die zukünftigen Cashflows durch Marktzinsschwankungen verändert.

Das Risiko einer Schwankung zukünftiger Cashflows wird innerhalb der GASAG durch den Einsatz derivativer Finanzinstrumente eliminiert.

Bei originären Finanzinstrumenten mit fester Verzinsung wirken sich Marktzinsschwankungen nur dann auf das Ergebnis aus, wenn diese zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Somit unterliegen alle nach IAS 39 zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumente mit fester Verzinsung keinem Zinsänderungsrisiko im Sinne des IFRS 7.

Das Zinsänderungsrisiko für offene Zinspositionen wird mit der Value-at-risk-Methode gemessen. Auf der Basis historischer Wertschwankungen wird bei einem Konfidenzintervall von 95 Prozent und einer Haltedauer von zehn Tagen das maximale Verlustrisiko berechnet. Zum 31. Dezember 2011 sind wie im Vorjahr keine nicht abgesicherten variabel verzinslichen Schulden im Bestand.

Zinsänderungsrisiken in Bezug auf in Sicherungsbeziehungen befindlichen Zinsderivaten ergeben sich insofern, als die ergebnisneutral im Eigenkapital verbuchten Bewertungsänderungen der Derivate durch Marktzinsschwankungen variieren. Auf der Basis historischer Wertschwankungen der Referenzzinssätze wird eine Neubewertung der Zinsderivate mit veränderten Zinssätzen durchgeführt. Die dabei verwendeten Zinssätze werden durch einen Parallelshift um 42,1 Basispunkte (Vj. 31,0 Basispunkte) verändert. Das so ermittelte Risikopotential einer Eigenkapitalverminderung beträgt 16.038 Tausend Euro (Vj. 10.500 Tausend Euro).

WÄHRUNGSRISIKEN

Die Finanztransaktionen erfolgen nahezu ausschließlich im eigenen Währungsraum der Konzerngesellschaften, so dass kein wesentliches Währungsrisiko besteht. Zum Bilanzstichtag sind keine Devisentermingeschäfte zur Absicherung zukünftiger Transaktionen im Bestand. Daraus resultiert, dass zum 31. Dezember 2011 wie im Vorjahr kein Verlustrisiko besteht, da keine nennenswerten Forderungen beziehungsweise Verbindlichkeiten in Fremdwährung bilanziert werden.

LIQUIDITÄTSRISIKEN

Ziel des Liquiditätsmanagements ist die Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität des Konzerns und der jeweiligen Einzelunternehmen des GASAG-Konzernverbunds. Die Identifikation, Messung und Steuerung der Liquiditätspositionen obliegt der GASAG in Zusammenarbeit mit den Tochterunternehmen mit dem Ziel, die finanzielle Leistungsfähigkeit zu gewährleisten. Dazu werden insbesondere rollierende Zwölf-Monats-Liquiditätsplanungen eingesetzt.

AKTIENKURS- UND ZINSÄNDERUNGSRISIKEN IM TREUHANDVERMÖGEN

Die Finanzinstrumente aus dem Treuhandvermögen zur Insolvenzsicherung beinhalten im Wesentlichen fest verzinsliche Rentenpapiere, Aktien in einem Investmentfonds und liquide Mittel. Die den Anlagen des Treuhandvermögens unterliegenden Marktpreisänderungsrisiken werden nach der Value-at-risk-Methode anhand einer historischen Simulation mit einem Konfidenzniveau von 95 Prozent und einer Haltedauer von zehn Tagen gemessen. Die Risikokennzahlen werden auf Basis der letzten 300 täglichen Fondspreisänderungen berechnet. Unter Berücksichtigung der genannten Parameter beträgt das maximale rechnerische Verlustrisiko 106 Tausend Euro (Vj. 105 Tausend Euro).

MANAGEMENT VON ROHSTOFFRISIKEN

Innerhalb des GASAG-Konzerns wird zwischen Mengen- und Preisrisiken unterschieden. Unter dem Mengenrisiko wird der potenzielle Verlust verstanden, der entsteht, wenn Abnahme- oder Lieferverpflichtungen nicht nachgekommen werden kann.

Das Marktpreisänderungsrisiko ist als das Risiko potenzieller Verluste aus offenen Positionen bei Veränderungen der den Rohstoffhandelsgeschäften zugrunde liegenden Marktpreise definiert.

Mengen- und Marktpreisänderungsrisiken können kombiniert auftreten.

Zur Reduzierung der Preisänderungsrisiken aus Absatz- und Beschaffungsgeschäften sowie der Absicherung innovativer Preisangebote werden physische und finanzielle Termingeschäfte eingesetzt. Risikopositionen zwischen festen und variablen Zahlungsströmen aus Absatz- und Beschaffungsgeschäften werden grundsätzlich bei Erreichen eines Maximalvolumens zur Absicherung gebracht, so dass ungesicherte Positionen nur in geringem Umfang bestehen. Die Risiken der ungesicherten Positionen aus diesen Geschäften werden nach der Value-at-risk-Methode mit einem Konfidenzintervall von 95 Prozent und einer Haltedauer von 30 Tagen gemessen. Auf Basis historischer Wertschwankungen beträgt der Value-at-risk zum Stichtag 258 Tausend Euro (Vj. 200 Tausend Euro) für Positionen im Gasgeschäft sowie 16 Tausend Euro für Positionen im Stromgeschäft.

Marktpreisänderungsrisiken in Bezug auf in Sicherungsbeziehungen befindlichen finanziellen Rohstoffderivaten ergeben sich insofern, als die ergebnisneutral im Eigenkapital verbuchten Bewertungsänderungen der Derivate durch Marktpreisschwankungen variieren. Auf der Basis historischer Marktpreisschwankungen der Referenzmarktpreise wird eine Neubewertung der Rohstoffderivate mit veränderten Marktpreisen durchgeführt. Die dabei verwendeten Marktpreise werden durch einen Parallelshift um 45,5 Prozent (Vj. 43,2 Prozent) für Erdgas verändert. Das so ermittelte Risikopotenzial einer Eigenkapitalverminderung beträgt 74.961 Tausend Euro (Vj. 64.800 Tausend Euro).

AUSFALLRISIKEN

Das Ausfallrisiko betrifft mögliche Vermögensverluste, die aus der Nichterfüllung von Vertragsverpflichtungen seitens der Handelspartner eintreten könnten. Das maximale theoretische Ausfallrisiko derivativer Geschäfte ergibt sich aus der Summe der positiven Marktwerte derjenigen Instrumente, aus denen Ansprüche gegen Handelspartner bestehen. Dieses Risiko wird bei den Handelspartnern reduziert, bei denen Aufrechnungsmöglichkeiten bestehen.

Die Steuerung von Adressausfallrisiken von Handelspartnern im Finanz- und Rohstoff-Bereich erfolgt über ein konzerneinheitliches Limitsystem. Die Ermittlung des Limits eines Handelspartners erfolgt insbesondere anhand von externen Bonitätseinschätzungen, die durch weitere Kennzahlen ergänzt werden. Die Veränderungen der genannten Parameter werden im Rahmen standardisierter Risikomanagementprozesse fortlaufend überwacht. Weiterhin erfolgt erstmals eine Ermittlung von potenziellen Adressenausfallrisiken anhand einer Monte Carlo Simulation unter Berücksichtigung der Ausfallwahrscheinlichkeiten von Kontrahenten und entsprechender Risikopositionen. Zum 31. Dezember 2011 ergeben sich auf Basis dieser Ermittlung keine relevanten Adressenausfallrisiken.

DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE UND SICHERUNGSBEZIEHUNGEN

Folgende Derivatgeschäfte lagen zum Bilanzstichtag vor:

	7.321	-58.543	1.116.459	365.601	341.081	409.777
Commodity Derivate	0	-201	1.703	424	1.279	0
Commodity Swaps in Hedge - Beziehung	7.321	-25.453	306.061	189.243	116.818	0
Zinsswaps in Hedge - Beziehung	0	-32.889	808.695	175.934	222.984	409.777
	MARKTWERT T€	MARKTWERT T€	VOLUMEN T€	T€	T€	T€
	POSITVER	NEGATIVER	NOMINAI -	NOMINAL BIS 1.JAHR	VOLUMEN NACH F	ALLIGKEIT ÜBER 5.JAHRE

Im Vergleich die Zahlen vom Vorjahr:

	28.111	-18.840	735.684	132.997	353.879	248.808
Commodity Swaps in Hedge - Beziehung	24.585	-10	150.158	91.261	58.897	0
Zinsswaps in Hedge - Beziehung	3.526	-18.830	585.526	41.736	294.982	248.808
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
	MARKTWERT	MARKTWERT	VOLUMEN			
	POSITVER	NEGATIVER	NOMINAL-	BIS 1 JAHR	1-5 JAHRE	ÜBER 5 JAHRE
				NOMINAL	ÄLLIGKEIT	

Die in der Tabelle zum 31. Dezember 2011 dargestellten Zinsswaps wurden zur Absicherung von Cashflows bereits bestehender und geplanter variabel verzinslicher Grundgeschäfte eingesetzt. Es handelt sich hierbei um vollständig effektive Cashflow Hedges.

Für Absicherung von Preisrisiken aus Gasbezugsgeschäften werden Commodity Swaps eingesetzt.

Die Sicherungsbeziehungen erfüllen die Anforderungen für Hedge Accounting gemäß IAS 39 ff. und werden dementsprechend bilanziert. Zusätzlich werden die Sicherungsgeschäfte als hoch wirksam eingestuft.

Das Nominalvolumen der derivativen Finanzinstrumente wird durch die Summe aller zugrunde liegenden Kaufund Verkaufswerte unsaldiert dargestellt.

Die beizulegenden Zeitwerte mit einer Laufzeit größer fünf Jahre beziehen sich im Wesentlichen auf die Jahre 2017 bis 2024.

Wertänderungen aus Derivaten, die zur Absicherung von Cashflows abgeschlossen wurden, werden direkt im Eigenkapital ausgewiesen.

Zum Bilanzstichtag sind zu Absicherungszwecken ausschließlich Commodity Swaps mit Gaspreisbindungen im Bestand. Für Commodity Swaps mit Ölpreisbindungen mit einem Nominalvolumen von 21.769 Tausend Euro sind im Berichtsjahr die Sicherungsbeziehungen erfolgswirksam aufgelöst und die Geschäfte vorzeitig beendet worden. Der erfolgswirksam vereinnahmte Betrag beträgt 17.079 Tausend Euro.

KAPITALSTRUKTURMANAGEMENT

Das Ziel des Kapitalstrukturmanagements für den GASAG-Konzern und die Unternehmen des GASAG-Konzernverbundes ist die Aufrechterhaltung der Kapitalmarktfähigkeit des Konzerns und damit die Sicherstellung jederzeitiger finanzieller Handlungsfähigkeit des Konzerns und der einzelnen Unternehmen des GASAG-Konzernverbundes.

Im GASAG-Konzern werden Finanzkennzahlen zu Kapitalstruktur, Finanzkraft und Rentabilität basierend auf dem Jahresabschluss, langfristigen Unternehmensplanungen und Prognosen ermittelt. Das strategische Kapitalstrukturmanagement hat die Optimierung dieser Finanzkennzahlen zum Ziel. Das taktische Kapitalstrukturmanagement dient der Einhaltung dieser Finanzkennzahlen. Der Konzern steuert seine Kapitalstruktur und nimmt unter Berücksichtigung des Wandels der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Anpassungen vor. Zur Aufrechterhaltung oder Anpassung der Kapitalstruktur kann der Konzern Anpassungen der Dividendenzahlungen an die Anteilseigner vornehmen.

Zum 31. Dezember 2011 beziehungsweise zum 31. Dezember 2010 wurden keine Änderungen der Ziele, Richtlinien und Verfahren der Kapitalsteuerung vorgenommen.

Nachfolgend ist die Nettofinanzposition des Konzerns dargestellt. Diese ergibt sich aus dem Bestand an flüssigen Mitteln vermindert um die finanziellen Schulden. Die zur Veräußerung verfügbaren Wertpapiere der langfristigen finanziellen Vermögenswerte sowie die sonstigen Ausleihungen werden bei der Ermittlung nicht berücksichtigt.

	2011 MIO.€	2010 MIO.€
Liquide Mittel	166,2	146,2
Zwischensumme Kurzfristige Finanzmittel	166,2	146,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-782,2	-853,1
Sonstige finanzielle Schulden	-36,6	-38,3
Derivate	-58,5	-18,8
Nettofinanzposition	-711,1	-764,0

(31) EVENTUALSCHULDEN, SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN UND EVENTUALFORDERUNGEN

EVENTUALFORDERUNGEN

Der Konzern befindet sich derzeit in rechtlichen Auseinandersetzungen mit einem Vorlieferanten und Verhandlungen mit weiteren Vorlieferanten zu den nicht marktgerechten, ölpreisindizierten langfristigen Erdgaslieferverträgen.

Aus den rechtlichen Auseinandersetzungen bzw. aus den Verhandlungen können sich Forderungen ergeben, die der Konzern für wahrscheinlich einschätzt, keinesfalls jedoch für "so gut wie sicher" hält.

Die Eventualverbindlichkeiten und sonstigen finanziellen Verpflichtungen zum Bilanzstichtag sind wie folgt:

	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€
Rechtsstreitigkeiten und sonstige Risiken	31.366	24.983
Begebung aus Bürgschaften	31.036	24.885
Mieteintrittsverpflichtungen	0	0
Eventualschulden	62.402	49.868
Bezugsverpflichtungen Erdgas	3.091.477	1.937.075
Miet- und Leasingverpflichtungen	54.459	67.294
Bestellobligo	79.315	62.186
vorgelagerte Netzkosten	36.295	29.240
Netzpacht	0	2.595
Verpflichtungen aus Betriebsführungsverträgen	837	1.101
Sonstiges	11.074	15.135
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	3.273.457	2.114.626

Die Eventualschulden für Rechtsstreitigkeiten und sonstige Risiken betreffen überwiegend die Rückforderungsansprüche von Gaskunden wegen der von der GASAG bis 2007 verwendeten Preisanpassungsklauseln.

Bei den Bürgschaften handelt es sich im Wesentlichen um Bürgschaften gegenüber der VBL sowie um Kontraktund Vertragserfüllungsbürgschaften.

Es bestehen Bezugsverpflichtungen aus langfristigen (Bio-) Erdgaslieferungsverträgen mit Take-or-pay Klauseln mit diversen Lieferanten. In regelmäßigen Abständen (in der Regel alle drei Jahre) haben die Vertragsparteien die Möglichkeit, Preisrevisionsbegehren zu stellen. Unter Berücksichtigung der individuellen Laufzeiten ergeben sich hieraus bis zum Jahr 2032 finanzielle Verpflichtungen in Höhe von nominal 3,697 Milliarden Euro. Bei der Angabe zu den Bezugsverpflichtungen zum 31. Dezember in oben stehender Tabelle handelt es sich um den abdiskontierten Betrag.

Hinsichtlich der bestehenden rechtlichen Auseinandersetzungen und der Verhandlungen mit Vorlieferanten geht der Konzern auf Basis der aktuellen Sachlage und gestützt durch die bereits erzielten Erfolge in der Verhandlung mit einem anderen Vorlieferanten von einem positiven Ergebnis und im Rahmen der internen Planung von sonstigen finanziellen Verpflichtungen in Höhe von nominal nur 0,5 Milliarden Euro unter Berücksichtigung der individuellen Laufzeiten der Verträge bis zum Jahr 2032 aus.

Die zukünftigen Leasingzahlungen aufgrund von unkündbaren Operating Leasing Verhältnissen betreffen im Wesentlichen die Verwaltungsgebäude sowie IT-Ausstattung, Telekommunikationsanlagen und Fahrzeuge und teilen sich wie folgt auf:

	NOMINALWERT 31.12.2011 T€	NOMINALWERT 31.12.2010 T€
< 1 Jahr	12.545	14.460
1-5 Jahre	27.054	30.347
> 5 Jahre	14.860	22.487
	54.459	67.294

Es bestehen keine wesentlichen Untermietverhältnisse.

Die Bestellobligos betreffen zu 25,73 Prozent (Vj. 19,65 Prozent) die Sachanlagen und die immateriellen Vermögenswerte sowie zu 73,40 Prozent (Vj. 41,53 Prozent) langfristige Dienstleistungsverträge und weisen eine Laufzeit bis zu sieben Jahren (Vj. sieben Jahre) aus. Des Weiteren beinhalten die Bestellobligos zu 0,87 Prozent (Vj. 38,82 Prozent) nachwachsende Rohstoffe.

Der Betrag von 36.295 Tausend Euro für vorgelagerte Netzkosten resultiert aus den kurzfristigen Verträgen im Zusammenhang mit der Bestellung der Netzkapazitäten in vorgelagerten Netzen.

Die zukünftigen Pachtzahlungen für das Netz im Tarifgebiet der HSW liegen für 2011 bei 0 Tausend Euro (Vj. 2.595 Tausend Euro).

Durch die Vollkonsolidierung der HSW fallen ab 2011 keine zukünftigen Pachtzahlungen außerhalb des Konsolidierungskreises an.

NBB bedient sich für die Wartung und Reparatur in nicht zentral gelegenen Teilen des Landes Brandenburg der Unterstützung anderer Dienstleistungsunternehmen. Die Verpflichtungen aus den hierfür geschlossenen Betriebsführungs-/Dienstleistungsverträgen sowie die daraus resultierenden Laufzeiten sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen.

	NOMINALWERT 31.12.2011 T€	NOMINALWERT 31.12.2010 T€
< 1 Jahr	192	191
1-5 Jahre	645	766
> 5 Jahre	0	144
	837	1.101

Bezüglich möglicher finanzieller Verpflichtungen aus Deckungslücken bei der VBL verweisen wir auf die Ausführungen zu den Rückstellungen.

(32) ANGABEN ZUR KAPITALFLUSSRECHNUNG

1. ERWERB VON TOCHTERUNTERNEHMEN UND ASSOZIIERTEN UNTERNEHMEN

Der Konzern hat während des Geschäftsjahres 2011 weitere Anteile an der SpreeGas und der HSW erworben und diese als Tochterunternehmen vollkonsolidiert.

	HSW T€	SpreeGas T€
Analyse des Zahlungsmittelabflusses aufgrund des Unternehmenserwerbs		
Mit dem Tochterunternehmen erworbene Zahlungsmittel (enthalten in den Cashflows aus Investitionstätigkeit)	3.231	2.405
Kaufpreis / Tatsächlicher Zahlungsmittelabfluss aufgrund des Unternehmenserwerbs (enthalten in den Cashflows aus Investitionstätigkeit)	25.770	39.230
Dem Erwerb des Tochterunternehmens zurechenbare Transaktionskosten (enthalten in den Cashflows aus betrieblicher Tätigkeit)	49	74
Abfluss von Zahlungsmitteln	-22.588	-36.899

Außerdem wurden Anteile an der Gas-Versorgung Cottbus, NordostWerke, ARGE Großräschen, ARGE Ärztehaus Guben, ARGE Wärmelieferung und ARGE Schillerstrasse erworben.

2. IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE

Während der Berichtsperiode hat der Konzern bei immateriellen Vermögenswerten Zugänge in Höhe von 9.377 Tausend Euro zu verzeichnen (Vj. 5.866 Tausend Euro). Auszahlungen für immaterielle Vermögenswerte belaufen sich auf 9.377 Tausend Euro (Vj. 5.866 Tausend Euro).

3 SACHANI AGEN

Der Konzern hat während der Berichtsperiode Sachanlagen für 65.741 Tausend Euro erworben (Vj. 78.444 Tausend Euro), davon 2.353 Tausend Euro durch Finanzierungsleasing (Vj. 963 Tausend Euro). Auszahlungen zum Kauf von Sachanlagen wurden in Höhe von 63.388 Tausend Euro getätigt (Vj. 77.481 Tausend Euro).

4. FINANZANLAGEN

Die in der Kapitalflussrechnung genannten Finanzanlagen betreffen Anteile an assoziierten Unternehmen sowie die langfristigen finanziellen Vermögenswerte.

5. FINANZMITTELFONDS

Zum Zwecke der Kapitalflussrechnung setzt sich der Finanzmittelfonds wie folgt zusammen:

Finanzmittelfonds am Ende der Berichtsperiode	166.156	146.186
Liquide Mittel	166.156	146.186
	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€

6. GEZAHLTE/ERHALTENE ZINSEN UND DIVIDENDEN

Im Cashflow aus betrieblicher Geschäftstätigkeit sind erhaltene Zinsen in Höhe von 3.758 Tausend Euro (Vj. 2.658 Tausend Euro), gezahlte Zinsen in Höhe von 40.233 Tausend Euro (Vj. 53.088 Tausend Euro) sowie erhaltene Dividenden in Höhe von 8.386 Tausend Euro (Vj. 9.183 Tausend Euro) enthalten.

Im Cashflow aus Finanzierungstätigkeit sind gezahlte Dividenden in Höhe von 4.005 Tausend Euro (Vj. 58.618 Tausend Euro) enthalten.

(33) BEZIEHUNGEN ZU NAHE STEHENDEN UNTERNEHMEN UND PERSONEN

Vom Grundkapital der GASAG hielten zum 31. Dezember 2011 die Vattenfall Europe AG, Berlin, nachfolgend VE genannt, und die GDF SUEZ Beteiligungs GmbH, Berlin, nachfolgend GdF genannt, jeweils einen Anteil von 31,575 Prozent. Des Weiteren war E.ON Ruhrgas AG, Essen, mit 36,85 Prozent an der GASAG beteiligt. Die Muttergesellschafterin der VE ist die Vattenfall AB, Stockholm, Schweden, der E.ON Ruhrgas AG, die E.ON AG, Düsseldorf, der GdF, die GDF SUEZ Energie Deutschland AG, Berlin.

Über den Anteilsbesitz üben die Anteilseigner auf die GASAG-Gruppe einen maßgeblichen Einfluss aus.

Zu den nahe stehenden Unternehmen des GASAG-Konzerns, mit denen der Konzern im Geschäftsjahr 2011 Geschäfte getätigt hat, gehören neben den Anteilseignern der GASAG die verbundenen Unternehmen der Vattenfall AB, Stockholm, Schweden, der GDF SUEZ S.A., Paris, Frankreich, sowie der E.ON AG, Düsseldorf.

Mit nahe stehenden Unternehmen wurden Geschäfte getätigt, die zu folgenden Abschlussposten führten:

	Е	RLÖSE	AUFW	/ENDUNGEN	FORD	ERUNGEN	VERBINDL	ICHKEITEN
	2011 T€	2010 T€	2011 T€	2010 T€	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	50.418	65.210	392.929	370.626	7.155	13.968	80.017	66.491
E.ON-Gruppe	5.146	14.803	271.621	251.069	4.066	2.982	66.681	35.126
Vattenfall-Gruppe	45.134	50.406	45.362	69.948	3.083	8.480	5.457	20.931
GDF SUEZ - Gruppe	138	1	75.946	49.609	6	2.506	7.879	10.434
Assoziierte Unternehmen GASAG-Gruppe	22.402	33.395	3.721	11.686	5.078	5.701	1.075	123

Die Geschäftsvorfälle mit den Unternehmen der E.ON-Gruppe betreffen im Wesentlichen die empfangenen Erdgaslieferungen. Die Aufwendungen stellen überwiegend Materialaufwendungen aus den Gasbezugsverträgen dar. Der Konzern befindet sich in rechtlichen Auseinandersetzungen und in Verhandlungen über die Anpassung der langfristigen Bezugsverträge. Eine Realisierung von den Materialaufwand mindernden Erträgen scheidet damit gem. IAS 37.33 aus.

Die Beziehungen zwischen den Unternehmen der GASAG-Gruppe und der Vattenfall-Gruppe bestehen im Wesentlichen im Bereich der Gaslieferungen und der gaswirtschaftlichen Leistungen. Die Erlöse stellen überwiegend die auf der Grundlage von Erdgaslieferverträgen und Erdgas-Liefergemeinschaften erzielten Erträge dar. Die Aufwendungen beinhalten überwiegend Materialaufwendungen aus den Gasbezugsverträgen und die Dienstleistungen auf dem Gebiet der Hard- und Software.

Die Geschäftsvorfälle mit den Unternehmen der GDF SUEZ-Gruppe betreffen im Wesentlichen die empfangenen Erdgaslieferungen. Die Aufwendungen stellen überwiegend Materialaufwendungen aus den Gasbezugsverträgen dar.

Vermögenswerte und Schulden stellen die offenen Salden in Bezug auf die genannten Geschäftsbeziehungen zwischen der GASAG-Gruppe und nahe stehenden Unternehmen dar. Von den Vermögenswerten entfallen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen 7.155 Tausend Euro (Vj. 13.969 Tausend Euro) gegen Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss und 5.078 Tausend Euro (Vj. 5.701 Tausend Euro) gegenüber assoziierten Unternehmen. Von den Schulden entfallen auf Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen 80.017 Tausend Euro (Vj. 66.491 Tausend Euro) gegenüber den Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss und 1.075 Tausend Euro (Vj. 123 Tausend Euro) gegenüber assoziierten Unternehmen.

Die assoziierten Unternehmen sind in der Beteiligungsübersicht (Punkt (3) Konsolidierungskreis) dargestellt. Die Erlöse mit assoziierten Unternehmen resultieren im Wesentlichen aus den Gaslieferungen. Die Aufwendungen betreffen überwiegend Dienstleistungen im Rahmen von Markt- und Absatzentwicklungen im Zusammenhang mit dem Produkt Erdgas. Die Forderungen und die Verbindlichkeiten resultieren aus Lieferungen und Leistungen.

Mit einigen Vorlieferanten, die dem Kreis der nahestehenden Unternehmen zuzuordnen sind, steht die GASAG über die Anpassung der langfristigen Gasbezugsverträge in Verhandlungen. Mit einem Lieferanten sind die Verhandlungen in 2011 mit einem Vergleich beendet worden. Der Vergleich sieht unter anderem die Aufhebung des Liefervertrages zum 30. September 2011 vor. Der Aufsichtsrat hat diesem Vergleich mehrheitlich zugestimmt. Ein Mitglied des Aufsichtsrats hat den Beschluss zur Zustimmung angefochten und Klage eingereicht. Die Verhandlungen mit weiteren Lieferanten sind noch nicht beendet.

DEM AUFSICHTSRAT GEHÖRTEN FOLGENDE PERSONEN AN:

Gerhard Jochum (ab 06.09.2011)

(Vorsitzender des Aufsichtsrats ab 01.01.2012) Unternehmensberater, Berlin

Andreas Otte

(Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats) Angestellter (Betriebsratsvorsitzender) der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin

Uwe Borck

Landesbezirksfachbereichsleiter Ver- und Entsorgung, ver.di, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Ingo Breite (ab 18.01.2012)

Angestellter der BAS Abrechnungsservice GmbH & Co. KG

Stefan Dohler

Vorstandsmitglied der Vattenfall Europe Aktiengesellschaft, Berlin

Thomas Foulon (ab 29.06.2011)

Angestellter der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin

Marian Goetz

Acquisitions, Investments and Financial Advisory – Head for Europe der GDF SUEZ, Brüssel

Gert von der Groeben (ab 06.09.2011)

Berater, Berlin

Dirk Hahn

Angestellter der BEGA.tec GmbH, Berlin

Tuomo Hatakka

Vorstandsvorsitzender der Vattenfall Europe Aktiengesellschaft, Berlin

Hartmut Henkel

Direktor Vertriebsdirektion Stadtwerke der E.ON Ruhrgas Aktiengesellschaft, Essen

Michael Kamsteeg

Leiter Effizienzsteigerungsprogramm im E.ON-Konzern der E.ON Ruhrgas Aktiengesellschaft, Essen

Dr. Karl Kauermann

(Vorsitzender des Aufsichtsrats bis 31.12.2011) Vorstandsvorsitzender der K.M.T. Immobilien AG, Berlin

Dr. Thomas König

Mitglied des Vorstands der E.ON Ruhrgas Aktiengesellschaft, Essen

Thomas Kokegei

Abteilungsleiter der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin

Annette Krafscheck

Angestellte der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin

Eberhardt Kretschmer (16.11.2011 – 18.01.2012)

Angestellter der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin

Anke Langner

Mitglied des Vorstands der GDF SUEZ Energie Deutschland AG, Berlin

Lutz Marowsky (bis 29.06.2011)

Angestellter der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin

Dr. Frank May (ab 28.06.2011)

Vorstandsvorsitzender der Vattenfall Europe Wärme AG, Berlin

Monika Nagel

Angestellte der

NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH & Co. KG, Berlin

Thorsten Neumann

Angestellter der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin

Erik von Scholz

Vorsitzender des Vorstands der GDF SUEZ Energie Deutschland AG, Berlin Prof. Dr. Werner Süss (bis 15.06.2011)

Geschäftsführer der Vattenfall Europe Sales GmbH, Berlin

DEM VORSTAND GEHÖRTEN IM GESCHÄFTSJAHR 2011 FOLGENDE PERSONEN AN:

Olaf Czernomoriez

Bereich Kaufmännisches, Einkauf, Recht, Konzernrevision, IV-Konzernstrategie und Konzernrisikomanagement

Andreas Prohl

Bereich Handel & Vertrieb, Technik, Personal, Konzernkommunikation und Umwelt & Technologie

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder der GASAG wird vom Aufsichtsrat festgelegt. Das gegenwärtige Vergütungssystem sieht eine in gleichen Monatsraten zahlbare fixe Jahresgrundvergütung sowie eine jährliche, variable Tantieme vor, die der Aufsichtsrat jeweils nach Ablauf des Geschäftsjahres festsetzt. Mit der Tantieme umfasst die Vorstandsvergütung damit auch eine variable, jährlich wiederkehrende Komponente, die an den geschäftlichen und persönlichen Erfolg gebunden ist. Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung und Risikocharakter wie etwa Aktienoptionsprogramme bestehen nicht.

Die Mitglieder des Vorstandes erhalten insgesamt folgende Leistungen:

	FIXE VERGÜTUNG	VARIABLE VERGÜTUNG	GESAMT
	T€	T€	T€
2011	540	200	740
2010	524	250	774

Sowohl fixe als auch variable Vergütung stellen kurzfristig fällige Leistungen dar.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern keine Kredite oder Vorschüsse gewährt noch solche zurückgezahlt. Haftungsverhältnisse zugunsten der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder bestehen nicht.

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber den gegenwärtigen Mitgliedern des Vorstandes waren am Bilanzstichtag 4.302 Tausend Euro (Vj. 3.780 Tausend Euro) vor Saldierung mit dem Planvermögen zurückgestellt. Der Rückstellung wurden im Berichtsjahr 522 Tausend Euro (Vj. 501 Tausend Euro) zugeführt. Frühere Mitglieder des Vorstands und ihre Hinterbliebenen erhielten im Berichtszeitraum 2011 508 Tausend Euro (Vj. 505 Tausend Euro). Für Verpflichtungen gegenüber den früheren Vorstandsmitgliedern und ihren Hinterbliebenen waren am Bilanzstichtag 5.288 Tausend Euro (Vj. 5.474 Tausend Euro) zurückgestellt. Die Rückstellung wurde im Berichtsjahr um 322 Tausend Euro (Vj. 360 Tausend Euro) erhöht. Die Rückdeckungsversicherungen in Höhe von 5.666 Tausend Euro (Vj. 5.485 Tausend Euro) wurden mit den Verpflichtungen saldiert ausgewiesen.

Die Aufwandsentschädigung für den Aufsichtsrat betrug 124 Tausend Euro (Vj. 130 Tausend Euro).

Der Konzern hat mit nahe stehenden Personen keine wesentlichen Geschäfte getätigt.

(34) ANGABEN ZU KONZESSIONEN

Die Konzessionsverträge im Gasbereich bestehen zwischen der GASAG und dem Land Berlin und zwischen der EMB sowie HSW und zahlreichen Gemeinden und Kommunen im Land Brandenburg. Die SpreeGas hat Konzessionsverträge mit Gemeinden und Kommunen in den Bundesländern Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und die Stadtwerke Forst mit der Stadt Forst (Lausitz). In Konzessionsverträgen wird nach dem geltenden Energiewirtschaftsgesetz das Recht der Energieversorgungsunternehmen zur Nutzung der öffentlichen Verkehrswege zur Verlegung und zum Betrieb von Leitungen zur allgemeinen Versorgung geregelt. Es besteht die Pflicht, die Konzessionsabgaben an das Land Berlin bzw. an die Gemeinden im Versorgungsgebiet der EMB, HSW, SpreeGas und Stadtwerke Forst zu zahlen. Die Höhe der Konzessionsabgabe richtet sich nach den jährlichen abgerechneten Gaslieferungen (Verbrauchsmengen). Der Konzessionsvertrag zwischen der GASAG und dem Land Berlin hat eine Laufzeit bis zum Ende des Jahres 2013. Die Konzessionsverträge der EMB sowie der HSW mit diversen Gemeinden im Land Brandenburg laufen in den Jahren 2012 bis 2032 aus. Die Konzessionsverträge der SpreeGas haben Laufzeiten, die in einem Zeitraum zwischen 2011 bis 2023 enden. Der Konzessionsvertrag der Stadtwerke Forst hat eine Laufzeit bis zum Ende des Jahres 2012. Sollte nach dem Ende einer Vereinbarung kein neuer Konzessionsvertrag geschlossen werden, besteht für das Versorgungsunternehmen nach dem geltenden Energiewirtschaftsgesetz eine gesetzliche Pflicht zur Überlassung der für die allgemeine Versorgung erforderlichen Verteilungsanlagen an den neuen Konzessionsinhaber gegen Zahlung einer angemessenen Vergütung. Daneben kann bei älteren Konzessionsverträgen wie dem der GASAG ein Recht der Kommune auf Überlassung der für die allgemeine Versorgung erforderlichen Verteilungsanlagen auf die Kommune selbst bestehen. In diesem Fall wäre für die Überlassung der angemessene Wert zu erstatten.

(35) SONSTIGE ANGABEN

Honorare des Abschlussprüfers

Die im Aufwand erfassten Honorare des Abschlussprüfers setzen sich wie folgt zusammen:

Gesamt	1.997	1.088
Sonstige Leistungen	804	316
Steuerberatungsleistungen	153	32
Sonstige Bestätigungsleistungen	45	21
Abschlussprüfung	995	719
	T€	T€
	2011	2010

EREIGNISSE NACH DEM BILANZSTICHTAG

Zwischen dem Bilanzstichtag und dem Zeitpunkt der Aufstellung des Konzernabschlusses ergaben sich keine Ereignisse, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben, über die hier zu berichten wäre und die Aussagen im Konzernabschluss verändern würden.

ZUKUNFTSGERICHTETE AUSSAGEN

Dieser Bericht enthält einzelne in die Zukunft gerichtete Aussagen, die den weiteren Geschäftsverlauf betreffen, unter anderem Prognosen zur wirtschaftlichen und politischen Entwicklung sowie zur Geschäftsentwicklung des Konzerns der GASAG. Diese Aussagen beruhen auf vom Vorstand der GASAG sorgfältig getroffenen Annahmen. Jedoch kann der Vorstand wegen verbleibender Risiken und Unsicherheiten keine Gewähr dafür übernehmen, dass diese sich insgesamt bzw. im Einzelnen als richtig erweisen werden.

Berlin, den 8. Februar 2012

GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft Der Vorstand

Czernomoriez Prohl

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Wir haben den von der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und über den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht im Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, 16. Februar 2012

Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Diederichs Ottenhus Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer





"DEN WANDEL FÖRDERN" - "DEM STANDORT VERPFLICHTET"

lauten die Titel des Geschäftsberichts und Nachhaltigkeitsberichts 2011 der GASAG-Gruppe. Die Bebilderung der Umschläge wurde mit Schauspielern des GRIPS Theaters, Berlin, in Anlehnung an das Stück Schöner wohnen entwickelt. Mit diesem Stück eröffnete Stefan Fischer-Fels im Jahr 2011 die erste Spielzeit des GRIPS unter seiner künstlerischen Leitung. Sieben Schauspieler und eine Band singen und spielen darin eine Geschichte über schmerzhafte Abschiede und zarte Neuanfänge im gentrifizierten Berlin; mit Songs aus der Rock-, Pop- und Schlagergeschichte. Die beteiligten Schauspieler sind: Florian Rummel, Katja Hiller, Jennifer Breitrück, Robert Neumann, Thomas Ahrens, Jens Mondalski, Nina Reithmeier (rechtes Bild: von links nach rechts).

Das GRIPS Theater und die GASAG verbindet eine enge und langjährige Sponsoring-Kooperation. GRIPS begann in den sechziger Jahren mit einem realistischen Theater für Kinder und ist nach anfänglichen Anfeindungen heute international verbreitet. Es gilt als das berühmteste Kinder- und Jugendtheater der Welt. GRIPS-Stücke wurden mehr als 1.800 Mal in über 50 Ländern aller Erdteile nachinszeniert. Heute spielt das GRIPS Theater gleichermaßen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Das GRIPS Theater verdankt seinen Ruf ebenso seinen zu Klassikern gewordenen Kinderstücken wie Ein Fest bei Papadakis oder Max und Milli als auch seinen Kultstücken für Erwachsene, Linie 1, Ab heute heißt du Sara oder auch Eine linke Geschichte. Auch mit seinen jüngsten Erfolgen wie Frau Müller muss weg bringt sich das GRIPS Theater immer wieder ins Gespräch.

http://www.grips-theater.de



IMPRESSUM

GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft – Konzernkommunikation // Henriette-Herz-Platz 4, 10178 Berlin Telefon: 030 7872-3050 // Telefax: 030 7872-3044 // E-Mail: service@gasag.de ISSN 1439-6114

Grafik und Produktion: zahl+zeichen GmbH, Berlin, Trurnit Gruppe // Layout: zahl+zeichen // Annett Both, Angela Schulz zur Wiesch Bildbearbeitung: Günter von Dulong; Produktion: Ansgar Chelmowski Fotografie: Frank Peters, Titel, Umschlag, // Jahresrückblick S. 6 Frank Peters, S. 7–9 GASAG und zahl+zeichen

Die bei der Herstellung für diesen Bericht entstandene CO₂-Menge von 1.908 kg bei Druck und Transport hat die GASAG unter der Transaktionskennung DE-198-288465 durch anerkannte Klimaschutzprojekte klimaneutral gestellt; www.natureoffice.com



PEFC zertifiziert: Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen. www.pefc.de



